



Foto: Lukas Schlegel
- Alumnus Bucerius Law School -

SCHIEDERN

Unionsparteien: Kein Scheitern in Sicht // 3

Entwicklungszusammenarbeit: Dead Aid // 4

Wahlen in Brasilien: Scheitern des Diskurses // 13

„Vorbilder“-Reihe: Amelie Deuflhard im Interview // 14

Fotoserie: Lettland schwindet // 24

Die Demokratie im Reformstau

Es ist an der Zeit, den politischen Diskurs neu zu erfinden.

Viele JournalistInnen und AutorInnen haben seit den gesellschaftlichen Entwicklungen jüngerer Zeit das Scheitern der demokratischen Gesellschaft verkündet. Das klingt immer dramatisch und wichtig, verklärt aber auch die vermeintliche Brillanz des Systems. In seinem 2015 erschienenen Buch „Die Unterwerfung“ beschreibt Michel Houellebecq die westliche Demokratie folgendermaßen: „Die Dürftigkeit des ‚politischen Angebots‘ war sogar wirklich frappierend. Man wählte einen Mitte-links-Kandidaten, abhängig von seinem Charisma für die Dauer von einem oder zwei Mandaten [...]. Dann wurde das Volk dieses Kandidaten beziehungsweise der Mitte-links-Regierung überdrüssig [...], woraufhin die Wähler einen Mitte-rechts-Kandidaten an die Macht brachten, ebenfalls für die Dauer von ein oder zwei Mandaten, je nach Typ [...]. Seltsamerweise war der Westen überaus stolz auf dieses Wahlsystem.“ Mit dem Aufstieg der Rechten in beinahe allen „westlichen“ Demokratien ist es naheliegend, an diesem System nostalgisch zu hängen, sinnvoller wäre es jedoch, die Regression der Demokratie als Ausgangspunkt für eine Reform des politischen Diskurses zu betrachten.

sondere durch die These des rationalen bzw. herrschaftsfreien Diskurses geprägt. Dieses Konzept wurde vom deutschen Philosophen Jürgen Habermas (*1929) ausformuliert. Es besagt, dass ein Diskurs, wenn er frei von Machteinflüssen und Hierarchien ist, das rationalste – das beste – Argument hervorbringt. Menschen, die innerhalb einer Gesellschaft ehrlich und frei von hierarchischen Einflüssen partizipieren, werden zwangsläufig am Ende der Diskussion zum besten Argument gelangen und ein gesellschaftlicher Fortschritt kann entstehen.

Gesellschaftliche Entwicklungen erfordern eine Anpassung des politischen Diskurses

Die gesellschaftlichen Diskurse scheinen jedoch seit Beginn des 21. Jahrhunderts noch stärker beeinflusst und verzerrt, als dies bereits zuvor der Fall war. Gründe für diese Verzerrungen gibt es mehrere. Ein zentraler Grund ist die Digitalisierung und Social Media, welche über Filter Bubbles, Bots und Fake News den Diskurs verzerren.

Ein anderer liegt im demokratischen Prozess selbst: PolitikerInnen werden in den meisten Demokratien alle vier bis sechs Jahre neu gewählt. Sie sind also darauf angewiesen, innerhalb dieser Zeitspanne ihre Beliebtheit bei den Wählern zu garantieren, wenn sie nach einer Wahlperiode erneut gewählt werden möchten. Viele der großen Probleme, wie zum Beispiel der Klimawandel, sind al-

lerdings weder innerhalb einer Wahlperiode zu beheben, noch sind Maßnahmen, die die Erderwärmung aufhalten könnten, besonders populär, wie sich derzeit bei den Dieselfahrverboten zeigt.

Ein drittes Problem für die Demokratie, zumindest in vielen westlichen Staaten, ist das steigende Bevölkerungsalter. Bei der Bundestagswahl von 1980 lag der Anteil der Wahlberechtigten unter 30 Jahren noch bei gut 22%. Bei der Bundestagswahl 2017 lag ihr Anteil nur noch bei knapp 16%. Die Bevölkerungsgruppe, die klassischerweise am offensten für gesellschaftliche Umbrüche ist, schrumpft seit Jahren konstant. Größere Veränderungen werden folglich unwahrscheinlicher.

Demokratie braucht mündige Bürger

Aber die Probleme der Demokratie sind noch grundlegender. Sie fangen beim Bürger selbst an. Die Subjektbildung des bzw. der Einzelnen hat dringenden Reformbedarf. Die Demokratie ist darauf angewiesen, dass mündige, informierte BürgerInnen am System partizipieren. Aber das Interesse an der Politik im Ganzen schwindet. Im April dieses Jahres hat eine Forsa-Umfrage ergeben, dass 42% der Befragten keinen einzigen Minister der damals neu aufgestellten Regierung benennen konnte, unter den 18-29-Jährigen lag der Wert sogar bei 62%. Das passt dazu, dass die Gesamtauflage der Zeitungen in Deutschland in den letzten 15 Jahren um knapp ein Drittel zurückgegan-

gen ist. Und auch wenn die Wahlbeteiligung seit 2009 wieder am Steigen ist, sind die letzten drei Wahlen diejenigen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung seit 1949.

Der Populismus, der als Krankheit des Systems identifiziert wurde, ist folglich weniger Problem als vielmehr Symptom einer Gesellschaft, die sich von der politischen Debatte abgewandt hat. Ziel der Kämpfer für eine demokratische Gesellschaft sollte folglich nicht sein, die Populisten zu verdammen und die Demokratie als heiligste Struktur des Landes zu verherrlichen, sondern den gesellschaftlichen Diskurs und damit auch die Demokratie mit neuem Leben zu füllen. Es müssen Wege gefunden werden, die Demokratie der Bevölkerung wieder näher zu bringen – durch neue Möglichkeiten der Partizipation, durch neue Anstöße in der politischen Subjektbildung, durch Strukturen, die den BürgerInnen ermöglichen, eigene Ideen in den demokratischen Diskurs einzubringen.

Wenn das politische Leben in der Demokratie nicht reformiert wird, ist nicht abzusehen, dass die viel besprochenen Symptome des alten Systems – Populismus, Politikverdrossenheit, postdemokratische Strukturen – verschwinden werden.

.....
Mark Setzkorn
- Universität Hamburg -

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Scheitern ist Zeitgeist. Persönliches Gescheitertsein gehört heute fast schon zum guten Ton. Das Wiederaufgestandensein ist in dieser Instagram-gefilterten Version des Scheiterns selbstverständlich inbegriffen – schöner scheitern, erfolgreicher scheitern, selbstbejahend scheitern. Es ist Symptom einer bis in die intimsten Bereiche vordringenden Selbstoptimierungsmaschinerie.

Scheitern ist auch politischer Zeitgeist. Wir sind von Niedergangsszenarien allerorten umgeben: Brexit, AfD, Trump, Brasilien, Polen, Ungarn, Klimawandel, Fake News, Datenklau. Weder außen- noch innenpolitisch bleibt Luft zum Atmen. Den Aufstieg rechtsgerichteter, populistischer Parteien mag man vielleicht ein Stückweit auf Mangelercheinung unserer demokratischen Gesellschaften zurückführen: Ein zu wenig an Wissen als Grundbedingung, an Kritik als Haltung, an Diskurs als Modus. Ein zu wenig am Willen zum Bürgersein. So geht die freie Welt vor die Hunde, während sich die letzten Kosmopoliten das Scheitern im Yogakurs schöntrainieren.

Mit der PuG #21 – wie mit jeder Ausgabe – legen wir das Gegenangebot vor. Nicht laut, dafür der Meinungs Offenheit und dem besseren Argument unbedingt verpflichtet. Wir möchten genau das ermöglichen: Den konstruktiven Austausch verschiedener Positionen. Das druckfrische Ergebnis dieses Prozesses haltet ihr erneut in Händen. Inhaltlich setzt diese Ausgabe ebenfalls am Scheitern des Diskurses an. Mark Setzkorn liefert in unserem Leitartikel Problemanalyse und Verbesserungsvorschläge zur Debattenkultur. Er führt uns zurück zum mündigen Bürger. Auch in Jasper Tretows Beitrag zum deutschen Schulsystem ist die Forderung nach mehr Mündigkeit unüberhörbar. Dann kommt, wer heute über Scheitern in

der Politik nachdenkt, nicht am Scheitern der Unionsparteien vorbei. Wie es in der CDU nach Angela Merkel weitergehen mag, überlegt Nicolas Philipps. Mit der CSU beschäftigt sich Anna Seifert unter dem Titel „Bayern-dämmerung“. Unseren Autor Pascal Landahl beschäftigt derweil das Wertefundament, auf dem die Europäische Union fußt. Mit einem Blick auf die Geschichte arbeitet er nationale Souveränität und den Glauben an Transzendenz als Kernelemente heraus.

Auch in dieser Ausgabe der PuG lassen wir den Blick wieder durch die Welt schweifen. Gleich zweimal dürfen wir uns nach Lettland entführen lassen. Anna Seifert hat im Interview mit Frau Dr. Kyselova über die Ukraine gesprochen. Über die Wahlen in Brasilien schreibt Nicolas Straub und gescheiterte Entwicklungshilfen im südlichen Afrika sind das Thema von Mario Lootz.

Neben dem Leitthema gibt es wie immer jede Menge mehr zu lesen. Wir setzen unsere Interviewreihe „Vorbilder“ fort – diesmal im Gespräch mit Amelie Deuflhard, Intendantin auf Kampnagel. Im Kunstteil findet Ihr unter anderem die Fortsetzung des bisher unveröffentlichten Romans von Sven-Erik Green und eine weitere Albumrezension von Arlette Greitens. Freut Euch also auf eine bunte Auswahl an Beiträgen!

Wir bedanken uns herzlich bei unseren Autorinnen und Autoren für die gute Zusammenarbeit. Besonderer Dank gilt auch diesmal wieder der Kursbuch Kulturstiftung für Ihre Unterstützung.

Euch wünschen wir viel Freude bei der Lektüre von PuG #21!

Eure Chefredaktion

Dear readers

Failure is en vogue. It is part of the zeitgeist. You could even say that today, personal failure is a must-have. Needless to say that this fashionable Instagram-filtered version of failure inevitably entails a story of resurrection: never has failure been more beautiful, more successful, more self-affirming. This is symptomatic of a machinery of self-optimization which doesn't hold back from even the most intimate spheres of life.

Failure is also the political zeitgeist. Narratives of doom and apocalypse are everywhere: Brexit, AfD, Trump, Brasil, Poland, climate change, fake news, data leaks, data hacks.

No air left to breathe in foreign and domestic politics. One may trace back the rise of right-wing populist parties as well as our surrender to the power of global tech corporations in part to certain shortcomings of our democratic societies, namely: a lack of knowledge as a basic condition, of criticism as an attitude and of discourse as a standard mode. In short, a lack of willingness to be a citizen.

PuG #21 – like previous issues – offers an alternative. It's not a very noisy alternative but one that is all the more committed to the freedom of opinion and the triumph of the better argument. It is our aim to enable the constructive exchange of very different points of view. You're holding the result of this endeavour in your hands.

This issue's starting point is the failure of discourse. Mark Setzkorn's leading article offers an analysis of the problem and makes suggestions on how to improve our culture of debate. He takes us back to the Kant's responsible citizen. More responsibility is also demanded by Jasper Tretow in his piece on the German education system. The epitome of political failure in Germany

today is the failure of the two Christian sister parties. Nicolas Philipps ponders the future of the CDU after Merkel's exit. Anna Seifert offers insights into the inner workings of the CSU.

Leaving the realm of domestic politics, PuG #21 takes you around the world: twice we find ourselves in Latvia, we talk to Dr. Tatiana Kyselova about Ukraine and analyse the recent elections in Brasil. Mario Lootz deals with failed development aid in Sub-Saharan Africa.

But also beyond the main topic, this issue has a lot to offer: Our interview-series "idols" is back with Amelie Deuflhard who has just been named European arts manager 2018.

In our arts section you can find the sequel of Sven-Erik Greens unpublished novel as well as Arlette Greitens' album reviews. So there's a lot for you to look forward to. Lastly, we would like to thank our authors for their great cooperation. We are especially grateful to our sponsor, the Kursbuch Kulturstiftung for their support.

Enjoy reading PuG #21.

Yours, the editors-in-chief.

Gendern ist wichtig, sagen die einen, weil Sprache wirke und weil sie sich wandeln könne. Dagegen wird gestritten mit dem Argument, das generische Maskulinum sei die sprachlich korrekte Form, wenn Frauen und Männer angesprochen werden. Oft wird auch auf die Umständlichkeit der gegenderten Form verwiesen. Welcher Meinung man sich auch anschließen mag,

Gendern wir? Ein Wort der Redaktion zum Diskurs

richtig ist: Gendern ist heute eine Frage der politischen Meinung. Deshalb lassen wir unseren Autorinnen und Autoren die Wahl, wie sie es halten möchten. Auch hier ist es unser Anliegen, ihrer Haltung bestmöglich Gehör zu verschaffen. Als Redaktion der PuG haben wir uns entschieden, unsere eigenen Texte zu gendern.

INHALT

Politik & Wirtschaft

- 1
- Titelstory: Die Demokratie im Reformstau
- 3
- Kein Scheitern in Sicht
- 4
- Dead Aid
- 5
- Bayerndämmerung
- 6
- Europa: Adieu!?

Gesellschaft

- 7
- Erfolgskonzept Stagnation
- 9
- Der feine, aber gewichtige Unterschied
- 10
- Time for another -ism
- 11
- Kirche zu, Problem tot!
- 12
- Blaupause für den Holocaust
- 13
- Scheitern des Diskurses
- 14
- Interview mit Amelie Deuflhard: „Ich habe nie über Vorbilder gearbeitet“

Recht

- 16
- Interview mitDr. Tatiana Kyselova: „A very long and painful process“
- 17
- Der NSU-Prozess – Ein Lehrstück
- 18
- The Ždanoka-Case

Kunst & Kultur

- 19
- Bluthochdruck-Dilemma
- 20
- Album-Rezensionen: „The Weeknd – My Dear Melancholy...“ & „Rex Orange County – Apricot Princess“
- 21
- Allgemein Ungefährlich
- 22
- Schaum
- 24
- Fotoreihe: Lettland schwindet

POLITIK & WIRTSCHAFT



Achtzehn Jahre lang prägte Angela Merkel die CDU als Parteivorsitzende. Ihre Strahlkraft als nüchterne und besonnene Politikerin bekam nicht erst seit den letzten Landtagswahlen von Bayern und Hessen einen Dämpfer. Mit ihrem Rückzug von der Parteispitze bahnt sie den Weg für ein neues Kapitel der Geschichte ihrer Partei – ein Scheitern ist nicht in Sicht.

Kein Scheitern in Sicht

Die deutsche Christdemokratie nach der Ära Merkel

Nur einen Tag nach der hessischen Landtagswahl Ende Oktober, bei der die Wähler Deutschlands großen Volksparteien, CDU und SPD, erneut Stimmenverluste im zweistelligen Prozentbereich bescherten, wandte sich Angela Merkel mit einer Erklärung an die Hauptstadtpresse. Sie verkündete einen für ihre Verhältnisse revolutionären Schritt: Fortan sollen in der CDU Parteivorsitz und Kanzlerschaft getrennt werden. Letztere bleibt Merkel erhalten – vorerst.

Der Weg zum neuen Trennungs- und Abstraktionsprinzip innerhalb der CDU

Bisweilen hatte die Bundeskanzlerin eine solche Trennung kategorisch abgelehnt. Dass es die mächtigste Frau der Welt nun zu dieser Lösung verschlägt, ist einerseits Ausdruck ihrer pragmatischen Denkweise und klugen Taktierens. Andererseits führt dies einmal mehr deutlich vor Augen, wie rapide Merkel seit der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 das Ruder innerhalb ihrer Partei und auch in der Bundesregierung entglitt. Das Verhältnis zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU, personifiziert in Angela Merkel und Horst Seehofer, galt schon länger als angespannt, doch verdichteten sich die latenten Sticheleien seit 2015 fortwährend und mündeten schließlich in dem von den Medien beinahe mit Freude aufgenommenen „Asyl-Streit“. Auflage und Quote waren in Anbetracht des monatelangen Herumzankens garantiert.

Hinzu trat ein für Merkel fataler Fehlschlag der Jamaika-Koalitionsverhandlungen, ausgelöst durch die FDP, die es bekanntermaßen für besser hielt, „nicht zu regieren, als falsch zu regieren“.

Tage mühevollen Ringens um die Bildung einer neuen alten Regierung folgten. Doch deren Halbwertszeit sehen nicht wenige – auch innerhalb der GroKo – durch die jüngsten Misserfolge bei den Landtagswahlen als verkürzt an. Schließlich trat im Herbst dieses Jahres die Posse um den mittlerweile Ex-Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen hinzu, in der sich Merkel ebenfalls nicht gegen Seehofer durchzusetzen vermochte, der Maaßen schließlich als hohen Beamten in sein Ministerium holte. Nach einer weiteren diplomatischen Entgleisung Maaßens während seiner Abschiedsrede beim Verfassungsschutz tritt dieser nun doch nicht den neu versprochenen Posten im Bundesinnenministerium an. Und auch Seehofer ist auf dem Rückzug – ebenso wie Merkel – vom Parteivorsitz der CSU, betont jedoch bis zuletzt, dies berühre nicht seine Stellung als Bundesinnenminister. Ein Schema, das bekannt vorkommt.

Offiziell gilt nach Merkels Rückzugserklärung vom Parteivorsitz nun eine Art „Trennungs- und Abstraktionsprinzip“ innerhalb der CDU: Die politische Macht Merkels wird aufgeteilt, sie kann selbst dann Kanzlerin bleiben, wenn sie nicht gleichzeitig den Posten als Parteichefin innehat. Beide Ämter sind in ihrer Wirkung plötzlich voneinander unabhängig, anders als Merkel es jahrelang praktizierte. Im deutschen Zivilrecht hat sich dieses Prinzip bewährt, ob es sich für die Kanzlerin bis 2021 halten lässt, bleibt allerdings äußerst fraglich.

Drängende Zukunftsfragen

Auf dem 31. Bundesparteitag der CDU Anfang Dezember in Hamburg kommt es zur Richtungsentscheidung. Wird nach der Ära

Merkel die Parteispitze von einem „Weiter so“ in Gestalt von Annegret Kramp-Karrenbauer geprägt sein oder bahnt sich ein neuer Aufbruch mit einem konservativeren Parteichef Merz oder Spahn an? Die Entscheidung steht zum Zeitpunkt des Drucks dieser Ausgabe aus, doch eines steht fest: Die Rückbesinnung auf eine Basis konservativer Werte, gepaart mit frischen Ideen und Durchsetzungskraft auf Ebene der drängendsten politischen und gesellschaftlichen Fragen des 21. Jahrhunderts – Migration, Klimawandel, Bildung, Sicherheit, Digitalisierung, um nur einige von ihnen zu nennen –, würde der CDU guttun. Dies wäre auch im Sinne einer stärkeren Abgrenzung von der SPD nötig, denn die beiden Volksparteien haben sich während ihrer GroKo-Jahre inhaltlich so stark angenähert, dass eine Abwanderung vieler ehemals treuer Wähler an die politischen Ränder, insbesondere zu den Grünen und der AfD, kaum verwundert.

Eine historische Figur

Auch wenn Angela Merkel an dieser Entwicklung ebenfalls ihren Anteil hat, wäre es falsch, jegliche Fehlleistungen der CDU oder gar des gesamten politischen Systems in der Bundesrepublik während der vergangenen 18 Jahre ihr anzulasten. Denn die erste Frau im Kanzlersessel in der deutschen Geschichte hat viel Positives bewegt und verändert. Ihr sachlicher, unpräntiöser Politikstil setzte in den letzten Jahren neue Maßstäbe und erschien im Kontrast zu impulsiven, erratischen und unkalkulierbaren Machthabern wie Trump, Putin oder Erdogan in stürmischen Zeiten auf dem internationalen politischen Parkett besonders wohlthuend. Ganz gleich, wer Merkels Nachfolge an der Parteispitze und mittelfristig wohl auch im

Bundeskanzleramt antreten wird, es wird sich auch Sehnsucht nach dieser Art von Politik einstellen. Denn trotz ihres nüchternen Habitus übte Merkel als Persönlichkeit eine immense Anziehungskraft aus. Allein ihre Präsenz im Raum während einer Festveranstaltung in Berlin im Herbst vor drei Jahren, zu der sie verspätet aus einer Sitzung der CDU-Bundestagsfraktion kam, bewirkte unter den anwesenden Gästen eine ganz besondere, fast ehrfürchtige Atmosphäre, die mir in Erinnerung bleiben wird. Es wurde schlagartig stiller, dafür musste sie nicht einmal an das Rednerpult schreiten. Wenn der Schriftsteller und Intellektuelle Martin Walser mit 91 Jahren von der „stillen Wucht“ dieser Angela Merkel schreibt, dann trifft es seine Antithese auf den Punkt. Ihre Verdienste, innen- wie außenpolitisch, sind so zahlreich, dass sich am ehesten summieren lässt: der Platz in den Geschichtsbüchern ist ihr sicher.

Für die CDU stehen die Zeichen nun auf Debatte. Das ist gut so, denn der Bedarf danach, das haben auch die im Vorfeld des Parteitages abgehaltenen Regionalkonferenzen eindrucksvoll bewiesen, ist hoch. Nicht zuletzt durch das verantwortungsvolle Handeln Angela Merkels ist der oft bemühte „Schlafwagen der Demokratie“ vorerst auf das Abstellgleis verfrachtet. Jetzt müssen Klarheit und Stabilität geschaffen und die Zukunft in den Blick genommen werden. Das nächste Kapitel in der Geschichte der CDU ist aufgeschlagen – wir können gespannt sein, wohin es führt.

.....
Nicolas Philipps
- Bucerius Law School -



Illustration: Philip Heider

Dead Aid

Das Scheitern der Entwicklungszusammenarbeit

Letzten Monat dieses Jahres, im September 2018, veranlassten die Regierungen Großbritanniens, Irlands, Schwedens und Finnlands das Einfrieren aller Entwicklungszahlungen nach Sambia, dem nördlichen Nachbar Simbabwe im südlichen Afrika. Eine Studie fand heraus, dass 4.3 Millionen US-Dollar (etwa 3.7 Millionen Euro) an Entwicklungsgeldern in einem Korruptionsskandal verschwunden waren. Laut BBC World News wurden Gelder veruntreut, die eigentlich für das Social Cash Transfer Programm vorgesehen waren. Ein Programm, bei dem geringe Geldsummen direkt an die ärmsten Bevölkerungsschichten verteilt werden. Die sambische Bevölkerung ist durch den Stopp des Geldflusses direkt betroffen. Fünf Prozent der sambischen Wirtschaftsleistung machen ausländische Entwicklungszahlungen aus. Die Geberländer machten ihre Absicht, die Entwicklungsgelder zu streichen, im September publik. Seitdem ist der Wechselkurs des sambischen Kwacha (ZMW) um fast 30 Prozent gefallen. Zwar werden Exporte wie Kobalt und Kupfer dadurch günstiger, trotz seines Rohstoffreichtums hat Sambia aber eine negative Handelsbilanz. Die Importe, die mehr als 1.5 Milliarden US-Dollar pro Jahr höher ausfallen als die Exporte, werden teurer. Für Benzin, eines der Hauptimportprodukte, wurden bereits nach wenigen Tagen die Preise angehoben, Brot und Lebensmittel folgten. Die Hauptstadtzeitung Lusaka Times sagt einen weiteren Anstieg der Preise voraus. In einem Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, sind das alarmierende Nachrichten.

Entwicklungshilfe – Ursache statt Lösung

Der Skandal wirft grundlegende Fragen über den Nutzen von Entwicklungszahlungen auf. Korruption und Konflikte sind laut der sambischen Autorin Dambisa Moyo unumgängliche Eigenschaften der Entwicklungshilfe. Die Harvard-Absolventin und ehemalige WorldBank-Beraterin Moyo schreibt, dass die Entwicklungszusammenarbeit Empfängerländern nicht nur keinen nachhaltigen Gewinn bringe, sondern einer der Hauptgründe für die ausbleibende Entwicklung vieler sub-saharischer Länder

sei. Die Abhängigkeit von Hilfszahlungen verstärke Korruption und Konflikte und schränke den Unternehmensgeist ein. In ihrer Kritik der internationalen Zusammenarbeit schreibt Moyo, dass die derzeitigen Zahlungen als Fluch gelten, genau wie die Existenz von wertvollen Ressourcen oder Diamanten. Entwicklungshilfe sei genauso einfach zu stehlen, werde direkt an Regierungen gezahlt und bestärke den Kampf über die absolute Regierungskontrolle. Außerdem würden eigene Investitionen vernachlässigt, wie Moyo am Beispiel eines afrikanischen Moskitonetzherstellers verdeutlicht, der von den freien Netzen der Entwicklungsorganisationen vom Markt gedrängt wird. Die Autorin gilt als eine der ersten afrikanischen Stimmen, die den Diskurs über Sinn und Unsinn der Entwicklungszusammenarbeit mitbestimmen. William Easterly, Paul Collier oder Jeffrey Sachs galten bis dahin als die bekanntesten Gesichter der Debatte, alle drei kommen aus den Industrienationen des „globalen Nordens“. Als Lösung kommt für Moyo nur eine radikale Abkehr vom derzeitigen Modell der Hilfs-Abhängigkeit in Frage, ersetzt durch einen Fokus auf eigenständige marktwirtschaftliche Entwicklung.

Stagnation trotz Entwicklungszusammenarbeit

Ob Entwicklungshilfe langfristig effektiv ist, gilt in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften als umstritten. Kritiker bezweifeln, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen Entwicklungszahlungen und einem Wohlstandszuwachs der Gesamtbevölkerung gibt. Sambia hat seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1964 laut Daten der OECD 29.5 Milliarden Euro an Official Development Assistance (ODA) von den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bekommen. Deutschland zahlte zwischen 2016 und 2018 97.5 Millionen Euro. Trotzdem belegt das Land im Human Development Index, der Lebenserwartung, Bildung und Pro-Kopf Einkommen der Bevölkerung misst, Platz 144 von insgesamt 189 Ländern.

Prof. Axel Dreher von der Universität

Heidelberg verweist dabei auf einen Makro-Mikro-Widerspruch. Auf Mikro-Ebene würden viele Entwicklungsprojekte positiv evaluiert und es gebe viele Programme im Gesundheits-, Bildungs- oder Sanitärbereich, die vor Ort die Lebenssituation vieler Menschen konkret verbessern. Auf Makro-Ebene lasse sich jedoch kein positiver Zusammenhang zwischen mehr Entwicklungszahlungen und mehr Entwicklung und ökonomischem Wachstum nachweisen.

Die Evaluierung der Millenniums-Entwicklungsziele von einer Gruppe aus Forschern und Forscherinnen der London School of Economics fällt durchwachsen aus. Die im Jahr 2000 für das Jahr 2015 festgelegten Entwicklungsziele der Vereinten Nationen werden in offiziellen Reports als ‘the most successful anti-poverty movement in history’ bezeichnet. Die Londoner Wissenschaftler merken allerdings an, dass zum einen die Messindikatoren so angepasst wurden, dass die Fortschritte positiver dargestellt werden konnten, als sie wirklich waren. Zum anderen sehen die Zahlen weitaus weniger beeindruckend aus, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung Chinas nicht berücksichtigt.

China – Schrittmacher des Wachstums?

800 Millionen Menschen aus der Armut befreit, die Agrarnation zu einem boomenden Industriestandort verwandelt, die Anzahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor um 200 Prozent gesteigert und den Zugang zu Bildung für weite Teile der Bevölkerung gestärkt. Die größte Entwicklungsleistung der letzten 40 Jahre würde sich jede Entwicklungsministerin und jeder Entwicklungsminister mit Stolz auf die Fahne schreiben. Allerdings ist Chinas Aufstieg nicht durch die Unterstützung durch Entwicklungshilfe zu erklären, sondern durch ein einzigartiges Wirtschaftsmodell, welches seit der Reformpolitik der Ära Deng Xiaoping mit einem Hybridmodell aus planwirtschaftlicher Kontrolle und marktwirtschaftlicher Öffnung den Aufstieg zur zweitgrößten Wirtschaft der Welt ermöglicht hat. Einst abhängig von Hilfszahlungen ist China heute eine der größten Gebernationen der internationalen Zusammenarbeit, welche die USA laut dem Forschungsprojekt AidData

in naher Zukunft als größten Geber ablösen könnte. In Sambia beispielsweise gehört China mittlerweile zu den Hauptinvestoren. In sambischen Zeitungen wurde die Regierung dafür kritisiert, dass sie scheinbar wichtige Infrastrukturen wie den Kenneth-Kaunda-Hauptstadtflughafen oder den staatlichen Energiebetreiber ZESCO als Hypothek auf chinesische Entwicklungsprojekte eingesetzt habe. Allein an ODA hat China mittlerweile 1.4 Mrd. US\$ an das Land überwiesen. Chinesische Investments füllen die Lücken, die der Abzug westlicher Entwicklungshilfe hinterlässt. Ob Länder wie Sambia es schaffen, mit chinesischer Hilfe aus der Abhängigkeit der Entwicklungszusammenarbeit auszubrechen, bleibt fraglich.

Eine neue Wirtschaftspolitik

Viel mehr als Entwicklungshilfe kann den Ländern des globalen Südens eine andere Wirtschaftspolitik helfen. Ein Ende des Protektionismus und der Subventionierung der US-amerikanischen und europäischen Agrarmärkte müssen dabei den Anfang für faire Handelsbeziehungen bilden. Der afrikanische Agrarsektor leidet unter der Konkurrenz zu subventionierten EU-Produkten und der europäische Markt bleibt aufgrund hoher Zölle nicht erreichbar für afrikanische Agrarexporte.

Ein weiteres enormes Entwicklungshemmnis entsteht durch die Steuerflucht von internationalen Konzernen aus Entwicklungsländern. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen des Global Financial Integrity Institutes (GFI) und des Centre for Applied Research der norwegischen School of Economics fanden heraus, dass die Geldabflüsse aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden weitaus höher sind als Entwicklungszahlungen und Investments von Nord nach Süd. Zinszahlungen aufgrund hoher Schuldenraten in Folge von Entwicklungskrediten oder die Einkommen ausländischer Investments, die zurück nach Hause transferiert werden, spielen hier eine bedeutende Rolle. Den Großteil mache jedoch die undokumentierte und überwiegend illegale Kapitalflucht aus. Durch die bewusste Fälschung von Kapitalvolumen und geheime Transaktionen in Steuerparadiese entgingen Entwicklungsländern laut der Studie allein im Jahr 2012 Steuern im Wert 700 Milliarden US-Dollar. Eine Summe, die die Entwicklungszahlungen im selben Jahr um das Fünffache übersteigt. Ernsthaftes Engagement gegen Steuerparadiese, die Umsetzung internationaler Steuerabkommen im Rahmen der World Trade Organisation, sowie die internationale koordinierte Strafverfolgung von Steuerbetrug sind daher entwicklungspolitische Maßnahmen, die erfolgsversprechender sind als die derzeitige Entwicklungshilfe. Sie können zudem einen wirksamen Gegenpol gegen den wachsenden Einfluss Chinas in Afrika darstellen.

.....
Mario Lootz
- Humboldt Universität Berlin -

Bayernndämmerung

Wie wird sich das Bundesland nach der Landtagswahl verändern?



Großwerden im fränkischen Teil von Bayern. Das war Schulalltag unterm Kreuz, Dorfkirchweihen in heißen Bierzelten, und der Direktkandidat der CSU gewann stets das Direktmandat. Doch es hat sich etwas verändert im Freistaat. Bereits vor der Landtagswahl braute sich im Südosten der Republik etwas zusammen. Seit Mitte Mai gab es mehrere Großdemonstrationen gegen das von der Staatsregierung beschlossene neue Polizeiaufgabengesetz und die darin vorgesehenen, massiven Eingriffe in Persönlichkeitsrechte und gegen die der AfD nach dem Mund redende populistische Rhetorik einiger CSU-Politiker.

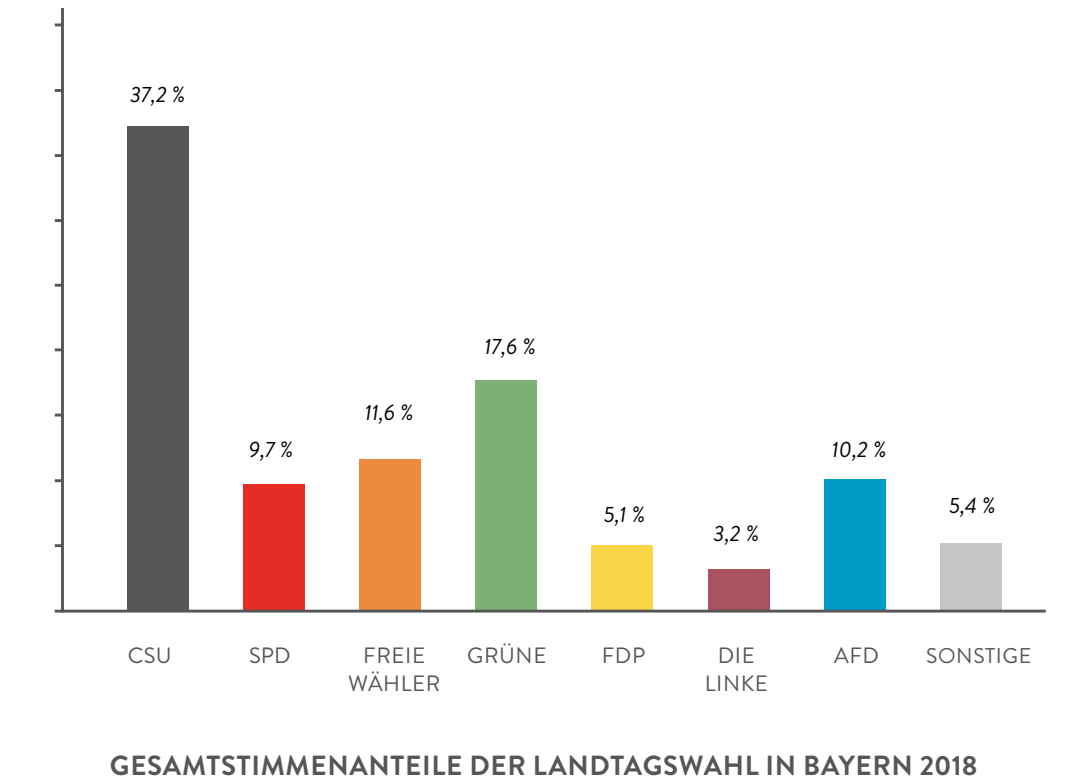
Ein historisches Wahlergebnis

Nun ist es amtlich. 37.2% für die CSU. Gscheitert. Unter Ministerpräsident Söder hat sie ein historisch schlechtes Ergebnis im Freistaat eingefahren. Nach mehreren von Personalquerelen und populistisch aufgeheizter Rhetorik geprägten Monaten wurde die einzig wahre „Bayern-Partei“ an der Wahlurne abgestraft. Aus der stolzen Volkspartei CSU, die Bayern wie keine andere zu verstehen schien, ist vor der Wahl eine Partei der Angst geworden. Eine Partei, die teilweise den Bezug zum Wahlvolk verloren zu haben schien. Schuld an den schlechten Umfragewerten? Zugezogene aus anderen Bundesländern, die die bayerische Kultur einfach nicht verstehen. Oder im Zweifel eben das GroKo-Chaos in Berlin. Im Wahljahr 2018 hat sich die CSU Fehltritte erlaubt. Da half auch die Markus-Söder-bodenständig-und-hautnah-Kinotour des Landesvaters nichts.

Mia san die weltoffene Mitte

Im Januar besuchte der ungarische Regierungschef Viktor Orbán auf Einladung der CSU das Kloster Seeon. Europa und Orbán scheint für die CSU kein Widerspruch zu sein. Trotz Kritik an seiner restriktiven Innenpolitik zulasten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit suchte die Partei seine Nähe. Im Mai sorgte die geplante Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes für Aufsehen. Kritikern gehen die vorgesehenen, künftigen

Befugnisse der Polizei viel zu weit. Die Voraussetzungen dafür, wann die Polizei weitreichend in Grundrechte eingreifen kann, seien zu vage gefasst. Großdemonstrationen in mehreren bayerischen Städten folgten. Die Mitte wachte auf. Bei der #ausgehetzt-Demonstration im Juli gingen Zehntausende in der Landeshauptstadt unter anderem gegen die Asylpolitik der CSU auf die Straße. Die in München aufgehängten Plakate mit der Aufschrift: „Ja zum politischen Anstand! Nein zu #ausgehetzt. Bayern lässt sich nicht verhetzen!“ mögen



auf den ersten Blick drollig wirken. Die Tatsache, dass es sich die (einzige) Regierungspartei anmaßt, die freie Meinungsäußerung ihrer Bevölkerung zu diskreditieren, ist bei genauerem Hinsehen besorgniserregend und beschämend. Mit einer Online-Kampagne unter dem Stichwort #ichbinCSU ging die Partei in die Offensive. Dass der Hashtag, der stark an die internationale Solidarisierung mit den Pariser Terroropfern unter dem Hashtag #JesuisCharlie von 2015 erinnert, im Netz gnadenlos parodiert wurde, überrascht kaum. Dass die CSU in diesen Fällen ihre Mehrheit und Macht nutzte, scheinbar ohne auf den Unmut in der Bevölkerung einzugehen, war ungeschickt – und ehrlicherweise unerträglich.

lich. Da half auch Söders Kehrtwende und das sich in letzter Minute doch noch zu Europa Bekennen nichts. In einem Facebook-Video schloss er bereits vor der Wahl mehr oder weniger deutlich eine Koalition mit den Grünen aus. Gegen ein Bündnis mit der AfD positionierte er sich erst, als die Stimmen schon ausgezählt waren. Wieder eine södersche Fehleinschätzung: Die Wählerinnen und Wähler, die sich für die AfD entschieden, hatte die CSU zu diesem Zeitpunkt bereits „verloren“. Aber gemäßigte Konservative und

liberal eingestellte Bayern hatten genug von der „Asyltourismus“-Rhetorik – solche Statements waren da sicher nicht hilfreich. Mit den verzweifelten Versuchen, „das rechte Lager“ abzudecken, hat die CSU letztendlich genau das Gegenteil erreicht. Statt für die vielversprochene Stabilität zu sorgen, betrieben sie Spaltung.

An den Wählern vorbeiregiert

Die Grünen wurden stärkste Kraft in den Großstädten, auch in der Landeshauptstadt München. Fasst man CSU, die Freien Wähler und die AfD auf einer Seite des politischen Spektrums zusammen, wählte über die Hälfte der bayerischen Wähler konservativ

bis rechts. Die AfD, die in Bayern bei dieser Wahl mit gleich zwei Parteien direkt um Stimmen buhlte, erreichte ein zweistelliges Ergebnis, erhielt mehr Stimmen als die SPD. Was vielen Menschen in Bayern vor der Wahl wichtig war: Eine humanere Asylpolitik, die steigenden Mietpreise, gute Bildungspolitik. Was die CSU den Wählern kurz vor der Wahl als glorreiches Versprechen präsentierte: ein 700 Millionen Euro teures bayerisches Weltraum-Programm. Man kann sich fragen, wie eine Partei, die sich stets als stolze Bayern-Volkspartei präsentierte, so an ihren potentiellen Wählern vorbeiregieren konnte. Und trotz Wahlschlappe: Markus Söder kann weiter regieren, offen ist auch nach wie vor, ob sich sonst in der Partei personelle Konsequenzen ergeben. Am Wahlabend dann kam Söder schnell auf sein Dauerbrenner-Versprechen zurück: Stabilität. Er formulierte das Ziel, eine stabile, bürgerliche Regierung zu bilden. Nahelegend als Partner: die Freien Wähler, eine Partei, die sich nicht so recht in das klassische Links-Mitte-Rechts-Schema einfügen will. Oder sind sie doch nur eine CSU „in klein“? Bedeutet eine Koalition mit den Freien Wählern einfach den schwarz-orangen Stillstand unter dem weiß-blauen Himmel?

Neuer Anstrich für den weiß-blauen Himmel

Die erste Schockstarre löst sich. Aus der Wahl in Bayern ergeben sich große Chancen: Erstens: Die SPD, die im Freistaat gebeutelnt nur noch 22 Sitze stellen wird, kann und muss ihr Agieren, auch in der Großen Koalition, überdenken. Zweitens: Die CSU kann beweisen, dass sie den Bezug zur Mitte nicht verloren hat, dass sie es nicht nötig hat, auf populistische Parolen anstelle eines klaren Bekenntnisses zum weltoffenen Rechtsstaat zu setzen. Drittens, dass sich mit starken Grünen und der wieder in den Landtag eingezogenen FDP ein liberaler Flügel bildet, welcher die zur Mitte-links tendierenden Wählerinnen und Wähler repräsentiert. Viertens, dass aus der Koalition zwischen CSU und Freien Wählern ein neuer, bürgerlicher, „gutartiger“ Konservatismus erwächst. Ein Konservatismus, der die demokratische Grundordnung nicht auf der Jagd nach Wählerstimmen aufweicht, sondern verteidigt. Die Welt ist komplizierter geworden. Globale Herausforderungen, Flüchtlingsströme und Klimawandel machen selbstverständlich nicht an Landesgrenzen Halt. Söders trotzig mit-voller-Kraft-in-die-Vergangenheit kann da keine Lösung sein. Das Wahlergebnis zeigt einerseits, dass Bayern eben immer etwas konservativer tickt als der Rest der Republik. Es hat aber auch bewiesen, dass die weltoffene, bürgerliche Mitte aus der Reserve gelockt wurde. Wir dürfen uns jetzt nicht zur Ruhe setzen. Mehr denn je müssen wir gegen populistische Hetze, den Verrat an Grundrechten, aufbegehren! Der weiß-blaue bayerische Himmel kann nach dieser Wahl einen Neuanstrich bekommen. Bayern hat sich verändert. Da muss die Politik mitziehen. Es heißt, mit Mut mit der Zeit gehen statt sich von diffusen Ängsten in die Vergangenheit jagen zu lassen.

.....
Anna Seifert
- Bucerius Law School -

Europa: Adieu!?

Analyse und Auswege aus der Krise

Euro, Flüchtlinge oder Brexit – die aktuellen europäischen Krisen sind zahlreich und bringen Europa zum Wackeln. Und das, obwohl unser Kontinent gewiss nicht auf einem Fundament aus Sand aufbaut. Dieses ursprünglich starke Fundament zeigt derzeit jedoch starke Risse auf, was ein Grund für den Krisenmodus der Union ist. Zum Verständnis der gemeinsamen Basis muss ein Blick in die Geschichte gewagt werden. Wenn das Fundament schließlich wieder gefestigt wird, kann auch Europa wieder erstarken.

Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, erklärte Angela Merkel am 19. Mai 2010 im Deutschen Bundestag. Europa war auf einem Höhepunkt der Euro-Krise angelangt. Dies veranlasste die Bundeskanzlerin dazu, das Schicksal des Euro an das Schicksal Europas zu koppeln. Ein gefährliches Unterfangen, denn ist nicht Europa viel mehr als eine gemeinsame Währung, die gewiss scheitern kann? Der Euro ist zwar bisher nicht gescheitert, wie viele vermutet haben, aber wie steht es um die europäische Staatengemeinschaft? Zwar scheint sich die Euro-Krise in letzter Zeit etwas beruhigt zu haben, doch sogleich wird die Europäische Union durch die Flüchtlingskrise und den Brexit wiederum vor immense neue Herausforderungen gestellt, die sie bis an den Rand des Abgrunds bringen. Ein Konsens zwischen den - noch - 28 Mitgliedsstaaten liegt in weiter Ferne. Die Vorstellungen über eine angemessene gemeinsame europäische Politik divergieren stark. Innerhalb der einzelnen europäischen Staaten formieren sich populistische Parteien von links und rechts und versuchen, die Gunst der Wähler zu gewinnen, was ihnen oftmals auch gelingt. Europa fungiert hier zumeist als Feindbild. Die Rückkehr zu einzelnen Nationen, die autark und unabhängig voneinander und von einer europäischen Staatengemeinschaft leben, wird als Heilsweg erachtet.

Den Blick in die Geschichte wagen

Wir sehen also: Die Herausforderungen könnten komplexer und anspruchsvoller nicht sein – doch Europa zeigt sich kraftlos und ermüdet. Es scheint, das Projekt der europäischen Einigung ist endgültig am Ende oder zumindest auf dem Abstellgleis. Ist Europa überhaupt noch zu retten oder müssen wir der Idee des europäischen Projekts endgültig „Adieu“ sagen?

In der bisherigen europäischen Krisenbewältigung waren es nahezu immer zwei Eigenschaften der Union, deren Existenz kontrovers diskutiert wurde, und die zugleich konstitutiv sind: gemeinsame europäische Werte und nationalstaatliche Souveränität. Zwar bilden sie das Fundament, auf dem Europa begründet ist, doch sie befinden sich gegenwärtig in einem Deformationsprozess. Eine Rückbesinnung auf die Grundlagen des europäischen Selbstverständnisses könnte die Staatengemeinschaft retten. Doch was sind die gemeinsamen europäischen Werte und wie kann nationalstaatliche Souveränität integrierende Wirkung haben? Um uns den Antworten zu nähern, müssen wir einen Blick in die Ge-

schichte wagen.

Europäischer Frieden als Lehre der Vergangenheit

Über Jahrhunderte hinweg war Europa nicht der Kontinent des Friedens, auf dem wir heute leben, sondern von unzähligen Kriegen verwüstet. Absolute Herrscher regierten in despotischer Manier. Frankreich und Deutschland waren durch eine lange Erbfeindschaft gezeichnet. Der dreißigjährige Krieg sowie insbesondere die beiden Weltkriege sind Beispiele und historische Mahnmale für pervertiertes Machtstreben. Was sich vor allem im 19. Jahrhundert in der Sehnsucht der Völker nach Nationalstaaten offenbart hat, zeigte sich nach der Stunde Null ab 1945 im Willen vieler Menschen, gemeinsam auf einem friedlichen Kontinent zu leben. Dass Europa sich nach dem Zweiten Weltkrieg so zügig von Krieg und Zerstörung erholt und die Staaten zusammen konstruktiv auf Frieden und Wohlstand hinarbeiteten, ist insbesondere der Leistung zweier Staatsmänner zu verdanken: Konrad Adenauer und Charles de Gaulle. Sie erkannten die unbedingte Notwendigkeit, in Europa als unterschiedliche Nationen auf einer gemeinsamen Grundlage kooperativ zu arbeiten. Sie bauten Europa vor allem auf drei fundamentalen ethischen Bezugsgrößen auf, die durch den Zweiten Weltkrieg völlig gescheitert erschienen: Gott, Familie und Vaterland. Es sind gerade diese drei Grundwerte, die europäischen Werte wie Menschenwürde, Freiheit und Toleranz garantieren können. Aus Gott entspringen Menschenwürde und Freiheit, welche in der Familie als Keimzelle der Gesellschaft gelebt und durch den freiheitlich-demokratischen Nationalstaat zusammen mit der Toleranz gewährleistet werden - Böckenförde lässt grüßen.

Die Instrumentalisierung gemeinsamer Werte durch totalitäre Ideologien

Doch wurde diese Wertetrias nicht auch vom nationalsozialistischen Regime mit seinem nationalistischen, totalitären Herrschaftsanspruch hochgehalten? Der erste Eindruck täuscht, denn schon die traditionellen christlichen Werte wie Nächstenliebe, Transzendenz und Internationalität stehen im Gegensatz zu der totalitären Ideologie des Nationalsozialismus. Gott und Kirche waren den Nazis ein Stachel im Fleisch. Auch in der Zivilbevölkerung verloren viele den Glauben an Gott. Dass Gott tot sei, hat zwar schon Friedrich Nietzsche Ende des 19. Jahrhunderts postuliert. Der Eindruck der mutmaßlichen Nicht-Existenz Gottes wurde aber durch den Schrecken des

Zweiten Weltkriegs noch verstärkt. Wenn schon das christliche Selbstverständnis in diametralem Gegensatz zum Nationalsozialismus steht, bewies dieser dann nicht zumindest, dass die Ideen von Vaterland und Nation nicht mit einer friedlichen Staatengemeinschaft vereinbar sind? Hat nicht gerade die heroisch-ideologische Überhöhung der Nation durch die Nazis den Krieg ausgelöst? Gewiss war das ein wesentlicher Grund, aber stolze Nationen wie Großbritannien, die Schweiz oder Spanien zeigen, dass der Gedanke der Nation in Zeiten von Krieg und Frieden auch positiv besetzt werden kann. Die Nazis hingegen haben die Idee des Vaterlands sowie der Familie instrumentalisiert und pervertiert. Doch der Verlauf der Geschichte zeigt: Sie sind mit ihrer Ideologie gescheitert. Die einstige Fläche Deutschlands nach dem Krieg wurde immens reduziert, Millionen von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben und Familien getrennt und zerstört. Die deutsche Nation schien am Boden. In der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wurden die europäisch-abendländischen Werte verneint; sie dienten dem Regime als Strohmannen für Totalitarismus, überhöhten Nationalismus und Antisemitismus.

Ähnlich wie Nationalsozialismus und Faschismus negierten die sozialistischen Regime Osteuropas in ihrer totalitären Ideologie die moralischen-gesellschaftlichen Ideale von Gott, Vaterland und Familie und die tiefe Sehnsucht des Menschen, frei entscheiden zu können. Auch der Sozialismus der Nachkriegszeit fand kein anderes Mittel als die Gewalt, um Menschen von der vermeintlichen Überlegenheit des Systems zu überzeugen. Er ist in Europa als totalitäre Ideologie gescheitert. Was bleibt, ist der Appell, unsere lebensbejahenden, gemeinschaftsfördernden Werte vor Missbrauch und Aushöhlung zu schützen.

Ein Werte-Vakuum, das wieder gefüllt werden muss

Doch befinden wir uns heute abermals in einem Werte-Vakuum, einem metaphysischen Defizit. Politisch vollzieht sich zwar immer mehr europäische Integration, doch das Fundament wackelt: Es fehlt das Bewusstsein von Demut und Bindung an etwas Größeres, Transzendentes. Extreme politische Bewegungen aller Couleur trachten danach, die ursprünglichen europäischen Werte zu instrumentalisieren und zu zerstören. Dabei ist es genau das, was Europa braucht: Eine Rückbesinnung auf das Wesentliche, die Werte, die uns als Europäer einen!

Mit nationalstaatlicher Souveränität zur europäischen Integration

Schon der Begriff des „Vaterlandes“, auf den Konrad Adenauer und Charles de Gaulle zu Beginn der europäischen Integration zurückgriffen, impliziert, welche entscheidende Rolle staatliche Souveränität auch in einer Staatengemeinschaft spielt. Denn Vaterland und Nation sind zwei Seiten derselben Medaille: Vaterland mehr als persönliche Identifikationsgröße, Nation als politisches Konstrukt. Der damalige französische Premierminister Michel Debré sprach 1959 in der französischen Na-

tionalversammlung von: „l’Europe des patries et de la liberté“ (Europa der Vaterländer und der Freiheit). Ein Ausdruck, der auf den ersten Blick sehr abstrakt erscheint, jedoch durchaus für uns heute praktische Bedeutung hat. Vaterland oder Nation ist zumindest in Deutschland aus vielschichtigen Gründen ein oftmals eher negativ konnotierter Begriff. Die Vereinahmung durch extreme politische Bewegungen und die Vergangenheit mögen Ursachen dafür sein. Doch mindert das nicht den prinzipiell positiven Gehalt, welchen die Idee von Nation und Vaterland insbesondere auch für Europa in sich tragen. Europa zeichnet sich gerade durch seine kulturelle und politische Heterogenität aus, die einen neugierigen und konstruktiven Austausch der Nationen und Menschen untereinander ermöglicht. Jeder Mensch hat eine Heimat. Und diese Heimat ist für viele Menschen neben der Familie und der Region eben auch das eigene Volk, die eigene Nation. Dies nicht zu akzeptieren oder sogar zu diskreditieren, würde einen ehrlichen Austausch der Völker in einem vielfältigen Europa gefährden. Um das Verhältnis zwischen Nationalstaat und europäischer Supranationalität angemessen festzulegen, sollte das Prinzip der Subsidiarität effektiver und mehr angewandt werden. Das heißt konkret: Europa sollte und kann nicht alle Probleme lösen, schon gar nicht durch rechtliche Überregulierung, die uns spätestens durch die neu eingeführte Datenschutzgrundverordnung immer gegenwärtiger wird. In wesentlichen Fragen verschiedener Politikfelder braucht es durchaus einen europäischen Konsens, der jedoch trotzdem in weiter Ferne scheint. Ein wichtiger Grund dafür mag das Interesse der Nationalstaaten sein, für sich selbst über Tun oder Unterlassen zu entscheiden.

Sieben Maßnahmen zur Stabilisierung der Europäischen Union

Um dennoch nicht zu resignieren, brauchen wir vernünftige innovative Ideen für Europa. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir global durch komplexe Probleme wie den Klimawandel, Migration und den Wettbewerb der Supermächte herausgefordert sind. Dafür sollten unverzüglich folgende sieben Punkte angestoßen werden, damit Europa gerade nicht (wieder) scheitert, sondern sich mutig und positiv in die Zukunft entwickeln kann.

1. Rückbesinnung auf das Wertefundament

Wir müssen uns wieder mehr bewusst werden, was uns als Europäer in unserer Kultur und unseren Werten eint: Würde und Freiheit jedes Menschen sind eng mit den Prinzipien Gott, Vaterland und Familie verknüpft. Daher sollten diese Prinzipien auch explizit Erwähnung in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union finden. Innerhalb Europas sollten auf breiter Basis offene Veranstaltungen und Austauschprogramme initiiert werden, wo wir als Europäer kontrovers und differenziert nicht nur über Tagespolitik, sondern das große Ganze streiten.

2. Regelung der Migration

Die Illegale Migration muss durch Grenzsicherung, Abschiebung und Fluchtursachenbehebung bekämpft werden. Der gemeinsame europäische Grenzschutz Frontex sollte unter

Mitwirkung aller Mitgliedsstaaten weiter ausgebaut werden.
Legale Migration insbesondere qualifizierter und wirklich asylberechtigter Menschen sollte zugleich in geordnetem und begrenztem Rahmen ermöglicht werden. Dafür braucht es auch europäische Lösungen.

3. Prinzipien von Autonomie und Verantwortung in der Wirtschafts-/Finanzpolitik konsequent anwenden
Jeder Staat ist zunächst für den eigenen Haushalt verantwortlich. Andere Staaten dürfen prinzipiell keine finanziellen Hilfen leisten. Die Maastricht-Kriterien inklusive Sanktionen müssen konsequent für nachhaltige Investitionen durch Haushaltspolitik umgesetzt werden. Attraktive Konditionen auf der Angebots-Seite müssen für innovative Investoren weiter ausgebaut werden.

4. EU-Struktur
Die EU muss gegenüber dem Vereinigten Königreich auf einem harten Brexit beharren. Wer sich gegen Europa entscheidet, muss auch mit den Konsequenzen leben können. Die EU-Erweiterung muss unverzüglich vor-

übergehend ausgesetzt werden. Die derzeitige EU hat bereits genug eigene Probleme, die es intern zu lösen gilt.

5. Europäisches Parlament
Das Europäische Parlament muss gegenüber der Kommission gestärkt werden, indem man die Gesetzgebungskompetenz bei sinnvollen europäischen Anliegen (z.B. Handels-, Wettbewerbs- und Währungspolitik) auch auf ein Initiativrecht ausweitet.

6. Sicherheit & Verteidigung
Die Verteidigungsausgaben aller EU-Staaten müssen erhöht werden und sollen 2 % des nationalen BIP umfassen. Zudem müssen die Nationalstaaten im Bereich der Verteidigung Strukturen so koordinieren, dass eine gemeinsame europäische Armee langfristig zusätzlich zu den nationalen Armeen ermöglicht wird.

7. Bildung & Forschung
Innerhalb Europas müssen exzellente Universitäten durch ein neu aufgelegtes EU-Programm „Europäische Exzellenzinitiative“ mehr gefördert werden. Zudem braucht es eine europäische For-

schungsoffensive, um zukünftige Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz und nachhaltige Elektrifizierung besser zu erschließen.

Appell an uns selbst
Die unverzügliche Umsetzung dieser Maßnahmen kann Europa weiter nach vorne bringen. Wenn die Rückbesinnung auf unsere gemeinsame Werteordnung gelingt, wären sie nur konsequent und außerdem konsensfähig. Die Maßnahmen sind notwendige, nicht jedoch hinreichende Bedingung für das Gelingen des europäischen Projekts. Europa braucht vielmehr auch mutige Menschen, die sich ihrem Heimatland und Europa gleichermaßen verbunden fühlen, sowie öffentlich und privat für den europäischen Geist eintreten. Dieser Geist muss ein Geist sein, der aus den wesentlichen europäischen Werten Gott, Vaterland und Familie entspringt. Als Europäer zeichnet uns global nicht nur unsere supranationale subsidiäre Staatengemeinschaft, sondern unser gemeinsames kulturell-moralisches Erbe aus: die Verbindung von Christentum und Aufklärung, Frieden und Wohlstand,

Toleranz und Einheit. Um glaubhaft und nachhaltig für Europa einzutreten, müssen wir uns vor allem auf diese Werte zurückbesinnen und alle Maßnahmen, die wir angehen, aus diesem Geist heraus vollziehen. Der Euro ist nicht gescheitert – trotz massiver anhaltender Probleme. Der Krieg hat die europäische Idee nicht zerstört – trotz aller Brutalität. Der Populismus gefährdet Europa, er wird es jedoch nicht zerstören, wenn wir für Europa kämpfen. Treten wir also gemeinsam ein für ein Europa, das wir zusammen im Bewusstsein unserer Werte und unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen aus unserer Freiheit heraus nachhaltig gestalten.

.....
Pascal Landahl
- Bucerius Law School -

GESELLSCHAFT



Foto: Ryan Tauss, <https://unsplash.com/photos/jVwb9LjxJ08>

Die Wände sind kahl, nur an zwei oder drei Stellen hängen alte Plakate über den Aufbau der Zelle oder die wichtigsten Punkte im Leben von Goethe. Die Lehrerin kommt durch die Tür und schiebt unter leisem Stöhnen den Overheadprojektor in den Klassenraum. Unge­stört unterhalten sich die Kinder nicht nur lautstark, sondern schreien eher herum, eini­ge vielleicht als Ausgleich für die 45 Minuten Schweigen, die jetzt folgen. Dann – wider Er­warten – für einen von ihnen doch die plötz­liche Unterbrechung mit einem aufwecken­den: „Hey, Jonas! Lies mal deine Hausaufgabe vor.“ „Ich hab‘ sie nicht gemacht.“, ertönt die kleinlaute, aber sehr effiziente Antwort. „Das gibt wieder einen Strich, Jonas!“ Eine Strafe, die so albern klingt, aber von manch einem 12-jährigen so ernst genommen wird, dass auch die Lehrerin von der folgenschweren,

aber leider nötigen Bestrafung überzeugt ist. Auf andere scheint sie nicht so zu wirken, aber wenn man es nur oft genug versucht, wird es schon irgendwann klappen. Denn das System hat sich ja schließlich etabliert, warum sollte es einer Alternative bedürfen?

JVA Schule
Wenn man sich heute Fotos von alten Klas­senräumen aus der Kaiserzeit anschaut, merkt man schnell, dass sich eigentlich am Grundkonzept kaum etwas geändert hat seitdem. Nur, dass die Gewalt, die auf Kinder ausgeübt wird, heute nicht mehr physisch geschieht, sondern rein psychischer Natur ist. Der Lehrbeauftragte steht vorne als ver­körperte Allwissenheit und bietet der neben­einander in Stuhlreihen gequetschten Schü­lermasse ein Tor, nein, ein kleines Türchen,

in die Welt des unerschöpflichen Wissens. Der Lehrer erzählt den Schülern, was sie wis­sen sollen bzw. schreibt es an die Tafel, und diese schreiben es in fein säuberlich linierte Hefte auf. Wie heißt die Hauptstadt von Ni­caragua? Wie viele Knochen hat der mensch­liche Körper? An welchem Datum hat Luther seine Thesen an die Tür genagelt? Wenn die Schüler das Ganze dann eine Woche später noch nachplappern können, ist das Lernziel erfüllt und es gibt eine gute Mitarbeitsnote. Sind die Mitschriften leserlich, die Über­schriften mit rot unterstrichen und wurde auch ja nicht über den Rand geschrieben, ist die gute Heft-Note sicher. Aber am wichtigs­ten sind natürlich die Klassenarbeiten, um die Rechenfähigkeit, die lyrische Begabung oder sogar die Kreativität final in ein Zeugnis gießen zu können, eine Ansammlung von Zahlen, um den Menschen, der uns gegen-

übersteht, einfacher einordnen zu können. Auch wenn sich in diese Klausuren ab und zu mal eine Transferaufgabe hinein schum­melt, kann man sich doch im Großen und Ganzen auf die guten alten „Nenne alle Pro - und Contra-Argumente“ (oder: „Schreib einfach das Tafelbild von letzter Woche auf.“) und Multiple-Choice-Aufgaben ver­lassen. Letztere wurden 1914 von Frederick J. Kelly erfunden, der einige Jahre später von seiner eigenen Erfindung Abstand nahm, da sie eher geeignet sei, „lower-order thinking“ zu messen. Stattdessen plädierte er für pro­blemorientiertes Lernen. Augenscheinlich kam die Einsicht für die breite Masse wohl zu spät. Das Traurige ist, dass unser Schulsystem sich nicht nur nicht verbessert hat, es passt auf die heutige Zeit noch schlechter. Ich muss nicht mehr wissen, in welchem Jahr Kolumbus

Amerika entdeckt hat, wenn ich durch 0,64 Sekunden Google-Suche 105.000 Suchergebnisse zu dem Thema erhalte. Niemand muss sich mehr alles Faktenwissen im Kopf behalten können, da sich das geballte Wissen der Menschheit in unserer Hosentasche befindet und nicht einen halben Tag Fußmarsch entfernt in der Stadtbibliothek. Doch während wir die Notwendigkeit verspüren, jedes Jahr ein neues iPhone im Laden kaufen zu können und jeden dritten Tag irgendein Star seine neue Sneaker-Edition auf den Markt wirft, haben wir vergessen, auch das verstaubte Schulsystem an die Gegebenheiten unserer Zeit anzupassen. Vergessen ist auch schon das richtige Stichwort. Denn jeder, der zwei Jahre aus der Schule raus ist, wird feststellen, wie wenig Wissen man eigentlich von den Unmengen an Bulimie-Sessions zwei Tage vor der Klausur behalten hat. Wir brauchen kein Schulsystem, das Punkte setzt, sondern eines, das Punkte durch Linien verbindet. In einer Zeit, in der der Mensch sich immer mehr mit seiner eigenen Entmündigung abfindet, braucht es keine weitere Generation von Leuten, die gesagt bekommen, was die Generation über ihnen so denkt, sondern eine, die lernt, selber zu denken. Eine die lernt, Sachverhalte nicht auswendig zu lernen, sondern zu verstehen. Wir brauchen Jugendliche, die nicht nur Wissen auf's Papier rotzen können, sondern welche, die aus diesem Erkenntnis gewinnen. Eine Generation, die das Internet nicht nur als Spielerei versteht, sondern auch als Werkzeug. Nie war der Zugang zu Wissen einfacher und trotzdem lernen wir nicht, damit umzugehen. Denn die wissenschaftliche Analyse vom Trinkverhalten der Erdkröte und das tausendste „9/11-was-an-inside-job“-Video sind beide nur einen Klick entfernt. Das gilt heute schon für Sechsjährige. Es lässt sich auch durch Handyverbote nicht umgehen. „Wenn du sie nicht schlagen kannst, verbünde dich mit ihnen.“ Warum nicht Handys, Tablets und Laptops in den Unterricht integrieren statt in einem David-gegen-Goliath-Kampf gegen sie anzutreten? Haben fehlende Verbote von Technik die Studenten des 21. Jahrhunderts so viel dümmer gemacht?

Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage gaben 65 Prozent der Eltern an, ihre Kinder bei den Hausaufgaben zu unterstützen. Laut einer Studie des Lernportals „Duden Learnattack“ sind 46 Prozent der Eltern aus diesem Grund laut eigener Aussage gestresst. Was heißt das, wenn Kinder Aufgaben bekommen, die sie nur noch mit Betreuung lösen können? Das heißt, die Kinder, die solch eine Betreuung nicht haben, sind erheblich benachteiligt; hauptsächlich Kinder aus bildungsfernen Familien und Kinder von Migrant*innen. Die Macher der Hattie-Studie, die Daten von über 250 Millionen Schülern analysiert haben, erstellten eine Rangliste mit 136 Parametern, die zeigen, wie wichtig einzelne Faktoren für den akademischen Erfolg eines Schülers sind. Die Hausaufgaben landeten dabei auf Platz 88. Auf Platz 66 rangiert der Punkt „Angstreduktion“. Es wird Zeit, dass Hausaufgaben in die Geschichtsbücher gehören und Übungsaufgaben gemeinsam in der Schule erledigt werden. Es kann nicht sein, dass Kinder, nachdem sie nach Hause kommen, noch Schulaufgaben erledigen, während ihre Eltern schon Feierabend haben. Auch die Parameter „Sicht auf die eigene Ethnizität“ und „Theater und Kunstprogramme“ übten nach der Studie mehr Einfluss auf den Leistungserfolg aus als Hausaufgaben. Die kaum vorgesehene Förderung der Schüler von Sport, Kunst und sonstiger kreativer Beschäftigung ist aber gerade elementar für die Bildung einer

eigenen Meinung und Persönlichkeit, eines eigenen Verständnisses von der eigenen Rolle im persönlichen, staatlichen und weltweiten Geschehen. Schüler brauchen persönliche Freiräume in der Schule, in denen sie sich entfalten können, statt eine Art abgeschwächter Jugendknast, in dem man sogar um Erlaubnis fragen muss, wenn man auf die Toilette gehen möchte.

Problemerkennung: mangelhaft

Und auch wenn Lernen einen Nutzen in sich selbst haben muss, sollte es Fächer geben, die Heranwachsende auf ihr wirkliches Leben vorbereiten. Es klingt klischeehaft, doch das macht es nicht weniger wahr: Als 18-jähriger weiß man zwar, wann die Römer den Hadrianswall gebaut haben, aber nicht, wie man seine Steuererklärung macht, wie man sich um einen Job bewirbt oder wie man sich gesund ernährt. Kinder sollen immer mehr in immer weniger Zeit schaffen, ohne dass das Fach Zeitmanagement auf dem Plan steht. In Deutschland ist die zweithäufigste Todesursache junger Menschen zwischen 15 und 20 Jahren Suizid. Themen wie Selbstschutz und emotionale Belastbarkeit sollten demnach eher Zeit eingeräumt werden, statt immer noch mehr Spezialwissen in Fächern abzufragen.

Jede politische Partei in Deutschland hat bis ins kleinste Detail einen genauen Plan, auf welche Arten von wem sie wie viele Steuern heranziehen möchte. Aber das Thema Schule wird in jedem Wahlprogramm mit der kurzen Bemerkung abgespeist, dass sich Dinge verbessern müssten und mehr Geld investiert werden muss. Aber egal welche Partei den Ministerpräsidenten stellt, in jedem Bundesland gibt es seit vielen Jahren schon die gleichen ähnlichen Probleme. Das Vererbungsrisiko von Kindern armer Eltern ist zu hoch, Schulen sind sanierungsbedürftig und Schüler mit Behinderung müssen besser inkludiert werden, der Bestand an Technik ist katastrophal. Aber schon an diesen offensichtlichen Problemen ändert sich nichts. Dass darüber hinaus mal eine wirkliche Veränderung mit konkreten Forderungen angestrebt wird, gibt es schlicht nicht. Es geht immer um Minimalforderungen statt um zukunftsorientiertes Denken. Schulen müssen nicht nur saniert werden, sie müssen ein Ort sein, an dem Kinder sich wohlfühlen können, mit mehr Platz zum Lernen wie zum Spielen, abwechslungsreichen Schulhöfen und sportlichen Anlagen. Dass gar auch nur ernsthaft darüber diskutiert wird, in welchem Ausmaß oder ob überhaupt Schulnoten als Leistungseinschätzung für den Schüler selbst oder für Lehrer, Eltern, Universitäten und Arbeitgeber sinnvoll und geeignet sein können, ist aktuell undenkbar. Ich weiß, liebe Politiker, Schüler sind meist nicht wahlberechtigt und stellen „nur“ 11 Millionen Menschen der Bevölkerung. Ich verspreche Ihnen aber, dass ganze 100 Prozent von ihnen die Zukunft dieses Landes gestalten.

Wir haben uns mit unserem Grundgesetz als Gesellschaft dazu bekannt, dass der Mensch niemals Mittel zum Zweck sein darf. Der Staat dient dem Menschen und nicht der Mensch dem Staat. Dennoch beurteilen wir unsere Jugend nicht nach individuellen Bedürfnissen, sondern wie Maschinenteile, die nach und nach über ein Fabrikband gezogen werden. Jedes Gehirn funktioniert anders, jeder Jugendliche lernt anders, braucht andere Unterstützung oder hat auch einfach andere Interessen. Studien der letzten Jahre haben zunehmend bewiesen, dass jedes Gehirn anders lernt und es weit mehr Differen-

zierungsmöglichkeiten gibt als die klassische Einteilung in auditiv, visuell, kommunikativ und haptisch-motorisch Lernende. Schule wird der Vielfalt von Persönlichkeiten und Lerntypen nicht gerecht.

Die Schule des 21. Jahrhunderts

Wir brauchen eine größere Fächervielfalt und die Möglichkeit, dass Schüler ab der 8. Klasse selbst wählen können, in welche Fächer sie ihre Zeit investieren. Es leuchtet ein, dass Kinder eine gewisse Grundausbildung an Deutsch, Mathe, Englisch, Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften am Anfang haben. Aber niemand sollte gegen seinen Willen in der 10. Klasse lernen müssen, aus welchen Proteinen sich ein Neuron zusammensetzt, wenn es ihn nicht interessiert. Das hat nichts mehr mit Allgemeinbildung zu tun. Andersherum, warum sollte es einem Schüler, der sich unfassbar für Klimawandel interessiert, nicht ermöglicht werden, sich darin auch besonders einzuarbeiten? Schüler sollten keine Jahreszahl mehr gegen ihren Willen auswendig lernen müssen. Stattdessen sollte das Verstehen verzahnter Systeme im Vordergrund stehen. Am Beispiel des Klimawandels könnte man in speziellen Projekten das Wissen aus Chemie, Physik, Erdkunde und Politik verknüpfen.

„Die einen unterrichten Kinder, die anderen unterrichten Fächer.“ Warum sind Lehrer nicht Unterstützer auf dem Weg der Selbsterkenntnis eines Schülers, statt Autoritätspersonen? In einigen wenigen Schulen in Deutschland wird damit experimentiert, die erste Hälfte des Schulhalbjahrs typischen Frontalunterricht zu veranstalten, dann aber den Schülern die restlichen benötigten Materialien und Bücher zur Verfügung stellen und die Jugendlichen selbstständig das Thema erarbeiten zu lassen. Dabei ist es ihnen freigestellt, ob sie alleine arbeiten oder sich mit Mitschülern auf die Klausur vorbereiten, ob sie alle an die Hand gegebenen Unterlagen durchgehen oder sich einen ganz anderen Lernweg konzipieren. Lehrer dienen hier als Ratgeber und Helfer, nicht als Diktatoren des Wissens. Außerdem sollten Lehrer ebenso viel verdienen wie andere hochangesehene akademische Berufe wie Ärzte, denn ihre Arbeit ist nicht minder wichtig und der Lehrermangel kann nicht ohne diesen Schritt beseitigt werden. Sie sollten im Studium nicht nur Fachexperten werden, sondern auch Experten der Didaktik, hierauf muss endlich ein größerer Fokus gelegt werden. Gleichzeitig braucht es an jeder Schule Psychologen und weitere Hilfskräfte, denn Probleme wie Mobbing und psychische Belastung sind keine Ausbildungsbereiche von Lehrern. Außerdem sollte Lehrpersonal auch durch Praktiker unterstützt werden, um auch eine nähere Verbindung der Kinder und Jugendlichen mit der Berufspraxis herzustellen.

Und schließlich: Warum teilen wir die Kinder überhaupt nach der Grundschule auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium auf? Die Phasen der Intelligenzentwicklung zwischen 0 und 20 Jahren laufen beim Menschen sehr verschieden ab. So junge Kinder nach so wenigen Jahren dauerhaft zu stigmatisieren, schadet ihrer Entwicklung unheimlich. Und die Chance, dass die besten von ihnen die Schule eventuell mal wechseln können, wenn sie dafür ihr gewohntes Umfeld verlassen, um in neuer Umgebung erst mal mit ganz neuen Standards überfordert zu werden, scheint eher wenig überzeugend. Außerdem wird damit unterstellt, dass Menschen entweder alles gut, alles mittelmäßig oder alles schlecht können. Warum kann

jemand, der wegen schlechter Leistungen in Deutsch, Englisch und Mathe auf der Hauptschule ist, nicht ebenso gut in Politik sein wie ein Gymnasialschüler? Alle Fächer sollten auf drei oder mehr Leistungsniveaus angeboten werden, verknüpft mit Auf- und Abstiegschancen. In Kombination mit der größeren Fächerauswahl und der Möglichkeit, sich in themenübergreifende Projekte einzubringen, könnte die Schule so dem Interesse und Leistungsniveau jedes einzelnen Schülers gerecht werden. Schule soll doch gerade Heranwachsende nach und nach in die Gesellschaft eingliedern. Und zu dieser gehören nun mal Menschen aller Interessen und aller Bildungshintergründe. Jeder würde auf seinem Niveau unterrichtet werden und trotzdem würden auf dem Schulhof alle gemeinsam miteinander auskommen müssen.

Und wer jetzt Angst hat davor, dass solche Änderungen ein gefährliches Herumdoktern an der Zukunft unseres Nachwuchses sind und befürchtet, dass dies alles zu unsicher ist, dem soll Folgendes gesagt sein: In Finnland werden die meisten Schüler in Gesamtschulen unterrichtet, die Schultage sind kürzer, eingeschult wird mit 7 Jahren, Lehrer ist einer der angesehensten und bestbezahlten Berufe des Landes, das Lehrpersonal steht in einem ständigen nationalen Austausch in Bezug auf neue Lehrmethoden und Unterrichtsmaterial, Hausaufgaben gibt es kaum und Spielen gehört zum Alltag. Und trotz der Tatsache, dass es auch dort Kritik am Schulsystem gibt: In keinem einzigen Jahr seit 2000 schnitten die deutschen Schüler besser beim Pisa-Test in den Kategorien Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften ab als die finnischen. Die Finnen holen bei jedem Pisa-Test einen der ersten Plätze im weltweiten Vergleich. Immer mehr Schulstunden am Tag und immer vollere Lehrpläne führen also nicht zu immer besseren Ergebnissen und trotzdem klammert sich Deutschland immer noch zweifelt daran fest. Besonders im Hinblick auf die Tatsache, dass immer mehr Schulstunden ausfallen, führt das nur zu einer Jagd, immer dem Lehrplan-Stoff hinterher, die man nie gewinnen kann. Während der Lehrplan immer umfangreicher wird, beklagen sich Wirtschaft und Universitäten zunehmend darüber, dass es den jungen Menschen an fundamentalen Grundkenntnissen fehlt, an klar strukturierter Ausdrucksweise, fehlerfreier Rechtschreibung, Dreisatz und Prozentrechnung. Doch statt daran zu arbeiten, ein gutes System zu entwickeln, bieten wir lieber den gleichen Quatsch in 16 unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden an. Dass Schule dazu auch noch Spaß machen soll, ist in der Bundesrepublik schlicht und ergreifend nicht vorgesehen. Es ist normal, dass Schule eine ermüdende Pflicht ist. Doch muss das so sein? Liebe Leserinnen und Leser, denken Sie einmal darüber nach, welche die häufigste Frage ist, die kleine Kinder stellen. Es ist: „Warum?“. Kinder sind neugierig und gespannt darauf, was die Welt ihnen zu bieten hat. Daraus kann sich eine unfassbare Motivation entfalten, wenn man diese nutzt. Aber wenn das Wörtchen „wenn“ nicht wäre ...

.....
Jasper Tretow
- Bucerius Law School -



Illustration: Philip Heider

Der feine, aber gewichtige Unterschied

Özil und die Integrationsdebatte

Nichts ist so erfrischend wie ein Perspektivwechsel. Zwischen all dem Klagen von links über den Rückschritt, den die unrühmliche DFB-Affäre um Mesut Özil für Deutschlands Zustand als Einwanderungsland darstelle, und all dem scheinheiligen Trotz des BILD- und Reinhard-Grindel-Volkes, gab es auch Stimmen, die aufhorchen ließen. Zu diesen zählte die Stimme Ferdan Atmans. In einem Beitrag auf Spiegel Online vom 28.07.2018 bewertete sie den Streit um möglichen Rassismus in der Causa Özil positiv. Sie argumentierte, dass die Art und Weise, wie die Debatte geführt werde, nicht ein Zeichen von Rückschritt sei, sondern im Gegenteil bewiese, wie weit es die deutsche Gesellschaft in den vergangenen Jahren als Einwanderungsgesellschaft gebracht habe. Könnte sie Recht haben?

Der Fußball als Motor der Integration

Überhaupt der Fußball. Thomas Mann war es, meine ich, der die integrative Kraft von Kirche und Militär in allen Zeiten und Ländern beschrieb. Heute müsste man den Fußball hinzuzählen. Nichts stand und steht so stellvertretend für den überfälligen Bruch Deutschlands mit der jahrzehntelangen Lebenslüge, kein Einwanderungsland zu sein, wie die deutsche Fußballnationalmannschaft. Was Kanzler Schröder, Vize Fischer und Co. um die Jahrtausendwende auf politischer Ebene und in der Gesetzgebung vollbrachten, taten ihnen Klinsmann, Löw und Co. auf sportlicher Ebene gleich: Sie warfen das NS-geprägte Blut- und Boden-Deutschland über Bord und erlaubten – mit Blick auf die türkischen Gastarbeiter(-kinder) leider sehr spät – auch jenen Mitgliedern der deutschen Gesellschaft die gleichwertige Teilhabe, deren Vorfahren selbst nicht Deutsche gewesen waren. Der Umbruch mündete sportlich in eine nie gekannte Erfolgswelle der deutschen Nationalmannschaft mit Final-, Halbfinal- und Viertelfinalteilnahmen und schließlich dem Weltmeistertitel 2014. Der Fußball zeigt, wozu Einwanderung

führt, wenn man sie richtig managt: zu Erfolgen. Weder der Triumph Frankreichs bei der WM 2018 noch die Triumphe bei der WM 1998 und der EM 2000 wären ohne Einwandererkinder zustande gekommen. Belgien wurde in dem Augenblick zu einem Spitzenteam, als Lukaku, Witsel, Fellaini und Co. endlich mitspielen durften. Viele europäische Spitzenmannschaften erzählen eine ähnliche Geschichte. Auf diesen Umstand spielte Trevor Noah an, als er in der Daily Show vom 18.07.2018 witzelte, Afrika habe soeben die Fußball-WM gewonnen.

Schlagabtausch zwischen Trevor Noah und dem französischen Botschafter

Trevor Noah ist als genialer Nachfolger des weitsichtigen Jon Stewart selbst „Arbeitsmigrant“ aus Südafrika. In der Sendung spielte er darauf an, dass der überwiegende Teil der französischen Fußballnationalmannschaft, die am 15.07.2018 Kroatien im WM-Finale bezwungen hatte, augenscheinlich afrikanischen „Migrationshintergrunds“ war. Diese Analyse stieß wiederum dem Botschafter Frankreichs in Washington, Gérard Araud, übel auf. In einem Brandbrief wies er Noah zurecht, dass nicht Afrikaner, sondern („echte“) Franzosen die WM gewonnen hätten. Noahs ernstgemeinte Entgegnung auf das Schreiben des Botschafters ist ein Lehrstück scharfsinniger Gesellschaftsanalyse: Er erkenne ja, so Noah, die gute Absicht des Botschafters. Er verstehe ja, dass die französische Regierung die Befürchtung habe, Noahs Witz spiele Rassisten und Rechtsradikalen in die Karten. Denn es gehöre ja zu deren spalterischem Repertoire, zu behaupten, dass jemand der schwarz ist oder arabisch aussieht oder einen Stammbaum hat, der sich nicht auf die Zeiten Karls des Kahlen zurückführen lässt, nicht „echter“ Franzose sein könne. Noah geht zum Gegenangriff über: Schonungslos deckt er die Scheinheiligkeit einer Politik auf, die auf der einen Seite Stimmung gegen Einwanderer macht, aber auf der anderen mir nichts, dir nichts die französische

Staatsbürgerschaft verleiht, wenn es ihr „in den Kram passt“. So hatte der „Präsident de la République“ kurzerhand einen Geflohenen aus Mali öffentlichkeitswirksam eingebürgert. Dieser hatte zuvor durch eine waghalsige Rettungsaktion ein Kleinkind vorm Balkonsturz bewahrt, was ein Augenzeuge auf einem „viral“ gegangenen Video festgehalten hatte. Die Erfahrung, dass, „bin ich erfolgreich, ich dazu gehöre, bin ich nicht erfolgreich, ich nicht dazu gehöre“, scheinen im Kontext der WM außer dem Deutschen Özil u. a. auch der Belgier Lukaku und der Schwede Durmaz gemacht zu haben. Noch spannender sind Trevor Noahs weiteren Ausführungen: Nein, er wolle Pogba, Kanté und Co. nicht ihr Französischsein absprechen, ganz im Gegenteil. Aber ihre afrikanische Abstammung sei ja ganz und gar offensichtlich. Diese afrikanische Herkunft, die er als gebürtiger Südafrikaner mit ihnen teile, „feiere“ er. Noah verweist auf das Vorbild USA, wo niemand die amerikanische Staatsbürgerschaft in Frage stelle, nur weil man sich etwa seiner irischen Wurzeln erinnere und feierlich den „St.-Patricks-Day“ begehe.

Trennung von Staatsangehörigkeit und Abstammung

In diesen Worten liegt eine in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Einsicht. Es handelt sich um die Einsicht, dass Staatszugehörigkeit und Abstammung unabhängig voneinander sind. Als Jurist könnte man von einer Art „Trennungs- und Abstraktionsprinzip“ sprechen, das nur durchbrochen wird, wenn der Gesetzgeber es ausdrücklich anordnet: Natürlich kann ich die Staatsbürgerschaft an die Abstammung knüpfen. Allerdings gehört dieser Ansatz gemeinsam mit der dazugehörigen Ideologie des Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts auf den Schrotthaufen der Geschichte. Denn sie bringen nur Unheil. Das können unzählige Tote allein zwischen 1914 und 1918 und 1939 und 1945 bezeugen. Wie es richtig geht, zeigen Trevor Noah und die USA. In den westeuropäischen Staaten,

die schon lange Einwanderungsländer sind, aber es ebenso lange leugnen, verspricht nur das amerikanische Modell langfristigen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt: War das reine Abstammungsprinzip die These, ist das Verbot, über die Abstammung überhaupt zu sprechen, die Antithese, muss die Synthese lauten: Ich kann Deutscher, Engländer und Franzose sein, und natürlich italienische, nigerianische, japanische oder mexikanische Wurzeln haben. Aber Vorsicht: Die Frage nach der Abstammung ist gerade nicht jene tückische Frage, die die meisten Deutschen mit nichtdeutschen Wurzeln bestens kennen und verabscheuen: Die Frage „Wo kommst du denn (wirklich) her?“ ist eine, die das Deutschsein an sich anzweifelt. Diese Frage ist bösartig und un-tunlich. Was ganz anderes ist es, die deutsche Nationalität als gegeben anzunehmen und – wenn man denn die entsprechende Intimität erreicht hat – nach der Herkunft der Vorfahren zu fragen. Viele in Deutschland scheinen dies – auch durch die einende Kraft des Fußballs – mittlerweile zu begreifen. Die Debatte um Özil könnte dabei insoweit Fortschritt gebracht haben, als dass mehr Menschen verstanden haben, dass Nationalität und Abstammung im Ausgangspunkt nichts miteinander zu tun haben. Die Debatte könnte Katalysator sein, dass wir diesen feinen, aber gewichtigen Unterschied verstehen und schätzen lernen. Dass wir für selbstverständlich halten, dass Mesut Özil und Ilkay Gündogan Deutsche und deutsche Nationalspieler sind, aber dennoch ihre türkischen Familien und Wurzeln nicht leugnen können oder müssen. Wenn diese Erkenntnis am Ende der Debatte steht, hat Ferdan Ataman Recht.

.....
Marc Philip Greitens
- Bucerius Law School -

Time for another –ism

Pedestrianism and urban well-being in the 21st century

What is the first thought that crosses your mind when you think about life in the city you live in? Personally, I think of vibrant streets that are emblematic for big and lively cities. They are the essence of city life and yet a major source of stress and anger. Now, the good news is that this ambivalence can be solved by reclaiming streets from cars and transforming urban space. In a joint opinion piece on affordable housing for “The Guardian”, the mayors of London and Barcelona, Sadiq Khan and Ada Colau recently wrote: “Cities are not simply a collection of buildings, streets and squares. They are also the sum of their people. They are the ones who help create social ties, build communities and evolve into the places where we are so proud to live.” Cities certainly can (and should) be places of community and well-being. The problem is that different trends stop cities from living up to their full potential. Take for example the financialization of real estate and the slashing of social infrastructures under the ideology of austerity that astonishingly still seems to prevail, despite repeatedly having been proven both harmful and ineffective. These are two fundamental attacks on urban communities. Individual automobility is yet another aspect that is hardly perceived, let alone discussed as what it actually is: A threat to urban well-being and cohesive communities. Not only climate and the planet suffer from the rapid and steady expansion of car usage; it is every one of us (including those using a car).

The failure of automobility

Automobility has become an ubiquitous and almost unquestioned normality in our cities. Paradoxically, it remains closely attributed with individual freedom. And yet, it takes away much of it. How free can you be in congestion? How free do you feel tied to a tough repayment plan for your car loan? How much freedom do you have walking down a narrow sidewalk – the only space not claimed by driving or parking cars? The still prevailing automobility-as-freedom-ideology, the high political influence of the automobile industry and the path dependency of earlier car-friendly decisions in urban planning and legislation render a post-car city hard to imagine. Despite all the effects of motorized individual traffic, a mainstream response to the suggestion to reduce car traffic would likely be: “We need to protect the jobs in the automobile sector!” This is a strong argument that regularly kills contestation and creative thinking. Sure, there are a lot of jobs in the car industry that are well-paid, thus contributing to the tax base and the financing of the welfare state. However, building cars is increasingly less labor intense due to automation. Despite the growing number of cars, the number of jobs in this sector has hardly increased over the last decade. A world without (or far less) cars would force us to look for alternative sustainable jobs, thus creating more in the future.

There are very good (and pressing) reasons to go down that road. Car traffic has at least six unaffordable ramifications providing six arguments for reclaiming the streets. First of all, it is a main driver of climate change. This is not solely due to emissions when driving,

but also due to the ecological costs of car production. The transportation sector increasingly contributes to global warming because of the rapid increase of car ownership in emerging economies, the growing transport intensity of production, international trade, tourism and the higher mobility in the Global North. Urban car traffic is merely partially responsible, but easier to address than other sources because of its dispensability. However, we also need to overthink the amount of global share of labor in the production of goods we have achieved and thus the current form of capitalism in general.

Secondly, the production of cars is a massive waste of material and human resources. The development of technological knowledge and engineering abilities concerning car production deserve high appreciation and admiration. But why don't we put these resources into something more beneficial to our communities? Moreover, the amount of material that is used for building, maintaining and operating cars is insane and can hardly be justified.

Thirdly, if we care about our health, we cannot continue having cities entirely centered on car traffic. The emission of toxic exhaust fumes and noise and the level of stress that comes with urban car traffic constitute serious dangers for our physical and mental health. The number of 25.000 fatalities on EU's roads last year should be reason enough to rethink our mobility. This figure does not even come close to the total number of injuries.

Fourthly, car traffic consumes ridiculously high shares of urban space. This space is obstructed from being used for much needed housing and public infrastructure. Just imagine the extent to which we could improve the quality of our cities with the space currently occupied by cars – which are parked for the most part. This space, not to speak of bigger urban motor highways or traffic crossroads, could instead be used for community building in the city.

Next, car traffic is socially exclusive and an obstacle for inclusive communities. The cost of buying, maintaining and driving a car is just too high to be affordable for everyone, particularly in times of steadily increasing income inequality. If we consider mobility as a social right and the basis for participating in society, we need to provide more inclusive and affordable means of transport.

Last but not least, despite all the effort to present automobility as efficient, it does not deliver on its promises to bring you wherever you want in the shortest time possible. The more cars are used on the streets, the less efficient they are. However, congestion and ridiculously long traveling times are not all. The number of people transported per car is actually declining, making it an even less efficient means of transportation. If we want to have efficient mobility in our cities, we simply cannot afford mass automobility any longer.

... and the myth of sustainable e-mobility

Electronic mobility is often presented as

a solution for the shortcomings of fossil based automobility. However, it only addresses some of the problems – and fails to resolve even those few completely. As Winfried Wolf convincingly argues, the market introduction of e-cars induces more car traffic, since e-cars are simply additional cars on the streets. Moreover, e-car traffic not only has the same disturbing effects on urban life as its fossil predecessor, but also brings with it technical and ecological problems surrounding batteries and power grids (both not being available for mass long-distance e-car-mobility yet). Even though e-mobility might be a development for busses, we should not fall into the illusion that we simply need to change the motor technology of our cars. In fact, we already have a type of mass e-mobility (that is hardly mentioned in the respective debates): Railways and urban tram and metro networks. This instead should be the type of e-mobility we should attempt to extend.

The history of an idea: From Old Pedestrianism to New Urbanism

For all these ramifications of motorized individual traffic we need a new pedestrian framework for urban planning and community building. This would mainly involve a radical breaking with the current car friendly city design and transport policy. Automobility would be gradually replaced by a significant expansion of public transport systems and by increasing walkability through smart urban planning and an increased density. In fact, the term pedestrianism refers to feet and walking. In the 19th century, what is now dubbed “old pedestrianism” was a popular sport in Britain and the US including both competitive fast and long-distance walking (a sort of motorsports without the motor). Some of those early pedestrianists have become quite popular in their day like Edward Payson Weston, Emma Sharp or Ada Anderson. Both sadly and ironically, Weston died after being hit by a car in New York City in 1927. It might be hard to believe, but watching people walk was indeed the beginning of modern mass spectator sports and paved the way for extending recreation and leisure to lower classes. While the new pedestrianism also promotes walking, it is not confined to it nor would it be only suitable for sportive folks. In fact, cycling (where you also use your feet) and smart public transport can also be subsumed under pedestrianism although priority is given to walkable distances. The easy-to-memorize motto of pedestrianism is “more walking, less driving”. Like the old pedestrianism, its contemporary namesake also has the potential to better include working class households.

In the 1990s, progressive American architects and urban planners founded a movement



Illustration: Philip Heider

labelled “new urbanism” targeted at creating better places to live and work. This is achieved by reversing the trend towards suburban sprawl that led to inefficient land use and increased traffic. Suburban sprawl also prevented cohesive community building by creating a wide range of suburban problems. New urbanists promote high-quality public space and pedestrian friendly street design including slow speed streets and high-quality walk and bike lane networks. They also stress the potential of mixed land use, density and connectivity for (re)creating inclusive and integrated neighborhoods as is spelled out in the Charter for the New Urbanism. As an advocacy group and creative think tank, the Congress of New Urbanism (CNU) pushes this agenda with more or less success. New urbanism builds on earlier visions of alternative urban planning like the garden city movement from the early 20th century. Among the obstacles towards its implementation are the privatization of (and speculation with) land, the outsourcing of redevelopment and increasing fiscal pressures that render prioritizing (usually less well-heeled) alternative car free development projects almost hazardous for cash-strapped local governments. Out of the new urbanist movement, the American urban planner Michael E. Arth founded the “new pedestrianism” movement in 1999 as a distinct approach of urban design that relocated streets for cars behind the buildings to transform the main streets into pedestrian and cycling zones or parks. Arth's concept of a pedestrian village also promoted higher density of buildings providing short distances between residence and workplace to reduce car dependency. While this already sounds like a fundamental transformation of our cities, an even more radical change needs to take place that not only relocates car traffic but actually and effectively disincentivizes and restricts it.

Reclaiming streets and creating new cities

Cities which would turn their main streets (for cars) into community zones would actually allow for a higher standard of living and more opportunities for meaningful interaction with each other. If you have ever experienced a car-free day or a street festival temporarily banning car traffic, you know what I am talking about. Imagine parts of your city that have such a car-free day all the time. And I am not just referring to pedestrian-only shopping streets but rather

the annoyingly loud street close by that cuts your neighborhood into two. If you turn that street into a communal zone for pedestrians, cyclists, and maybe a bus or tram lane and plant some trees, this will transform the vibe of the city and uplift urban well-being. Such a city would be inviting for people from all walks of life (pedestrian reference intended!) because mobility would be affordable for all and high-quality public spaces could have an inclusive effect for the urban community. With the superblock approach, the city of Barcelona is a pioneer of turning former crossroads into communal spaces. They now fill the neighborhoods that were dominated by car traffic with new life.

Viewed from a different angle, all the disadvantages of car traffic turn into arguments for walking (or cycling): It is much more climate friendly, healthy, safe (in a world with less cars), efficient (in a world with smart urban planning), inclusive, takes up less space and

uses less resources. Cities with a high walkability are among the ones with the highest quality of living and are indeed more productive places. People walk more if they feel comfortable and safe. Thus, cities need to change if we want to encourage sustainable mobility. The German Federal Environmental Agency recently published a special report on the merits of urban pedestrian mobility, which outlines a national strategic plan for promoting walkability. It remains to be seen whether the federal government and local authorities will adopt an ambitious agenda into this direction.

While we certainly need reformed urban planning and the political will to transform inner-city traffic, this will not be enough to bring about the kind of change that is necessary. Reclaiming the streets and countering car sovereignty is also a matter of everyday behavior and civil engagement (sometimes also civil disobedience). In this sense, a prop-

er new pedestrianism goes beyond Arth’s vision and the ideas of new urbanism. In their book “Street fight” Janette Sadik-Khan and Seth Solomonow show that we need to rewrite the underlying code and change the common meaning of streets to bring about change. Many of their evidence-based recommendations are centered on street design and new ways of organizing streets. In fact, the start of any pedestrian agenda is the simple insight that while cars may currently occupy most of the street space, a street is a medium for mobility of different kinds. Giving most of the space to cars is not the outcome of laws of nature but rather of political decisions, economic imperatives and cultural norms. One of those norms is the socially constructed (straight) masculinity that encourages car driving and interprets fast motorized mobility as an indication of power, strength and supremacy. It is hard to tell what we can get rid of first, urban car hegemony or this aspect of straight masculinity. What will probably stay

around for a while, however, is the type of capitalism that renders insane forms of production, consumption and mobility economically sound and culturally accepted. While this certainly calls for a much more radical change which will be even harder to achieve than pedestrian cities, we should fight for the latter without stopping to overthink capitalism in general.

.....
Sebastian Möller
- Universität Bremen -

Kirche zu, Problem tot!

Theologische Reflexionen zum Missbrauchsproblem in der katholischen Kirche



Das Deckblatt von Kursbuch 196

Dieser Auszug aus dem Beitrag „Kirche zu, Problem tot!“ von Gregor Maria Hoff wurde mit freundlicher Genehmigung der Kursbuch Kulturstiftung bereitgestellt. Der vollständige Beitrag ist im Kursbuch 196 „Religion, zum Teufel!“ erschienen.

Der 28. Januar 2010 stellt eine Zäsur in der Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland dar. Im kollektiven Entsetzen, das sich mit ihm verbindet, ist er zu einem »historischen Datum für die emotionale Geschichte der Bundesrepublik« avanciert. An diesem Donnerstag wurde der Brief bekannt, den der Jesuit Klaus Mertes als Rektor des Berliner Canisius-Kollegs an alle Schüler geschrieben hatte, die das Gymnasium in den 1970er- und 1980er-Jahren besucht hatten. Über Jahrzehnte hatten Jesuitenpatres, Lehrer und Erzieher Kinder und Jugendliche sexuell missbraucht, gedeckt von einem System, in dem sich verschweigen ließ, was Schule, Orden und Kirche beschädigen musste. Nach diesem Brief war nichts mehr wie vorher.

Wirklich? Die Erschütterung, die von den Berliner Missbrauchsfällen ausging, hat jedenfalls die öffentliche Wahrnehmung sensibilisiert und die kirchliche Wachsamkeit geschärft. Eine Reihe von Maßnahmen wurde ergriffen, darunter die Beauftragung einer Studie zum Missbrauch in der katholischen Kirche durch die Deutsche Bischofskonferenz (DBK). Die 2011 begonnene Zusammenarbeit mit dem Kriminologen Christian Pfeiffer wurde 2013 sistiert, es folgten Auseinandersetzungen zum Umgang der katholischen Kirche mit dem einschlägigen Aktenbestand. Zwischen den Fronten konträrer Darstellungen der Faktenlage verstärkte sich in der Öffentlichkeit der Eindruck, die katholische Kirche wolle das Verfahren letztlich in der Hand behalten, um zu vertuschen. Radikale Aufklärung durch die beschuldigte Institution – muss das nicht schiefgehen, schon weil es strukturell überfordert?

Das Dilemma des Amtes

Der Umgang mit dieser Situation zeigt ein mehrfaches Dilemma an, in dem sich die Deutsche Bischofskonferenz bis heute befindet. Das machen die Ergebnisse des Forschungsprojekts deutlich, das die DBK wäh-

rend ihrer Vollversammlung im September 2018 der Öffentlichkeit vorstellte. Vorausgegangen war eine Vorabveröffentlichung der wichtigsten Resultate in der Zeit, um die Öffentlichkeit mit der ungeschönten Wahrheit zu konfrontieren. Der Vorgang ist Ausdruck eines tiefen Vertrauensverlustes gegenüber einer Institution, die den Missbrauch in den eigenen Reihen über Jahrzehnte geheim gehalten hatte. Nicht nur in Deutschland.

Das globale Netz des klerikalen Missbrauchs ist anders aufgespannt als die Internetforen, in denen sich Päderasten austauschen und organisieren. Aber umso bedrohlicher wirkt die Gefahr, die vom klerikalen Tätermuster ausgeht, denn es braucht keine Verabredung. Die katholische Variante des Missbrauchs läuft über eine Disposition, die im kulturellen Tiefengrund einer zölibatären Priesterkirche verankert scheint. Das Unheimliche des Codes, den die Täter aus dem Off einer sakralen Amtspraxis zu beherrschen scheinen, weist auf ein systemisches Problem hin. Es lässt sich nicht aus dem System selbst lösen, es sei denn, der Code würde radikal umgestellt und damit eine neue Kultur des kirchlichen Amtes ermöglicht. Das aber betrifft wieder die kirchlichen Akteure selbst. Die Aufklärer im Amt müssen zugleich die Theologie umstellen, auf der eben dieses Amt basiert – jedenfalls in seinen Machtkompetenzen und der sakralen Ausstattung, die es trägt.

Tiefe Betroffenheit und die Anerkennung von Schuld drücken die Stellungnahmen aller Bischöfe aus, die sich nach der Veröffentlichung der Studie zum kirchlichen Missbrauch äußerten. Sie standen unter Schock. Unter dem Schock einer schier unfassbaren Wahrheit über die eigene Kirche. Die Bischöfe dürften mit dem Schlimmsten gerechnet haben und mussten sich dennoch von der Tatsache überraschen lassen, dass von einer Quote von 4,4 Prozent aller Kleriker als Missbrauchstäter auszugehen und mit einer weit höheren Dunkelziffer zu rechnen

ist. Der Schock wirkt umso durchgreifender. Dennoch führte er in keinem Fall zu einem freiwilligen Amtsverzicht.

Dafür gibt es Gründe, die nicht in der Einzelpersönlichkeit so vieler auch im kirchlichen Temperament verschiedener Bischöfe zu suchen sind. Es geht auch weniger um die Einschätzung tatsächlicher Verantwortung, wobei man in Rechnung stellen muss, dass eine ganze Reihe von Bischöfen erst seit wenigen Jahren im Amt und daher für weit zurückliegende Fälle nicht haftbar ist. Entscheidender ist etwas anderes: die besondere Bedeutung des bischöflichen Amtes, seine sakrale Dimension. Sie nimmt lebenslang in Haft, ganz und gar. Dazu kommt die Haltung kirchlicher Loyalität als Lebensform. Deshalb fällt es den Bischöfen so schwer, sich noch angesichts des Leids der Opfer und des eigenen Erschreckens von Vorgängern und Mitbrüdern zu distanzieren. Weil es dabei letztlich um das Amt geht, dessen apostolische Dignität es trägt, die es aber auch zu wahren gilt. Die Geschlossenheit der Haltung in einer sonst nicht eben dissensfreien Bischofskonferenz macht an diesem Punkt etwas deutlich, was mehr als bloßer Korpsgeist ist. Hier schließt sich ein System in seinen Repräsentanten, die alles in ihrem Leben dafür einsetzen, dass ihre Kirche tut, was sie tun soll: den Menschen Gott nahebringen. Es ist der heilige Auftrag, der in der Heiligung des Lebens praktisch werden soll und der den Code der Kirche bestimmt. Es handelt sich um eine geistlich begründete Totalisierung von Biografien, die durch eine radikale Christus-Nachfolge überformt werden. Rücktritt stellt da keine Option dar.

.....
Gregor Maria Hoff
Professor für Fundamentaltheologie
und Ökumenische Theologie,
Paris-Lodron-Universität Salzburg

Blaupause für den Holocaust

Der Völkermord von 1915 in der Türkei ist Teil deutscher Geschichte.

Stellen wir uns einmal Folgendes vor: In Deutschland stünde nicht das Leugnen, sondern das öffentliche Erwähnen des Holocausts unter Strafe. Das Errichten von Gedenkstätten und das Abhalten von Gedenkfeiern wären unter Androhung einer Gefängnisstrafe verboten. In den Schulbüchern stünde, dass der Holocaust nie stattgefunden habe und die vereinzelte Ermordung von Juden eine zwar bedauerliche, jedoch legitime Konsequenz ihres Aufstands während des Krieges gewesen sei. Den Juden in Deutschland würde bis heute verboten, Rabbiner auszubilden und auf Hebräisch zu unterrichten und jeder andere Staat, der den Holocaust offiziell anerkennt, würde von deutschen Politikern beschimpft und bedroht.

Zwar ist dieses Szenario erfreulicherweise undenkbar und das Gegenteil der deutschen Realität. Doch nicht jeder Staat geht mit der eigenen Vergangenheit derart kritisch um. Anfang des 20. Jahrhunderts ereignete sich in der Türkei der Völkermord an den Armeniern, Griechen und Suryoye (Aramäer, Assyrer, Chaldäer). Dessen bloße Erwähnung ist als „Beleidigung der türkischen Nation“ gesetzlich verboten und wird mit Gefängnis bestraft. Auch werden noch heute christliche Minderheiten in der Türkei diskriminiert. Sie dürfen keine Kirchen errichten, nicht in ihrer Sprache unterrichten und keine Geistlichen ausbilden.

Doch nicht nur die Türkei, sondern auch Deutschland steht in der Verantwortung, diesen ersten großen Völkermord des 20. Jahrhunderts kritisch aufzuarbeiten. Zum einen war das Deutsche Reich an den damaligen Geschehnissen nicht unbeteiligt. Zum anderen lassen sich Parallelen zum späteren Holocaust erkennen, sodass man den Völkermord an den Christen in der heutigen Türkei als dessen Vorbild verstehen kann.

Die Verantwortung Deutschlands

Bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden im Osmanischen Reich Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die unter anderem zu rassistischen Ausschreitungen gegen die Christen führten.

Ab 1914 machte es sich die jungtürkische Regierung zur Aufgabe, die christliche Bevölkerung systematisch zu verfolgen. Wie viele Menschen diesem Völkermord zum Opfer gefallen sind, kann nur geschätzt werden, da im damaligen Osmanischen Reich hierüber nicht penibel Buch geführt wurde. Vielfach wird sogar von mehr als anderthalb Millionen ermordeten Armeniern, etwa einer Million Pontosgriechen und mehr als einer halben Million Suryoye ausgegangen.

Die Türkei, einst das Zentrum der Christenheit, ist heute so gut wie frei von Christen. Auch die 7000-jährige Geschichte der Suryoye (Aramäer, Assyrer, Chaldäer) in Mesopotamien wurde nahezu ausgelöscht. Der türkische Justizminister Mehmet Esat sagte 1938: „Dieses Land ist ein Land der Türken.

Wer nicht rein türkischer Herkunft ist, hat in diesem Land nur ein einziges Recht: das Recht Diener zu werden, das Recht Sklave zu sein“. Als „Sklaven“ wurden auch die Überlebenden des Völkermords behandelt. Kirchen wurden geschlossen oder zu Moscheen umgebaut. Vor 1915 waren etwa mehr als 40 % im Osmanischen Reich Christen. In der heutigen Türkei sind es dagegen nur noch knapp 0,2 %. Der Genozid läutete somit auch das Ende des Christentums im Orient ein. Dabei ist der Nahe Osten die Geburtsstätte des Christentums und beherbergt seine Wurzeln. Das Absterben dieser Wurzeln ist ein unermesslicher Verlust für die gesamte Weltkirche.

Dass ein Völkermord solchen Ausmaßes nicht verhindert wurde, lag zum Teil an den militärstrategischen Interessen der Bünd-

des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht. Bei länger andauerndem Kriege werden wir die Türken noch sehr brauchen.“

Insofern ist der Völkermord an den Christen in der Türkei nicht nur Teil der türkischen, sondern auch der deutschen Geschichte.

Ein Vorbild für den Holocaust

Schon 1911 trafen sich die führenden Politiker des jungtürkischen Komitees auf dem Kongress in Saloniki und entwarfen das zukünftige Regierungsprogramm, in dem die Vorherrschaft der türkischen Rasse und der Aufbau des Reiches auf islamischer Grundlage die beiden ideologischen Säulen bildeten. Im Frühjahr 1915 traf sich das „Komitee für

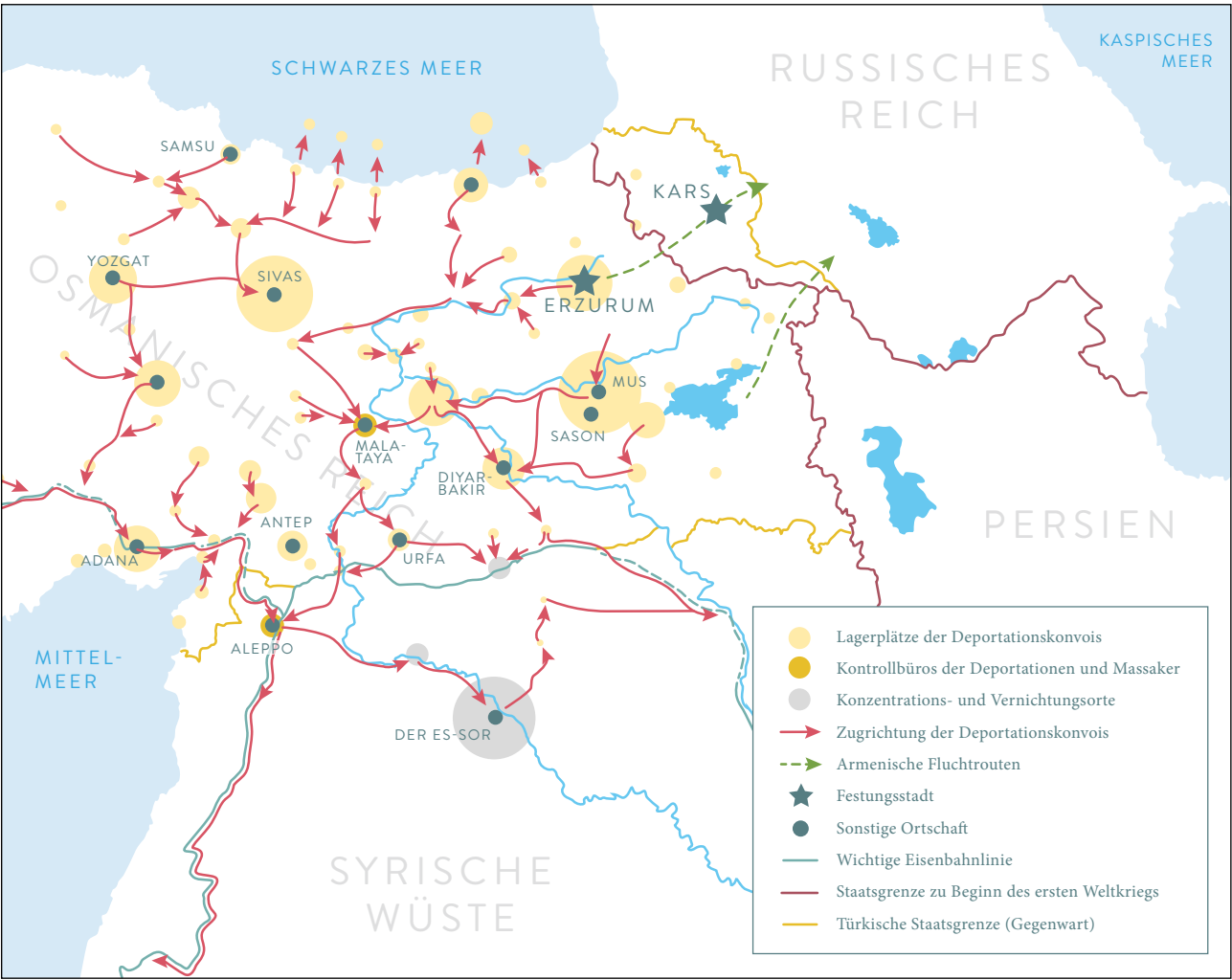
märschen durch die syrische Wüste an Durst, Hunger und Erschöpfung. Andere wurden ermordet. Viele Frauen und Mädchen wurden Opfer von Vergewaltigungen. Das Ziel dieser Märsche waren schließlich Felder, auf denen die Deportierten kaltblütig erschossen wurden. Auch die Nazis deportierten ihre Opfer an Orte, die nur der Vernichtung dienten, und auch hier starben viele Opfer schon auf dem Weg an Erschöpfung.

Zusammenfassen kann man diese ganze Reihe von Maßnahmen mit: Identifizieren, Ausbeuten, Deportieren und schließlich Ermorden. Dass der von den Türken begangenen Völkermord (im aramäischen als „Sayfo“, im armenischen als „Aghet“ und im griechischen als „Sphagi“ bezeichnet) als Blaupause und Inspiration für den von den Nationalsozialisten begangenen Völkermord an den Juden diente, wird auch durch eine rhetorische Frage Hitlers deutlich, welche er 1939 kurz vor Kriegsbeginn auf dem Obersalzberg formulierte: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“ Dass der Völkermord in den Wirren des Krieges von der Weltöffentlichkeit kaum bemerkt und widerspruchslos hingenommen wurde und schon 20 Jahre später fast vergessen war, könnte Hitler und die Nazis in ihrem Glauben bestärkt haben, dass dies bei einer Vernichtung der Juden gleichermaßen der Fall sein würde.

Appell für eine wache Erinnerungskultur

Der Holocaust, das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte, darf nicht vergessen werden, damit Vergleichbares nie wieder geschieht. Die Erinnerung wach zu halten bleibt für alle Zeit eine gemeinsame Verantwortung des jüdischen und des deutschen Volkes. Doch so vorbildlich unsere Aufarbeitung der im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen auch ist, umso nachlässiger sind wir in Deutschland bei der Aufarbeitung der Verbrechen, an denen wir im Ersten Weltkrieg beteiligt waren. Es wirkt beinahe so, als würde in der Geschichte ausschließlich das schlimmste Verbrechen zählen. Dies wird jedoch den Opfern der anderen Verbrechen, die ebenfalls unvorstellbares Leid ertragen mussten, nicht gerecht. Gerade aus unserer historischen Verantwortung heraus dürfen wir heute bei Völkermorden nicht wegsehen, sondern müssen aktiv versuchen, sie zu verhindern.

Es ist an der Zeit, die Gräueltaten des Ersten Weltkriegs im Geschichtsunterricht intensiver zu thematisieren. Dies hilft auch beim Verständnis der Verbrechen des Zweiten Weltkriegs. Eine vermeintliche Rücksicht auf die Gefühle der Türkei als Bündnispartner wäre absolut fehl am Platz. Auch sollte die Leugnung dieses und auch aller anderer Völkermorde - genau wie die des Holocausts - gesetzlich verboten sein. Dieser Logik folgend muss auch jeder, der einen anderen Völkermord leugnet, poli-



ROUTEN, FLUCHTWEGE, VORÜBERGEHENDE SAMMELPLÄTZE UND KONZENTRATIONSORTE DER ARMENISCHEN DEPORTIERTEN 1915 BIS 1917

nispartner der Türkei. Dieser Vorwurf trifft auch das Deutsche Reich: Der Regierung des Deutschen Reichs war der Völkermord bekannt und trotzdem wurde nichts unternommen. Aufgrund des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reich und dem Osmanischen Reich im ersten Weltkrieg waren teils Hunderte deutsche Offiziere und mehrere Tausend deutsche Soldaten im damaligen Osmanischen Reich stationiert. Somit stellte Deutschland die Militärexperten für das osmanische Heer und die Marine, lieferte die Waffen und die Munition, und das deutsche Oberkommando hatte entscheidenden Einfluss darauf, welche Operationen der türkische Verbündete unternehmen sollte.

Durch Berichte und den regen diplomatischen Austausch mit dem osmanischen Reich waren das deutsche Auswärtige Amt und die kaiserliche Regierung über das Ausmaß und System der Gräueltaten informiert. Aufgrund des gemeinsamen Kriegsinteresses wurden diese jedoch geduldet. Reichskanzler von Bethmann Hollweg gab die Devise aus: „Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende

Einheit und Fortschritt“ unter Vorsitz des Innenministers Talat Pascha in geheimer dreitägiger Beratung, welche auch als „Türkische Wannseekonferenz“ bezeichnet werden kann. Einstimmig beschlossen sie die „Endlösung“ der christlichen Frage, d. h. die günstige Gelegenheit des Krieges auszunutzen und die christliche Bevölkerung rücksichtslos zu vernichten. Analog zur späteren Judenverfolgung im Dritten Reich wurden die Christen zunächst enteignet. Anschließend erfolgte dann, vergleichbar mit der Reichspogromnacht, die Zerstörung hunderter christlicher Klöster und Kirchen. In einem nächsten Schritt wurde am 24. April 1915 die armenische Elite, bestehend aus Geschäftsleuten, Intellektuellen, Politikern und Geistlichen, verhaftet und deportiert.

Dies markierte lediglich den Anfang der Deportationswellen. Die Nationalsozialisten gingen später in ähnlicher Weise vor. Ähnlich ist auch die rhetorische Verharmlosung der Deportationen, die beispielsweise als „Umsiedlungen“ oder „Sicherheitsmaßnahmen“ bezeichnet wurden. Viele der Deportierten starben auf Todes-

tisch und gesellschaftlich diskreditiert werden. Zugewanderte Rassisten, Nationalisten und Rechtsextreme genauso zu bekämpfen, wie ihre einheimischen Pendants, ist mitnichten ein Zeichen von Diskriminierung, sondern konsequent gelebte politische Gleichbehandlung. Auf diese Entwicklungen jedoch mit Gleichgültigkeit, Toleranz, Verharmlosung oder womöglich Verständnis zu reagieren schadet dem Integrationsprozess und der Zu-

kunft unserer multikulturellen Gesellschaft. Natürlich schadet es gleichermaßen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, und bei der Bekämpfung dieser Entwicklungen Bündnisse mit den Ewiggestrigen zu schließen. Was wir brauchen sind wachsame und wehrhafte Demokraten: Ein klares „Nein“ zum Nationalismus, egal welcher Couleur! Wir Deutsche wissen doch, dass man einen Völkermord durchaus eingestehen kann und

nach einer gewissen Phase der Läuterung wieder ein angesehenes Mitglied der Weltgemeinschaft wird. Ohne das Eingeständnis unserer Schuld, hätte auch niemals eine Aussöhnung mit Israel stattfinden können. Denn Versöhnung erfordert Vergebung, Vergebung erfordert Reue und Reue erfordert das Eingestehen der eigenen Schuld. Die Erinnerung an diese Ereignisse verpflichtet uns, alle Menschen gleich zu achten, die Menschenwürde zu wahren

und jeder Verweigerung oder Verletzung der Menschenrechte entgegenzutreten: bei uns in Deutschland und überall in der Welt. Der Völkermord von 1915 sollte uns auch heute Mahnung der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft sein.

.....
Nuri Shea
- Harvard University -

Scheitern des Diskurses

Wahlen in Brasilien oder wie Interessen verhärteten Positionen weichen

Brasilien, Rio de Janeiro. Es ist der Abend des 7. Oktobers, an dem feststeht: die beiden Präsidentschaftskandidaten für die Stichwahl am 28. Oktober sind – wie erwartet – einerseits Jairo Bolsonaro, 46%, Vorsitzender der PST (Partido Social Liberal), und andererseits Fernando Haddad, 28%, Kandidat der PT (Partido dos Trabalhadores). Die Spaltung der Gesellschaft hat diese Wahl zugespitzt. Rechtsextrem gegen Linkspopulismus.

Brasilien ist die fünftgrößte Demokratie weltweit. Die politischen Diskussionen der letzten Wochen drehten sich jedoch größtenteils um ein Gefängnis und ein Krankenhaus. Während der ehemalige Präsident und Kandidat der PT Luiz Inácio Lula da Silva („Lula“) im Rahmen eines Korruptionsskandals auf Basis einer sehr dünnen Indizienlage verhaftet wird, wird Bolsonaro Opfer eines Messerstechers auf einer Wahlkampfveranstaltung und erleidet lebensgefährliche Verletzungen. Die Kampagne erfolgte seitdem nur über Twittertiraden. Lula dagegen bestimmt aus der Haft einen Nachfolger und Ersatzkandidaten: Fernando Haddad. Wer sind diese beiden Kandidaten und was können sie für Brasilien bedeuten?

Ein stetiger Verfall der Demokratie

Wir springen zurück in den Sommer des Jahres 2014. Die Fußballweltmeisterschaft steht bevor und zwei Jahre später folgen die olympischen Spiele. Sie dienen als Symbol, dass Brasilien angekommen ist. Angekommen unter den Großen der Welt. Die Wirtschaft floriert, die Arbeitslosigkeit liegt so niedrig wie noch nie und das internationale Bild von Brasilien ist hervorragend. Die damalige Präsidentin Dilma Rousseff (PT) ist beliebt und wird in ihrer zweiten Kandidatur ein Jahr später erneut gewählt. Sie ist die Nachfolgerin von Luiz Inácio Lula da Silva, Mitbegründer der PT, der das Land als erster Präsident mit indigener Abstammung für zwei Legislaturperioden regierte. Er stellte als ehemaliger Gewerkschafter in dem von weißen Eliten geprägten Politikestablishment ein Novum dar. Seine Legislaturperiode ging zufällig mit der Entdeckung von Ölreserven einher, die einen regelrechten Wirtschaftsboom auslösten. Durch weitgreifende Sozialreformen und die erstarkte Wirtschaftsleistung verbessert sich die Situation für die ehemalige Unterschicht enorm. Erstmals bekommen Millionen von Menschen Zugang zu Bankkonten, Universitäten und Konsum.

Zu Beginn des Jahres 2015 verschlechtert sich die Situation durch sinkende Rohstoffpreise eklatant. Seitdem stockt die Konjunktur, die Arbeitslosigkeit steigt stetig. Es wird offensichtlich, dass es versäumt wurde, in den Zeiten des Booms in eine nachhaltige Infra-

struktur zu investieren. Anstatt auf die Industrialisierung zu setzen, um die Wirtschaft international wettbewerbsfähig zu machen, verließ man sich auf die hohen Rohstoffpreise. Als diese kippen, findet sich das Land in der gleichen Position wie vor dem Boom wieder.

Die beiden großen Sportereignisse stellen sich außerdem als Selbstzweck heraus. Anstatt die weitreichenden Förderungen in eine nachhaltige Entwicklungshilfe zu investieren, findet man stattdessen fünfspurige Straßen zu Stadien, die größtenteils leer stehen. Das Geld, das für die sportlichen Großereignisse bereitgestellt wurde, fehlt in Schulen, Universitäten, Krankenhäusern und vor allem in der öffentlichen Sicherheit.

Zeitgleich wird ein Korruptionsskandal ungeahnter Ausmaße publik, der nahezu alle politischen Parteien und auch die Wirtschaft erfasst. Systematische Schmiergeldzahlungen in Milliardenhöhe lassen das Vertrauen in die politische Ordnung und ihre Amtsträger zutiefst erschüttern. Die Verantwortung wird zu großen Teilen der PT zugewiesen. Dilma Rousseff, die damalige Präsidentin, ist eine der wenigen, der nichts nachgewiesen werden kann. Dennoch verweigert ihr Koalitionspartner, die „Partido do Movimento Democrático Brasileiro“ (PMDB) die weitere Zusammenarbeit und sie muss nach einem neunmonatigen Amtsenthebungsverfahren gehen. Heute wird dies als parlamentarischer Staatsstreich anerkannt. Abgelöst wird sie von Michel Temer, dem Vizepräsidenten und Vorsitzenden des ehemaligen Koalitionspartners. Er führt tiefgreifende soziale Veränderungen durch ohne die Unterstützung der Bevölkerung hinter sich zu haben. Er macht sich zum bis heute unbeliebtesten Präsidenten Brasiliens. Für die diesjährige Wahl wurde er aufgrund von Verstößen gegen Wahlgesetze nicht mehr zugelassen. Die Korruptionsermittlungen werden jedoch auffallend viel bei den linken und sozialen Parteien vorgenommen. Rechte Parlamentarier werden im Gegensatz dazu regelmäßig trotz öffentlicher Skandale übergangen. Insbesondere in den Medien, welche sich zumeist im Besitz weniger konservativer Familien befinden, wird größtenteils über die Verfehlungen der Linken berichtet. Auch die Staatsanwaltschaft folgt diesem Muster. Der Vertrauensverfall weitet sich auch auf die Justiz aus.

Eine Wahl, die die Gesellschaft spaltet

Lula bestimmt nach seinem verdächtig zügigen Verfahren hinter Gittern seinen Nachfolger. Es übernimmt der ehemaligen Bürgermeister von São Paulo, Fernando Haddad, der bis dato in nationaler Politik nicht in Erscheinung getreten war. Durch die offizielle Unterstützung Lulas klettert er in den Umfragen

schnell auf den zweiten Platz. Auf der anderen Seite Jairo Bolsonaro, der eine lange Biografie als Hauptmann des Militärs mitbringt. In der internationalen Presse wird er als „Brasilian Trump“ bezeichnet. Neben der Affinität zu Twitter fällt er jedoch besonders mit markigen Sprüchen auf. Afrobrasilianer seien „zu faul um sich fortzupflanzen“, eine Parlamentskollegin „sei es nicht wert, vergewaltigt zu werden“, die Folterknechte der Militärdiktatur seien „seine Verbündeten“ und er wolle seine „politischen Gegner abknallen“. Er poltert gegen das politische Establishment und wechselte seit den Neunzigerjahren achtmal die Partei im Parlament. Faschistische Sprüche werden im Nachhinein als Witz abgetan. Seine Popularität jedoch nur als Protest gegen die bisherige Politik zu verstehen, ist zu kurz gefasst. Seine Wähler sind größtenteils die weißen, bürgerlichen und vor allem auch gebildeten Eliten. Unterstützung erhält er durch seine rigide Ablehnung von Homosexualität auch von der einflussreichen evangelischen Kirche.

Bolsonaro sagt offen, dass er von Wirtschaft keine Ahnung habe. Er delegiert die Aufgaben somit auf Berater ab, die größtenteils einen schlanken Staat und den Freihandel unterstützen. Somit sammelt sich die wirtschaftliche Elite des Landes hinter ihm, die eine Alternative zu der sozialen Politik der PT sucht.

Im Alltag wurde die wohlhabende Mittelschicht von gering bezahltem Personal umsorgt. Dieses Privileg geriet unter Lula und Rousseff ins Schwanken. Die Sozialreformen begründeten das Wachstum einer breiteren Mittelschicht. Das ehemalige Personal war plötzlich ein Teil der Konsumgesellschaft. Bolsonaro verspricht eine Wiederkehr dieser vorherigen Privilegien. Klassenfragen sind in Brasilien regelmäßig auch ethische Konflikte. Somit teilt sich die Unterstützung Bolsonaros auch deutlich geographisch ein.

Der industrielle Süden um die Metropolen São Paulo, Río de Janeiro und Porto Alegre steht klar hinter Bolsonaro, während der indigene Norden, der enorm von den Sozialreformen der PT profitierte, eine klare Tendenz zur Abneigung zeigt.

Der Beraterstab besteht größtenteils aus ehemaligen und aktuellen Militärs, wovon einige in die Regierung einziehen würden.

Rechtsextremismus unter Bolsonaro

Was sind jedoch die konkreten Aussichten unter einer Regierung Bolsonaros? Der designierte Vizepräsident war bis vor kurzem General und wünscht sich öffentlich eine neue Verfassung ohne Beteiligung des Volkes. Auf eine mögliche Wahlniederlage entgegnet er, dass das „Militär dem anarchistischen Treiben

sicher nicht tatenlos zusehen“ werde. Bolsonaro selbst hat angekündigt, das Ergebnis im Falle einer Niederlage nicht zu akzeptieren. Die demokratischen Spielregeln werden außer Kraft gesetzt. Die brasilianischen Schulen sollen unter Militäraufsicht gestellt werden. Die zukünftige Generation würde somit von Generälen erzogen werden. Für ein Land, das bis 1985 von einer Militärdiktatur regiert wurde, sind diese Aussichten alarmierend. Neben der schleichenden Militarisierung der Gesellschaft hat Bolsonaro außerdem angekündigt, dass von den indigenen Schutzgebieten „kein Quadratzentimeter übrig bleibt“. Somit würden große Teile des Regenwalds dem Sojaanbau zugänglich gemacht werden.

In städtischen Armutsgebieten will er die Polizei mit Maschinengewehren aufmarschieren lassen. Als Antwort auf die anhaltenden Bandenkriege in den Favelas sollen die Waffengesetze gelockert werden. Man solle den Angreifenden eben selber abknallen, bevor man abgeknallt wird. Die Antwort ist im Gegensatz zu den komplexen Vorschlägen der anderen Kandidaten einfacher nachzuvollziehen. Bisher gibt es in Brasilien ca. 60 000 Mordopfer pro Jahr. Und dies in einem vermeintlich stabilen Land, in dem kein Krieg herrscht.

Das geringere Übel

Die enge Verzahnung von Demokratie und Rechtsstaat scheint unter Bolsonaro bröckeln zu können. Zu Recht warnt der Philosoph Richard Schröder vor einem zu schlichten Demokratieverständnis. „Tatsächlich wäre das uneingeschränkte Mehrheitsprinzip die Tyrannei der Mehrheit (...). Das Wort Demokratie ist erst aufgrund der Einschränkungen des Mehrheitsprinzips durch Gewaltenteilung und mehrheitsfeste Grundrechte, also durch Machtkontrolle, (...) geadelt worden.“ Die Spaltung der Gesellschaft ist eklatant. Inhaltliche Standpunkte weichen den populistischen Positionen. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung identifiziert sich mit keinem der beiden Kandidaten. Sie wählen gegen ihre eigenen Interessen; unabhängig wem von beiden sie ihre Stimme geben. Es geht nur noch um die Wahl des kleineren Übels. Weiter wie bisher oder die Möglichkeit einer Veränderung. So radikal sie auch erscheinen mag.

Dem drohenden Autoritarismus begegnet man auf den Straßen mit Sorge. Andererseits hat Brasilien jedoch fast eine Art Nationalstolz darauf, das Land der ewigen Improvisation zu sein. Improvisierte Demokratie. Es verbleibt nur zu hoffen, dass sie den Herausforderungen gewachsen ist.

.....
Nicolas Straub
- Bucerius Law School -

Illustration: Charlotte Götz
Illustratorin, HAW Hamburg



„Ich habe nie über Vorbilder gearbeitet“

Ein Gespräch mit der Intendantin Amelie Deuffhard über Theaterrevolutionäre, Kinder als Karriereantrieb und ihre Vision vom interdisziplinären Kunstzentrum des 21. Jahrhunderts.

Amelie Deuffhard, 1959 in Stuttgart geboren, studierte Romanistik, Geschichte und Kulturwissenschaften in Frankfurt am Main, Tübingen und Montpellier. In der Vergangenheit war sie künstlerische Leiterin der Sophiensäle in Berlin sowie des „Volkspalasts“, einem Projekt zur Bespielung des dekonstruierten Palastes der Republik. 2007 übernahm Amelie Deuffhard die Intendanz von Kampnagel in Hamburg. Im November dieses Jahres wurde sie im Rahmen des Kulturmarken-Awards zur Europäischen Kulturmanagerin des Jahres 2018 gewählt.

Liebe Amelie, diese Interview-Reihe heißt ja „Vorbilder“. Hast oder hattest du welche?

Ich habe eigentlich nie über Vorbilder gearbeitet. Es gibt aber ein paar Leute, die ich absolut bewundernswert finde: gewaltlose Widerständler wie Nelson Mandela, Mahatma Ghandi, Martin Luther King. Im Theater habe ich eigentlich keine richtigen Vorbilder, aber schon Menschen, die mich geprägt haben. Wie ich noch zur Schule ging, war das Claus Peymann, der damals Schauspielregisseur am Staatstheater Stuttgart war, den ich heute allerdings nicht mehr so interessant finde. Zu der Zeit bin ich ständig im Theater gewesen und Peymann war eine Art Theaterrevolutionär. Er hat zum Beispiel im Theater Geld für den Zahnersatz von Gudrun Ensslin (führendes Mitglied der RAF – Anmerkung der Redaktion) gesammelt, während sie im Gefängnis saß und wurde deswegen gefeuert. Er machte ein Theater, das sich politisch gerieben hat! Es waren allerdings auch andere Zeiten, politisierte unter anderem. Von den Regisseuren finde ich Christoph Schlingensiefel herausragend und als performative Künstlerin zum Beispiel Marina Abramović total interessant. Die Kunst der 60er Jahre hat mich generell sehr geprägt und sie prägt natürlich auch das, was wir heute hier auf Kampnagel tun. Wir sind ja Kinder der Avantgarde. Auch da gibt es Menschen, die einen Einfluss gehabt haben,

wie Adrienne Goehler, zum Beispiel, die lange HFBK-Chefin und später eine sehr streitlustige Politikerin war. Und meine Kinder, die haben mein Leben beeinflusst. Grundsätzlich habe ich aber nie nach dem Prinzip gearbeitet, dass ich mich an einer Person orientiere und denke: da muss ich hin.

Was ist eine Begegnung, die dich in deinem Leben maßgeblich geprägt hat?

Es gab natürlich immer Personen, die irgendwie wichtig für mich waren. Ich hatte schon eine Kindergärtnerin, die ich ganz toll fand. Für die bin ich nachmittags freiwillig wieder in den Kindergarten gegangen, als ich schon in der Schule war – Ganztagsbetreuung gab's noch nicht –, um sie zu „unterstützen“. Eigentlich hatte ich nur keine Lust, den Tag allein zuhause zu verbringen! Während meiner Studienzeit in Tübingen fand ich die Streitgespräche zwischen den Professoren Walter Jens (Altphilologe und damals Inhaber des bundesweit ersten Lehrstuhls für Allgemeine Rhetorik – Anmerkung der Redaktion) und Hans Küng sehr spannend. Dass Jens den Fokus auf das freie strukturierte Sprechen legte, hat sehr stark mit meinem Denken korrespondiert. Hans Küng war als Kirchenmann interessant, weil er seine eigene Meinung vertrat und sich nicht in allem nach dem Papst richtete. Das hat dann auch zu seinem Rausschmiss als Priester geführt. In Frankfurt bin ich mit den Nachfolgern der Frankfurter Schule in Kontakt gekommen. Es gab dort unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern und jungen Professoren noch viele „APO-Opas“, wie wir sie damals nannten, also Alt-68-er. Dieses linke Denken war für mich als Studienanfängerin eine neue Welt. Das fand ich sehr interessant, aber auch schwer zu verstehen. Im Laufe der Zeit habe ich mich dann aber da reingefunden.

Wann wusstest du, was du beruflich machen wolltest und auch worin du gut bist?

Ich gehöre nicht zu den Menschen mit ausgesprochenen Spezialbegabungen. Ich glaube, ich hätte auch eine gute Juristin werden können oder Ärztin. Die Entscheidung, in die Kunst zu gehen, habe ich spät gefällt. Ehrlich gesagt deshalb, weil ich zunächst gar nicht auf die Idee kam, obwohl ich schon in der Pubertät sehr viel im Theater war. Ich komme aber aus einem bürgerlichen Elternhaus und hatte damals nicht die Vorstellung, dass man aus Theater einen Beruf machen kann, außer man ist Künstler. Rückblickend ist das ein bisschen absurd. Dass ich dann Geisteswissenschaften studiert habe, galt in meiner Familie auch schon als relative Verschwendung von Talent. „Gute Berufe“ waren eben Jurist oder Arzt. Das machen meine beiden Brüder, ich habe mich dagegen entschieden.

Nach dem Studium habe ich zunächst ein paar Jahre im Museum für Verkehr und Technik in Mannheim gearbeitet und bin dann nach Berlin gegangen. Dort habe ich in relativ kurzer Zeit meine Kinder gekriegt und wie ich dann vier kleine Kinder hatte, dachte ich: „Okay jetzt hast du eh gar keine Chancen mehr auf dem beruflichen Markt, dann kannst du jetzt auch das machen, was du schon immer wolltest: Theater“ (lacht). Also eigentlich verdanke ich meinen vielen Kindern, die ja normalerweise der totale Karrierekiller sein müssten, meine Karriere. Denn ich bin mir sicher, wenn ich einfach so straight weitergemacht hätte, dann wäre es etwas anderes geworden.

Und wie bist du das mit dem „Theater-Machen“ angegangen?

Ich habe mir überlegt, einen Fernstudiengang für Kulturmanagement an der Uni Hagen zu machen. Und bevor es dort richtig losging, hatte ich schon meinen ersten Job! Der Studiengang war dann nicht mehr nötig.

Wie kam das zustande?

Ich lernte auf der Premierenfeier einer Freundin eine Regisseurin kennen, der ich erzählte, dass ich einen Aufbaustudiengang

in Kulturmanagement machen wollte. Daraufhin meinte diese, dass sie genau so jemanden wie mich brauche. Rational wie ich bin, hab ich sie darauf hingewiesen, dass sie jemanden brauche, der das schon kann, aber ich hätte ja noch gar nicht angefangen. Das war ihr aber egal.

So habe ich angefangen, Projekte zu machen.

Und was für ein Job war das?

Das war ein interessantes Projekt in Berlin im ehemaligen Postfuhramt, das umgenutzt werden sollte. Ich weiß nicht, ob es Zufall ist, dass ich seither ein großes Faible für Stadtbespielungen, Umnutzung von Gebäuden und künstlerischer Benutzung von umkämpften Gebäuden habe.

Machen dir solche Projekte das Leben nicht um einiges schwerer?

Stimmt. Vor allem machen die aber meinen Mitarbeiter*innen das Leben schwerer! (lacht) Meine künstlerischen Expansionsbestrebungen waren schon bei meinen Mitarbeiter*innen in den Sophiensälen nur so mittel beliebt und als ich dann nach Hamburg kam, fanden das alle auf Kampnagel erstmal total absurd, noch außerhalb des ohnehin schon riesigen Geländes auch öffentliche Orte zu bespielen. Aber ich fand schon immer die Idee sehr spannend, die Stadt selbst zum Theaterhaus zu machen. Das ginge aber natürlich nur, wenn man eine Landesregierung oder einen Bürgermeister davon überzeugen könnte, dass es eine total gute Idee wäre, jährlich 10 Millionen auszugeben, um regelmäßig die Stadt zu bespielen! Viele Orte einer Stadt können zur Bühne werden.

Hast du eigentlich in deiner Zeit am Theater jemals ans Aufhören gedacht?

Nein, noch nie! Das, was ich tue, macht und hat mir immer schon sehr viel Spaß gemacht. Trotzdem gab es schon Momente, in denen ich mich gefragt habe – gerade, wenn ich an den aktuellen Rechtsruck in Deutschland, Europa und auch in den

USA denke – ob es andere Organisationen geben könnte, wo ich mich noch sinnstiftender, direkter dagegen einsetzen könnte. Das heißt, für eine demokratische, offene Gesellschaft.

Ich glaube aber immer noch, dass man mit der Kunst eine gute diskursive Relevanz entwickeln kann und wir tun das auf Kampnagel auch. Von daher habe ich bisher noch nicht vor zu wechseln!

Gab es denn einen echten Tiefpunkt in deiner Karriere?

Der schwierigste Moment in meiner Karriere war mein Anfang auf Kampnagel. Zum einen war das Haus, als ich 2007 hier anfang, in keinem besonders guten Zustand, was die finanzielle Ausstattung und Publikumsresonanz anging. Ich war mir schon bei der Bewerbung nicht sicher, ob es überhaupt möglich sein würde, dieses Gelände wieder in ein gut funktionierendes, im besten Fall brodelndes Haus zu verwandeln. Jedenfalls war es mit der öffentlichen Förderung, wie es sie damals gab, eindeutig nicht möglich. Zum anderen kannte ich Hamburg nicht wirklich. In Berlin reicht es manchmal fast, dass man sein Programm so gestaltet, dass es irgendwie cool und angesagt ist, dann kommen immer viele Leute. Ich war mir nicht sicher, was in Hamburg überhaupt funktionieren würde.

Dazu muss man sagen, dass das Kampnagelgelände riesig ist, das mit Abstand größte internationale ganzjährig bespielte Zentrum für performing arts in Europa. Deshalb war ich mir nicht sicher, wie es uns gelingen würde, zahlreiches Publikum für unser Programm zu gewinnen.

Und das – also genug Publikum zu gewinnen – hat ziemlich schnell geklappt?

Die ersten drei Jahre waren, ehrlich gesagt, richtig harte Arbeit. Zwar gelang es uns auch damals schon, mehr Publikum anzuziehen als zuvor und es wurde stetig besser, aber wir haben auch viel in die Stadt hineingearbeitet, um die Menschen mit unseren Inhalten zu erreichen und davon zu überzeugen. Dazu kam, dass ganz offen war, was die Stadt langfristig für einen Plan für die ehemaligen Fabrikhallen hatte. Wir wollten einfach den Beweis antreten, dass Kampnagel ein relevanter und aus dem kulturellen Leben der Stadt nicht mehr wegzudenkender Ort ist, an dem spartenübergreifend und international Kunst produziert wird, die sich an unserer aktuellen Lebensrealität orientiert.

Was gibt dir jeden Morgen die Motivation aufzustehen?

Tja, morgens schellt mein Wecker, wie bei anderen auch. Ich gehe total gerne morgens ins Büro. Auch wenn ich gerade von einer Reise zurückkomme. Weil dieser Job viele Dinge einlöst, die ich mir für mein Leben erträumt habe. Zum Beispiel einen „Salon“ zu haben: Hier auf Kampnagel kommen ständig unterschiedliche Menschen zusammen, mit denen du mal zusammen Vorstellungen anschaut, mal gemeinsam Partys feierst oder Debatten führst. Außerdem führe ich täglich Künstler*innengespräche hier vor Ort oder per Skype mit Leuten in der ganzen Welt, so entwickeln wir gemeinsame Projekte. Das finde ich total inspirierend. Es ist einfach spannend zu versuchen, die Künstlersituation in Teheran oder Ouagadougou zu erfassen und dann für das Hamburger Publikum erlebbar zu machen.

Ich mag aber auch die Frage, wie man sich politisch positioniert, Unterstützer findet und so weiter, also Lobby-Arbeit für die Sache. Das sehe ich spielerisch, nicht verkrampft.

Wirklich deprimierend ist dagegen, wenn man in ein Projekt sehr involviert war, das dann einfach nicht gut wird. Nicht schlecht besucht, sondern künstlerisch nicht gut. Dann sitzt man in der Premiere und denkt sich: „Meine Güte, dafür habe ich jetzt so viel Lebenszeit investiert!“

Hat es für dich in deinem Beruf je eine Rolle gespielt eine Frau zu sein?

Ich bin in den Jahren groß geworden, in denen vieles von dem, was in der MeToo Bewegung jetzt ans Licht kommt, geschehen ist. Es war ganz normal, dass Männer gedacht haben, sie seien intelligenter als Frauen oder dass Frauen aufhören sollten zu arbeiten, wenn sie Kinder bekommen, und so weiter. Ich habe das allerdings in keiner Phase meines Lebens angenommen. Ich habe nie geglaubt, dass ich als Frau zu weniger fähig war als mich umgebende Männer. Insofern habe ich da schon früh mit dem angemessenen Selfempowerment gearbeitet.

Klar habe ich auch schon einmal erlebt, dass in Runden, wo Männer und Frauen sitzen, Männer mehr zu den Männern sprechen. In meiner leitenden Position erlebe ich das jetzt nur noch selten.

Durch dieses Thema sind wir aber noch nicht durch, und wenn ich das bemerke, ärgert mich das immer noch. Es ärgert mich aber auch, wenn Menschen sich generell nach Hierarchien orientieren.

Was ist der beste Rat, den du bekommen hast?

Dass du, wenn du dich beispielsweise auf einen Job bewirbst, der anderen Seite nicht einseitig ausgesetzt bist: Denn die Leute, denen du gegenüber sitzt, schauen sich dich an und du schaust dir die Leute an. Dann überlegt ihr euch beide, ob ihr euch gegenseitig haben wollt. Ich finde diesen Rat so großartig, weil er zeigt, dass man Abhängigkeitsverhältnisse in Realität nie als Abhängigkeitsverhältnisse definieren muss. Wer auch immer dein Gegenüber ist, du kannst immer eine Gesprächsebene finden. Ich rede ja mit sehr vielen Leuten, die etwas von mir wollen, aber auch mit potentiellen Geldgebern oder Politikern, von denen ich etwas will. In jedem Gespräch muss man versuchen, einen Austausch ohne Hierarchien zu schaffen.

Dieser Rat wurde mir vor meinem ersten Bewerbungsgespräch gegeben. Und den Job habe ich damals auch bekommen.

Bei völliger gestalterischer Freiheit, welches Projekt würdest du auf die Beine stellen?

Ich würde extrem gerne das spartenübergreifende Kunstzentrum des 21. Jahrhunderts schaffen. So etwas gibt es bis heute in Deutschland noch nicht. Das wollten wir damals schon aus dem dekonstruierten Palast der Republik in Berlin machen, den ich die Jahre als Volkspalast bespielt habe. Auch ein Neubau wäre interessant: einen Raum zu bauen, wo unterschiedliche Kunstformen Platz haben sich zu entfalten. Ich fände es angemessen, für so ein multidisziplinäres Zentrum mal so viel Geld herauszurücken wie für ein ganz normales Stadttheater, das heißt 20-25 Millionen Budget pro Jahr. Dort würde

man dann Programme machen, mit oder ohne festes Ensemble, auf jeden Fall international.

Die Stadt Hamburg stellt gerade 40 Millionen für die Sanierung von Kampnagel zur Verfügung, also ist diese Idee vielleicht gar nicht so weit weg. Insgesamt bin ich eher Erfüllungsproduzentin als Traumproduzentin. Deshalb würde ich auch nicht sagen, dass so ein Kunstzentrum jetzt etwas Unerreichbares ist. Wir kommen der Idee eigentlich schon ziemlich nah mit dem, was wir hier auf Kampnagel machen.

Hast du aktuell ein Lieblingsprojekt?

Für die nächste Spielzeit sind das zwei Projekte. Zum einen „Planet Kigali“, eine Kooperation mit einem Künstler aus Ruanda, Dorcy Rugamba, und der in Hamburg lebenden mexikanischen Künstlerin Yolanda Gutierrez. In diesem Stück befassen sich ruandische und deutsche Künstler*innen mit den Parallelen der ruandischen und deutschen Geschichte in einem. Ruanda war deutsche Kolonie. Beide Länder sind Schauplatz eines großflächigen Völkermords geworden, gefolgt von raschem wirtschaftlichem Aufschwung. Ich war Anfang des Jahres in Ruanda und habe dort sehr interessante Gespräche unter anderem mit jungen Künstlern und Regierungsmitgliedern geführt. Dabei habe ich genau die Fragen von Aufarbeitung und Verdrängung, des sich Lossagens von der eigenen Geschichte wiedererkannt, die es auch in Deutschland gab.

Ein anderes großes neues Projekt, das ich hervorheben möchte, ist das des Choreographen José Vidal aus Chile: Das Tanzstück „Emergenz“, das wir hier im Juni 2019 uraufführen werden. Es behandelt soziale Beziehungen in einer Massenchoreographie mit 20 Tänzerinnen und Tänzern aus Chile und dreißig von hier. Hinzu kommt noch ein Bürgerchor aus Laien aller Generationen und Herkünfte. Am Ende werden 100 Akteure auf der Bühne sein.

Solche Projekte machen mir Spaß, je herausfordernder desto besser.

Zum Abschluss noch unser Fragenhagel: Hast du ein Motto?

Geht nicht gibt's nicht.

Die schwierigste Entscheidung deiner Karriere?

Zu Kampnagel zu gehen. Denn erstens waren zwei meiner Kinder noch in der Schule in Berlin. Zweitens war ich mir nicht wirklich sicher, ob ich es schaffen würde, für so einen großen Laden erfolgreich Programm zu machen. Aber ich wusste damals, dass für mich nach den Sophienälen und der „Volkspalast“-Bespielung vom Palast der Republik, wieder eine Herausforderung hermusste.

Bist du Feministin?

Ja.

Dein Lieblingstheaterstück?

„Kirche der Angst“ von Schlingensief.

Für welche drei Dinge bist du in deinem Leben besonders dankbar?

Dafür, dass ich mit einigen Gaben gesegnet bin, die mir das Leben leichter machen. Dass ich vier großartige und gesunde Kinder, ein paar sehr gute Freunde und tolle Mitarbeiter*innen habe und einen Job, der mir wirklich Spaß macht.

An wen wendest du dich für Rat?

Ich hatte bisher erfreulicherweise immer Menschen um mich, an die ich mich in ganz unterschiedlichen Fragen für Rat wenden konnte.

Was hältst du eigentlich von Juristen?

Ich finde die Juristerei tatsächlich einen ziemlich reizvollen Beruf. Ich komme aus einer Familie mit vielen Juristen. Ich mag es, dass die Gesetze, die ja scheinbar für Laien fixiert sind, in Wirklichkeit historisch gewachsen sind und dadurch der beste Ausleger typischerweise auch Herr der Sache bleibt. Deshalb finde ich gute Jurist*innen auch oft interessante Personen.

Zum Abschluss: Welche Frage würdest du dir noch stellen?

Ich stelle mir tatsächlich Fragen, aber eine Frage ist natürlich schwer, gerade in meiner Position: wie geht man mit einer Machtposition um? Wie macht man möglichst wenige Fehler, ist nicht zu hierarchisch oder herablassend? Das ist eine Frage, die mich sehr beschäftigt und zwar immer mehr im Laufe der Jahre. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass es die Gewohnheit des Einflusses gibt. Deshalb finde ich, dass man sehr umsichtig damit umgehen muss.

Ich mag Menschen nicht, die von oben treten. Man muss also gucken, wie man das Maß findet und es ist trotzdem immer eine Herausforderung.

Vielen Dank für dieses Gespräch.

Das Interview führten
Valérie Greitens und Clemens Schally.



Foto:

KAMPNAGEL

Kampnagel ist ein weltweit bekanntes, internationales Produktionshaus, das neben zeitgenössischen darstellenden Künsten auch Konzerte, Konferenzen und eine Vielzahl unterschiedlicher Festivals und Themenschwerpunkte präsentiert. Auf den sechs Kampnagel-Bühnen werden genreübergreifend die Arbeiten internationaler Künstler und die der lokalen Hamburger Szene gezeigt.

Conflict in Ukraine

The conflict began as an internal Ukrainian crisis in November 2013, when President Viktor Yanukovich rejected a deal for greater integration with the European Union, sparking mass protests, which Yanukovich attempted to put down violently. Russia backed Yanukovich in the crisis, while the US and Europe supported the protesters. Yanukovich fled the country. Russia, trying to deepen its influence in Ukraine, invaded and annexed Crimea in March 2014. In April, hostilities erupted in eastern Ukraine, where a Russian-backed separatist movement began seizing cities. The rebels shot down Malaysian Airlines flight 17 in July, probably accidentally. Fighting between the rebels and the Ukrainian military intensified, in August, the Russian army overtly invaded eastern Ukraine to support the rebels. A peace deal between Ukraine, Russia and the separatists, known as Minsk I stopped the onslaught - but soon broke down. By January 2015, full-scale fighting had broken out again. In February, Germany's Chancellor Angela Merkel and France's President François Hollande stepped in to revive the ceasefire, brokering a "Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements", known as Minsk II. It offers a detailed roadmap for resolving the conflict. In public, officials declare that there is no alternative to the Minsk agreements. But in private, few see any chance for its full implementation.

The country has been divided between Ukrainians who see Ukraine as part of Europe and those who see it as intrinsically linked to Russia.

Dr. Tatiana
Kyselova,
LL.M. (LSE)

Associate Professor at the National University of Kyiv-Mohyla Academy and trained mediator. Marie Curie postdoctoral fellow at the University of Torino, Italy (2015-2017) with the research project on mediation and dialogue in Ukraine

She has served as an advisor to the Parliamentary Drafting Committee on Mediation Law and to several international organizations including the Council of Europe and the UN Development Program. Her research interests include socio-legal studies, conflict resolution, alternative dispute resolution, access to justice, mediation, negotiation, peace mediation and dialogue.

“A very long and painful process”

Dr. Tatiana Kyselova has been accompanying the peace process in Ukraine as a researcher. An interview about a country in conflict, healing wounds of the past and taking steps forward.

The conflict in Ukraine is a very complex and multi-dimensional one. The main questions revolve around the status of the eastern regions and Crimea. Another important aspect are the alliances of some Ukrainians to the European Union while others are oriented towards Russia. How does a mediator navigate in such a situation?

You really need to know where you are as a mediator. There are several layers of conflict, thus there are mediators working on different levels. Those who assist on the highest political level, those who work on the Minsk-process. There are mediators working with regional partners – and those working on community level. Each level requires its own conflict analysis.

These levels you have just described refer to the multi-track approach in mediation. On what track did you work on?

My research has always been about track 3, the people-to-people level. All tracks are connected. Sometimes, officials get involved on community level. Even if you are involved in track 3, we must always keep in mind how our work impacts the political resolution of the conflict.

As of today, years after the conclusion of the Minsk I and II agreements (track 1), the conflict is still not resolved. Did the conflict in Ukraine show weaknesses of this multi-track strategy? And if that is the case, what went wrong?

Well, I would say, it rather showed the weaknesses of traditional power-based diplomacy. There are things that a civil society cannot do, however united it may be. Recent research about civil society and peace building shows that political resolution is still the key! Civil society can be seen as a backdrop for the political resolution.

“Unfortunately, there is no overall consensus”

How did the process of getting Ukrainian civil society involved in the process go? What were the obstacles?

I like to be neutral, be more of an observer. The approach of civil society to dialogue in Ukraine is still unclear. The war started in such an unexpected way, it took people a while to recover from the initial shock. Only now can we think about strategies – the first few years of conflict were pure chaos. The problem is that Ukrainian civil society is very divided. There are different fractions:

Those who are pro-military, members of NGOs, those who actively fight Russian aggression. The other block would be human rights activists, who monitor human rights violations. And then we have dialogue mediators, those who work on peace building. Unfortunately, at the moment, there is no general strategy, no overall consensus.

In the past, you have stressed how vibrant and active Ukrainian civil society is. Would you say that there is a potential to rely on that? You mentioned earlier how divided Ukrainian civil society is. How can Ukrainian civil society be re-united under a new, multi-ethnic Ukrainian national identity?

That is difficult. The questions at hand can only be answered together: How can we reunite Ukraine? And how can we reunite Ukrainian civil society? It might have to do with values. With a new national identity that is rather inclusive than exclusive. For years, we had a division: Pro-east, pro-West. Pro-Russian, pro-Ukrainian. At the moment, politics are dominated by a rather exclusive identity. There are more than two identities. Political elites are still very much against such a change. But we need them on board to generate real change. But that is a very long and painful process.

How has the post-soviet era influenced Ukrainian national identity? How does that shared past influence people today?

Well, that depends. Many of the elites in the country play their own game. And I cannot say without doubt that civil society is ready for that shift towards a new, multi-ethnic Ukrainian national identity. Large parts of the population might gravitate towards a Ukrainian national identity at the moment. In fact, it might not even be correct to call the other members of Ukrainian society “pro-Russian”. Recent research shows that in fact there is a “pro-Soviet” or “pro-Soviet-past” fraction of society. The Soviet past plays a major role in distinguishing identities – and it divides the nation. The perception of Josef Stalin for example, there are differing opinions on his heritage. There is a division on historical lines, and that is exactly where dialogue can help. Dialogue facilitators who really understand what they are doing, would say before we talk about the future, we need to deal with our past.

In 2013 and 2014, there were a lot of pro-European sentiments. One thinks about the anti-government protests on Kiev’s Maidan square. How has the pro-Western sentiment evolved?

Pro-European / pro-NATO has become mainstream. Not a single politician would object these attitudes. There are efforts to include Ukrainian efforts to become a member of the European Union and NATO into the constitution. It seems likely that this might happen next spring, when they will amend the constitution to set it in stone that Ukraine goes West, it never goes East.

Difficulties implementing Minsk

Would the Ukrainian public support these plans? The European Union has been involved in the peace process. Was that helpful? How did Ukrainians react to these efforts?

Well, European efforts to solve the conflict from the inside out are not visible. Perhaps because these attempts have not been successful. Generally, Ukrainians have not bought the Minsk agreements. Polls show that only nine per cent support the agreements. Others may not even have heard about it or do not know what it is.

Why is that so?

Minsk in the end is rather detrimental. It was a trade-off to stop Russia from going west. The Minsk-ceasefire has never been observed. In the minds of many Ukrainians, these agreements are rather detrimental in the conflict solving process.

Another problem is the way the peace process according to the Minsk-agreements was drafted. It was based on a Russian narrative. Russia is not officially a party to the conflict; the country fuels the narrative of a Ukrainian civil war. This is something that the Ukrainian government tries to object, saying that Russia is the main conflict party and aggressor. There are many reasons why Minsk has not been bought in Ukraine.

You mentioned Russia’s role in the conflict, the country is also influencing how peace negotiations are going. How is the narrative of Russia being the main aggressor as you worded it being perceived by the parts of Ukrainian society that are of Russian origin or live in the eastern regions of the country?

Well, the official government narrative is that of the majority of Ukrainians, it is not imposed. It is the opinion of most people, when looking at opinion polls. And this narrative has been supported by the West. There is a number of UN-resolutions, Council of Europe documents and so on stating that Russia has occupied parts of Ukraine and that Russia is the main aggressor. No one can tell Putin what to do.



These are things happening on track 1, the top level. How does this narrative affect the lives of Ukrainians of Russian descent, those who live in Eastern Ukraine or on Crimea? How do you think that will play out in the long run?

All Ukrainian governmental policies are based on that narrative. That means that according to that narrative, those people affected by the armed conflict are not enemies, they are victims! All of the 1.6 million internally displaced people suffer, they are victims. The Ukrainian government has taken on the burden, of course with the help of international partners, to help these people. There are programs to provide them with housing, medical care, employment, integration into local communities. In that respect, they are being taken care of. Of course, there could always be done more. But in terms of the official narrative, they are being taken care of.

Future improvements
are needed

Another question about Russia. Thus far, efforts in peace building have seemed to be about working around Russia, not with it. Could that be a solution?

That is a traditional approach of conflict transformation. In the case of Ukraine, it is one way to do it. The problem is that Russian aggression makes this conflict hybrid. It precludes a lot of opportunities to work with Ukrainians of Russian descent for example. We are currently working on a project about inclusion into the peace processes and we have identified that people that are in one or another way connected to Russia are excluded from public space and peace processes on track 3. The problem is that you cannot include them

because at the moment, you cannot even identify them. These people are not organized in NGOs. Russian sponsored NGOs promoting Russian culture and the Russian language and so on have been outlawed because they have been used by the Kremlin as tools of military occupation. They have low civic activities, they do not show up at community events, they are afraid of being repressed. A lot of security issues are also there. It really is a vicious circle and at the moment, we do not know how to break it.

Do you think that voices from all groups of society have been heard on track 3?

In terms of visibility, it is easy to get all peace builders at the table, which is what I did during my research. I also do periodical mapping, so I know what actors have taken part in talks.

What could be improved on track 3?

The focus should be on how to get the different fractions of civil society together because there are still a lot of misunderstandings between human rights activists and peace mediators for example. They are doing the same things, working towards a resolution of the conflict, but obviously in different ways. We need ways to empower civil society to overcome divisions first!

Thank you very much, Dr. Kyselova.

.....
Das Interview führte
Anna Seifert

Der NSU-Prozess – Ein Lehrstück

Im Gespräch mit Wolfgang Heer und Anja Sturm

Seiten erhält ein Strafprozess so viel öffentliche Aufmerksamkeit wie es im Verfahren gegen Beate Zschäpe der Fall war. Damit gerät das Recht selbst in den Fokus der Betrachtung. Gleichzeitig offenbart sich, dass Grundprinzipien unserer Rechtsordnung in Frage gestellt werden, wenn diese augenscheinlich dem öffentlichen Bedürfnis nach „Gerechtigkeit“ zuwiderlaufen. Doch beruht dieser Konflikt allzu häufig auf uninformierten Annahmen über das Recht und auf reflexartig formulierten Gerechtigkeitsvorstellungen. Wir haben darüber mit Wolfgang Heer und Anja Sturm, zwei der drei Pflichtverteidiger Beate Zschäpes, gesprochen.

Presse: Mehr Informiertheit, bitte.

„Das blasse Gesicht des Terrors“ betitelt am 14. Mai 2013 die Süddeutsche Zeitung einen Bericht aus dem Gerichtssaal – und meint damit das Gesicht von Beate Zschäpe. Berichtet wird zunächst über die Verlesung der Anklage. Ob Frau Zschäpe eine Terroristin ist, bedarf zu diesem Zeitpunkt noch der Klärung. Für Berichterstatterin Annette Ramelsberger ist dennoch deutlich: Die Anklageschrift entpuppt die Angeklagte als „bis ins Mark braun gefärbte Täterin.“ Anders als das Gericht ist Frau Ramelsberger nicht an die Unschuldsvermutung gebunden und muss für Einschätzungen über Teint, Hosenanzug und Täterschaft der Angeklagten kein langwieriges rechtsstaatliches Verfahren durchlaufen. Wenngleich aber die Presse in ihrer Berichterstattung grundsätzlich frei ist, so findet sie ihre Grenzen doch im Persönlichkeitsrecht des Berichts-Objektes. Tatsachenbehauptungen darüber, ob Frau Zschäpe Straftaten begangen hat, können in diesem Zusammenhang problematisch sein. Frau Ramelsberger zitierte natürlich nur ganz objektiv aus der Anklage und behauptete streng genommen keine Unwahrheiten. Die Einseitigkeit ihrer Berichterstattung und der Unterton ihrer Formulierung sprechen dennoch eine deutliche Sprache. Neutrale Berichterstattung funktioniert anders. Wolfgang Heer und Anja Sturm frustriert und erschüttert dieses Maß an Vorverurteilung ih-

rer Mandantin. Für sie geht es nicht nur um die rechtlichen Grenzen der Pressefreiheit, sondern auch um die Frage, was Presse zu leisten hat: Sie ist eine Informationsquelle, ohne die demokratische Meinungsbildung der Gesellschaft nicht möglich ist. Strafprozesse sind öffentlich, was dem Schutz des Angeklagten vor der Willkür des Gerichts, andererseits aber auch dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit dient. Ausgerechnet

sie seien als Verteidiger gefragt worden, wie ihre Mandantin sich entlasten wolle. Dass sie das nicht muss, weil im Gegenteil ihre Strafbarkeit bewiesen werden muss, sei dem Fragenden nicht in den Sinn gekommen. Derartige Vorfälle wecken Zweifel daran, ob die Pressevertreter überhaupt in der Lage waren, die Vorgänge vor Gericht einzuordnen und ihren Leserinnen und Lesern zu erklären. Wolfgang Heer und Anja Sturm störte besonders



Das Bild entstammt der WDR-Dokumentation „Heer, Stahl und Sturm - Wer Nazis verteidigt“ von Eva Müller. Die PuG druckt es mit freundlicher Genehmigung des Senders ab.
Bild: WDR/dpa/Peter Kneffel

im Prozess gegen Beate Zschäpe standen nur begrenzt Plätze für Zuschauer und Presse zur Verfügung. Umso höher ist nach Ansicht Wolfgang Heers die Verantwortung derjenigen Journalistinnen und Journalisten, die einen Platz erhalten haben. Gefärbte Berichterstattungen sollten erkennbar als Kommentar bezeichnet werden; Berichte sollten sich um Objektivität und Vollständigkeit bemühen. Gedanklich muss Raum für einen Freispruch bleiben, um den öffentlichen Erwartungsdruck, der auf das Gericht wirken kann, gering zu halten. Die Frage ist: Wollte die Presse nicht objektiv informieren oder konnte sie es manchmal schlichtweg nicht? Wolfgang Heer berichtet,

die Auseinandersetzung mit von ihnen gestellten Anträgen. Deren Sinnhaftigkeit sei von Journalisten nicht immer verstanden worden. Das Bild: Die Verteidigung hält den Prozess auf. Die eigentlich gerechte Verurteilung Beate Zschäpes werde nur verzögert.

Recht und Gesellschaft: Manchmal geraten wir auseinander.

Schlechte Berichterstattung ist schädlich für jene, über die berichtet wird. Gefährlich ist sie, weil sie wirkt und in der öffentlichen Wahrnehmung bestimmte Bilder erzeugt. Augenfällig war im NSU-Prozess, dass in dieser öffentli-

chen Wahrnehmung für bestimmte rechtliche Regeln und Prinzipien die Akzeptanz abhandengekommen ist.

Dieses Problem zeigt sich kleinteiliger schon daran, dass Anträge der Verteidigung als sinnlose Zeitverschwendung abgetan wurden. Grundlegender und problematischer wird es, wenn das Recht einer Angeklagten auf Verteidigung in Frage gestellt wird. Eine Frage, mit der Wolfgang Heer und Anja Sturm immer wieder konfrontiert wurden, ist, ob sie nicht auf der falschen Seite stünden. Die beiden Verteidiger sind sich einig, dass sie das nicht tun. Menschen zu verteidigen, die sich möglicherweise einer Straftat schuldig gemacht haben, sei schließlich ihr Beruf.

Dass es so einfach nicht ist, zeigt sich daran, dass viele Strafverteidiger-Kollegen anderer Auffassung sind und das Mandat nicht übernommen hätten. Und die Tatsache, dass eine Tätigkeit zum Beruf gehört, verleiht ihr noch keine (moralische) Legitimität. Andererseits: Wolfgang Heer und Anja Sturm werden auch darüber nachgedacht haben. Verständlich wird ihre Haltung, bedenkt man die Funktion eines fairen Verfahrens und die Stellung des Strafverteidigers im Gesamtgefüge des Prozesses. Einerseits geht es wesentlich um den Schutz des Angeklagten, der auch im Prozess ein Mensch mit unveräußerlichen Rechten bleibt. Diese Rechte zu schützen ist richtig. Zum anderen, erklärt Anja Sturm, diene das Verfahren der Legitimation der Entscheidung. Das heißt: Verfahrensfehler machen ein Urteil angreifbar. Nur ein rechtmäßiges, weil faires Verfahren ist letztlich geeignet, Akzeptanz für ein Urteil herzustellen. Im NSU-Prozess sei es wichtig gewesen, nach außen deutlich zu machen, dass eine Verurteilung Beate Zschäpes nur wegen konkreter Straftaten, nicht aber wegen ihrer Gesinnung erfolgen könnte. Gerade weil die Verteidiger auf der Seite ihrer Mandanten stehen, leisteten sie einen Beitrag dazu, dass Urteile unserer Gerichte auf Akzeptanz stoßen. Verteidiger sind im Rechtsstaat notwendige Voraussetzung einer Verurteilung.

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Ebenfalls falsch verstanden wurden die Aufgaben des Strafverfahrens. Frau Ramelsberger, wieder pars pro toto, beklagte nach der Urteilsverkündung, das Gericht habe eine historische Chance vertan. Zwar habe das Gericht die Höchststrafe verhängt, aber „kein Wort zur Wehrhaftigkeit der Demokratie.“ Die Richter seien im juristischen Elfenbeinturm geblieben. Zum einen: Richter sollen bitte ausschließlich nach juristischen Maßstäben entscheiden, wenn vielleicht auch nicht aus einem Elfenbeinturm heraus. Zum zweiten: Die Verteidigung des Demokratieprinzips obliegt grundsätzlich nicht den Strafgerichten. Richtig ist zwar, dass § 129a StGB Ausdruck der wehrhaften Demokratie ist, indem Extrembereiche von – tätlicher – Demokratiefeindlichkeit unter Strafe gestellt werden. Andererseits: Gesinnungen als solche unterliegen gerade keiner rechtlichen Beurteilung. Demokratie und Rechtsstaat werden an erster Stelle von der Zivilgesellschaft getragen. Dort müssen sie verteidigt werden.

Auflösung: Kritik und Selbstkritik

Dies alles sind Beispiele dafür, dass Rechtsgrundsätze zuweilen in Konflikt geraten können mit Erwartungen der Gesellschaft. Dieser grundlegende Konflikt tritt bei moralischen „hard cases“ immer wieder auf. Er ließe sich nun prinzipiell in beide Richtungen auflösen: Man kann den Vorrang des Rechts fordern, oder aber den Vorrang allgemeiner Gerech-

tigkeitsvorstellungen. Warum an starren Regeln festhalten, wenn offenkundig ein Bedürfnis nach Vergeltung besteht? 9 Menschen werden in Deutschland aus rassistischen Motiven ermordet und die Mitwissende könnte freigesprochen werden, weil das Recht nun mal so ist.

Zunächst: Das Recht ist moralischer und politischer Kritik von außen zugänglich. Es ist eine gesetzte Ordnung, die man ändern kann (wohl herrschende Meinung). Mindestvoraussetzung einer solchen Kritik wäre aber grundlegende Rechtskenntnis. Hier kommen wir zurück zur Ausgangskritik an der Presse, die manchmal mehr zur Verwirrung als zur Aufklärung beiträgt.

Ferdinand von Schirach (selbst eigentlich Jurist) erweckte im Jahr 2016 mit seinem Werk „Terror“ mediale Aufmerksamkeit, in dem er sich mit der Verurteilung des Abschusses eines Passagierflugzeugs auseinandersetzte. Aus dramaturgischen Gründen wurde ein Konflikt zwischen Recht und Gerechtigkeit gezeichnet, indem von Schirach glauben machte, nach geltendem Recht würde die Tat in jedem Fall verurteilt. Bundesrichter Thomas Fischer kommentierte das in seiner Kolumne „Fischer im Recht“ vom 18.10.2016:

„Weil das Stück von Schirach die Unterscheidung zwischen Unrecht und Schuld fast vollständig unterschlägt, unterschlägt es auch die

Tatsache, dass die Lösung des Dilemmas keineswegs nur „jenseits des Rechts“, also irgendwo im Reich der höchstpersönlichen, beliebigen „abstimmbaren“ Moral gefunden werden kann, sondern dass es gerade das Recht ist (und sein muss), das sich die am weitesten gehenden und überzeugendsten Gedanken zu solchen Problemen gemacht hat.“

Zurück zum Fall Zschäpe: Die Angeklagte nahm selbst keine Tötungshandlung vor. Nie. In den fraglichen Zeiträumen war sie mal am Wäschewaschen, mal machte sie Sonstwas. Ist sie trotzdem eine Mörderin? Nach welchen Maßstäben entscheidet das Recht so etwas? Man kann sich inhaltlich damit auseinandersetzen, und anerkennen, dass die Frage nicht ganz einfach ist. Oder man schreit einfach nach Verurteilung, weil Frau Zschäpe jedenfalls ein böser Mensch ist. Letzteres wäre ein eher archaischer Ansatz, der denn auch mit moralischer Kritik des Rechts nicht viel zu tun hätte. Genau in dieser Frage sieht auch Anja Sturm Aufklärungsbedarf: Die Grundsätze über die Täterschaft im Strafrecht sind komplex, aber vermittelbar. Wäre nicht wichtig, dass die Bürger die Maßstäbe kennen, nach denen unser Recht Taten verurteilt? Der NSU-Prozess bot eine Chance, hierüber in Dialog zu treten. Stattdessen: Wer färbte Frau Zschäpe das Haar?

Zum zweiten, eine Randnotiz: Mal eben für Frau Zschäpe zu entscheiden, was – überrechtlich – gerecht ist, wäre eine bemerkens-

werte Leistung. Vielleicht macht es stattdessen Sinn, sich übergangsweise an den Grundsätzen festhalten zu lassen, auf die man sich als Gesellschaft durch ein legitimes Verfahren geeinigt hat (sog. „Gesetze“, ibs. auch das „Grundgesetz“). Nur ein Vorschlag.

Zum dritten: Seien wir ehrlich. Wie sehr geht es den Empörten im Kern um eine gerechte Gesellschaft? Die NSU-Taten haben viele tragische Seiten. Eine davon ist, dass man sie über Jahre für Taten aus dem türkischen Milieu hielt. Die Öffentlichkeit, so Anja Sturm, müsse sich eingestehen: „Auch wir haben über ‚Dönermorde‘ gesprochen.“ Rassismus beginnt eben nicht erst mit gewaltbereiten Nazis. Unschuldige Menschen sind aufgrund ihrer Herkunft von unserer Gesellschaft und ihren Institutionen schwerer Straftaten bezichtigt worden. Richtig wäre, sich damit in einem offenen, selbstkritischen Prozess auseinanderzusetzen. Stattdessen entsteht die Erwartung, der Strafprozess möge beweisen, dass wir uns in diesem Land voll moralischer Integrität über Rassismus aufregen und ihn mit voller Härte des Gesetzes verfolgen. Man könnte das auch „Sündenbocktheorie“ nennen: Beate Zschäpe soll jetzt auch unsere eigene Beschämtheit wiedergutmachen. Das kann sie nicht.

.....
Text: **Sophia Schamberg**
Das Interview führten
Elise Drescher und **Arlette Greitens**

The Ždanoka-Case

Self-Protecting Democracy and Electoral Rights in Latvia

On October 6 the Republic of Latvia held its general election. The air had been sparkling with emotions: populism, fake news and other nowadays much discussed components of election campaigns were all part of it. Alongside the elections, Latvians witnessed a spike of a long-lasting politically-legal drama in which even the Constitutional Court of Latvia had its say. The case dealt the denial of access to stand as a candidate in the election: by rejecting the constitutional complaint of the European Parliament Member Tatjana Ždanoka, the court restated the rights of post-USSR countries to deny access to parliament to those people who actively tried to interrupt the regaining of independence. For an observer from outside this result could raise a question whether Latvian electoral law fails to foster multienthnic integration between the West and East. However, not all can be simplified.

Basis of the restriction and its development

Part 6 of the Article 5 of the Saeima Election Law from 1995 states that “the persons, who, after January 13, 1991, were active in the Communist Party of the Soviet Union (Latvian Communist Party) [...] cannot be registered as candidates for the Saeima elections and cannot be elected to the Saeima”.

This was the basis for the disqualification of Ms.Ždanoka from the standing for election to the Latvian Parliament and to municipal elections already in the 90ies. This decision was challenged in the European Court of Human Rights (ECtHR), which in 2006, after firstly deciding that the state had

infringed the rights guaranteed by Protocol No. 1 to the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms (Protocol No. 1) European Convention on Human Rights (Convention), changed its perspective, found no infringements and developed the figure of the “democracy, capable of defending itself”. In its decision, the ECtHR carefully evaluated the history of Latvia. Special attention was paid to the active role of the Latvian Communist Party (LCP) in Latvia’s illegal accession to the USSR and the tragic events of January 1991 when, after the independence of Latvia had been declared, the LCP’s failed coup led to the death of six people. The ECtHR recognized that the contested norm was not intended to punish anybody, but to exclude from the participation in the legislation process members of the party which had attempted to violently overthrow the newly-established democratic regime. Consequently, the ECtHR agreed that the exclusion of Ms. Ždanoka from standing as a candidate is in line with Article 3 of Protocol No. 1. Nevertheless, the Court also pointed to the fact that the Parliament of Latvia has an obligation to constantly review the statutory restriction, with a view to cancelling it in the near future.

Also, the Constitutional Court had to evaluate the legality of the norm both in 2000 and 2006. In the 2006 decision the Court concluded that while the restriction is proportional in general, the imposition of long-term restrictions on people who, despite having worked in the specified organisations, are loyal to Latvia, would be incompatible with the protection of human rights.

Decision of June 2018

In 2017 Ms. Ždanoka filed an application to the Central Election Commission to find out whether she has the right to candidate in the Parliamentary elections. The CEC issued a reference that in these circumstances, in accordance with the contested norm, the applicant still cannot stand for the Saeima elections. On the basis of this reference Ms. Ždanoka filed the constitutional complaint. In the complaint Ms. Ždanoka explained her belief that the contested norm, firstly, is not in compliance with her constitutionally guaranteed rights to be elected and, secondly, breaches the principle of equality. The main question for the Constitutional Court was if, in 2018, there are still grounds for such a limitation that was created in 1995 against a different political background: i.e, whether the restriction is still necessary, has a legitimate goal and is proportionate. At first, the Court recognized that the purpose of the disputed norm is not to punish people for their participation in the specified organisations, but to protect the statehood of Latvia and its democratic system. Yet, while in 2006 the ECtHR stated that “[the] applicant’s current conduct is not a material consideration, given that the statutory restriction in question relates only to her political stance during the crucial period of Latvia’s struggle for democracy in 1991” the Constitutional Court noted that nowadays the norm must be viewed objectively to protect the constitutional organs from those people who after 13 January 1991 threatened the statehood of Latvia and still continue to do so. It was concluded that this norm is one of the instruments of

a defensive democracy protect Latvia’s constitutional organs.

The Court then evaluated the proportionality of the norm and referred to inner and outer threats to a democratic order, which could be the basis for such a restriction. In connection to the inner threats the Constitutional Court strongly emphasized that for a big part of the Latvian society democracy is not yet a self-evident value – the sustainability of democracy can still be threatened. Regarding the outer threats, the Constitutional Court pointed out the aggression of Russia in Georgia in 2010 and in Ukraine in the recent years. Those threats justify the preservation of the restriction as the prohibition is directly connected to the possibility of anti-democratic representatives which in their past have been connected to Russian favouring powers being elected in a parliamentary position. Finally, while considering less limiting restrictive measures suitable for reaching the legitimate aim, the Constitutional Court noted the wide margin of appreciation that states enjoy in the organization of their electoral system. Ultimately, the Court did not find a breach of Articles 1 and 9 of Satversme. Also the principle of equality was not breached.

In line with the division of powers his decision did not make a finding on Ms. Ždanoka’s specific case. Her fate was decided on August 21 when the CEC in a special proceeding on the basis of the documents provided by the Security Police and the Satversme Protection Bureau came to the conclusion the name of

Ms. Ždanoka has to be removed from the list. This decision was upheld by the administrative regional court.

Evaluation of the Decision and Questions for the Future

It is clear that the state must care for its continuity and fight against individuals who would like to actively destroy it. In such a way this decision shows similarities to the actions taken in Germany last July when the Grundgesetz was amended to the effect that parties acting counter to the existence of the constitution or the state may not receive state funding – there the basis was idea that political parties seeking to abolish or endanger the state should not be supported by it.

Of course, one could argue that the Bundesverfassungsgericht did not prohibit the NPD – the party that was the main trigger for the amendment. The basis of this decision was, inter alia, the party’s virtually inexistent political significance. Considering this point made by the German Constitutional Court, while looking at the low popularity of the party represented by Ms. Ždanoka as well as the threats that could be caused even if she managed to overcome the 5% barrier and to become one of 100 deputies, one has to wonder whether the reaction of Latvia has been proportional. However, the situation differs:

Latvia had to fight for its independence and managed to regain it only 27 years ago. Thus, the Ždanoka case is not only about populism, human rights and rule of law, but, unlike the situation in Germany, always revolves around the question, whether Latvia will retain its sovereignty.

Therefore, when looking at the aforementioned arguments it is clear that this is not an issue on integration. The criteria for the exclusion from the participation in elections is not nationality or personal political convictions: it is the cumulative existence of anti-democratic and anti-Latvian stances during the time of fight for independence and now. Thus, practically this prohibition also applies to any person who recognizes himself as Latvian, if the criteria fulfil. At the same time, many of the people, both of Russian and Latvian as well as other origin, are also representing various parties in the Parliament of Latvia as for them no such restrictions exist. That means that the prohibition of the existence of the state and any integration measures must be distinguished: one cannot be allowed to represent a state he hates and wants to destroy. Also, it can be doubted whether the European regulations on integration can be mentioned in cases when the person actively works against European values. Additionally, the rest of the party, represented by Ms. Zdanoka – the Unity of Latvian Russians (Latvijas Krievu Savienība)

which already in its name stresses the ethnicity of people could participate in the elections, where they gained 3,2 % of the votes. That even more states that no prohibitions were made on the basis of nationality.

Of course, one could always ask the question, if the state wrap a blanket around its citizens and try to protect them from making any mistakes. Do the fundamental norms of the democratic state allow lawyers and judges to decide instead of the citizens and so become social engineers? Where could one draw the line regarding interference in the free will of persons to choose their candidates? And, finally, are those the real and only dangers we should be protected from? After all, no restrictions are applied to the deputy candidates which were not part of the organisations stated in the contested norm and have not committed an intentional criminal offense, but who could “still be dangerous to the principles of the democratic state”. If the main issue is the protection of democracy, it might be better to focus on that more broadly, and not just to analyse existing threats in connection to the 27-year-old past? However, that again raises the question of a forced protection of citizens and the legitimisation of the decision-makers – and it is also not one the Constitutional Court would have the competence to answer.

Ms. Ždanoka has stated that she will again

turn to the ECtHR. One can only speculate if this time there will be a different outcome. The ECtHR indeed recognized that the Latvian institutions are better suited to assess the situation. However, it is doubtful whether the argument of “threats to the newly-established democracy caused by the resurgence and promotion of communist ideas which might lead to the restoration of a totalitarian regime” acknowledged in the 2006 decision still applies. It will thus be interesting to see how the ECtHR will evaluate the new arguments presented by the Constitutional Court of Latvia. However, the main points stays the same: we cannot talk about integration, but about the protection of democracy.

.....
Madara Meļņika

- Alumna der Universität Lettlands -

Julian Senders

- Friedrich-Schiller-Universität Jena -

Der Artikel wurde ursprünglich in einer ausführlichen Fassung auf www.verfassungsblog.de veröffentlicht.

KUNST & KULTUR

Bluthochdruck-Dilemma

Der Autor ist in letzter Zeit viel Bahn gefahren. Nach ein paar Bier im Bord-Restaurant verfasste er eine Art Tagebucheintrag, war von sich selbst begeistert und wollte den Text in der PuG veröffentlichen. Schwester und Freunde rieten ihm subtil und doch bestimmt davon ab. Es entstand diese Kurzgeschichte.

Jane ist auf dem Weg von Mailand nach Jena. Jane hat Urlaub und besucht Freunde. Nun ist sie auf dem Weg zu Marie und Jens. Marie und Jens leben in Jena. Jens ist Musiker und Marie arbeitet in einer Bücherei oder Bibliothek, also an irgendeinem staubtrockenen Ort mit zahllosen staubtrockenen Büchern. Ursprünglich war Jane nur mit Jens befreundet... Eigentlich hatten sie eine „Affäre“ gehabt – oder wie man es nennt, wenn man zwei-, dreimal miteinander schläft, und dann wieder miteinander befreundet ist, als wäre nie etwas gewesen. Jane und Jens hatten sich in Barcelona kennengelernt, auf irgendeiner Erasmus-Party, in irgendeinem Eras-

mus-Club, in irgendeiner lauwarmen Mittelmeer-Nacht. Nun fristet Jane ihr Dasein in „the motherfucking City of London“. Und Jens hat sich mit seinem spießigen Musiklehrerleben abgefunden und mit der noch viel spießigeren Marie. Marie war auch in Barcelona gewesen. Sie war damals schon ein wirklich langweiliger Mensch. Als Marie Jens endlich erlaubte, mit ihr zu schlafen, hatte Jane Barcelona längst wieder verlassen. Es dürfte ungefähr dieselbe Nacht gewesen sein, in der Jane erst mit Anna aus Maastricht eine „Line“ gezogen und sich dann in einem chinesischen Sweat Shop in Phnom Pen ein Tattoo unter die lin-

ke Brust stechen lassen hatte. Das alles war passiert, kurz bevor Jacques auftauchte, der „Backpacker“ aus Lyon. Jacques hatte erst das Tattoo geküsst, unter dem ihre Haut noch gerötet gewesen war, dann ihre Brust. Was folgte, war der beste Sex ihres Lebens. Nun reist Jane kreuz und quer durch Europa und sucht das verlorene Glück ihrer Zwanziger. „Next stop Jena.“ Bluthochdruck, hat Jane gelesen, sei eine „Volkskrankheit“. „Volkskrankheit“ heißt, dass gewissermaßen jede oder jeder diese Krankheit hatte, hat oder haben wird. Millionen sind Hochdruckpatienten, was bedeutet, dass Millionen irgendwann in ihrem Leben Tabletten einschmeißen werden – jeden Tag, für den Rest ihres rasenden, kranken Lebens. Sie möchten damit das Pochen in ihren Gefäßen bekämpfen. Bei Wikipedia heißt es, dass über die Ursachen von Bluthochdruck viel Unsicherheit herrsche. Psychische Faktoren und die allgemeine Lebensführung spielten eine Rolle. Janes letzte Monate waren wechselhaft. Der enervierende Alltag in London, unterbrochen von Reisen. Immer wieder reisen, weg aus diesem Alltag, dem grauen Kontinuum in Richtung Tod. Zwei Konstanten existierten die gesamte Zeit: Janes Alkoholkonsum war beständig hoch und die Trennung von dem letzten Mann, den sie wirklich liebte, konnte sie nicht verwinden. Jane hat eine Handvoll Männer angeschrieben, über „Tinder“. Es gibt da diese Funktion, mit der man „Matches“ an einem Ort finden kann, an dem man noch gar nicht ist. Ist man unterwegs, schickt man seinen Wunsch nach einem Date sozusagen als Vorhut voraus... Das ist megapraktisch. Jane hasst es, ihre Nächte allein zu verbringen. Nachts verwan-

delt sich ihre latente Angst in akute Panik. Jane ist nicht schön, aber hübsch. Hübsch genug, dass kein Mann leichtfertig an ihrem Profil „vorbei-swipet“. Das Ganzkörper-Selfie vorm Spiegel beseitigt den Rest Zweifel. Dass sich kein ostdeutscher Mann an ihrem Nasen-Piercing zu stören scheint, kommt ihr entgegen. Und dass immerhin die meisten genug Englisch können, um ihr „dick pic“ prosaisch zu unterlegen, bedeutet, dass Jane mehr als genug Optionen haben wird, wenn Marie ihr auf den Sack geht... „Das Glas ist halb voll... Das Glas ist halb voll!“ Jane lungert im Board-Restaurant. Sie grübelt über das Hämmern hinter ihrem Brustbein, das Pochen hinter ihren Schläfen. Sie sinniert über das, was sie bei sich das „Bluthochdruck-Dilemma“ nennt: Angenommen, es kämen im Wesentlichen zwei Ursachen für ihr Herzrasen in Betracht: ihr überhöhter Alkoholkonsum und ihr Nichtloslassenkönnen von diesem einen Mann. Angenommen, sie müsste beide Faktoren ausschalten, um wieder ruhig schlafen zu können. Angenommen, mit anderen Typen zu schlafen, wäre die Lösung, um von dem einen loszukommen und diese Ursache auszuschalten. Nun aber, weiß Jane, funktioniert Sex mit einem Mann, den sie nicht liebt und der sie nicht liebt, nur, wenn sie im „Flow“ ist. In den Flow kommt sie aber nicht ohne Suff. Wenn dem so ist, kann sie Ursache eins nur ausschalten, indem sie Ursache zwei verstärkt. Jane denkt, der Bluthochdruck wird sie umbringen.

.....
Marc Philip Greitens

- Bucerius Law School -



Album-Rezensionen

Eine leichte Entscheidung war es nicht. Der Musikmarkt wurde im Jahr 2018 förmlich überschwemmt mit neuen Alben altbewehrter Größen (Gorillaz, MGMT, Fritz und Paul Kalkbrenner u.v.m.), aber auch einigen interessanten, weniger bekannten KünstlerInnen, wie alt-J, The Internet oder Darwin Deez. Weil ich es nicht lassen kann, dieser Tatsache Rechnung zu tragen, habe ich die Entscheidung einfach nicht getroffen und stelle euch in dieser Rezension gleich zwei Alben vor: The Weeknds „My Dear Melancholy...“ und „Apricot Princess“ von Rex Orange County.

Wem weniger nach Melancholie zu Mute oder the Weeknd doch etwas zu populär ist, könnte an dem neuen Album von Rex Orange County Gefallen finden.

Anders als der selbsternannte „Starboy“ ist dieser weitgehend unbekannt. Alexander O'Connor (so der Geburtsname Rex Orange Countys) ist sein eigener Produzent. Er spielt den Großteil der Hintergrundmusik selbst ein, singt manche Elemente sogar direkt mit seiner Stimme. Doch gerade das macht das zweite Studioalbum des Briten – übrigens schon 2017 erschienen, aber erst 2018 auf Platz zwei des BBC „Sound of 2018“ gelistet – umso hörenswerter.

.....
Arlette Greitens
- Bucerius Law School -



Foto: Anton Mak, <https://www.flickr.com/photos/thecomeupshow/35636037564/>

The Weeknd – My Dear Melancholy...

Das Album ist ...

... Melancholie, wie sie jemand wie the Weeknd empfindet. Auf seinem aktuellen Album versucht Abel Tesfaye, die Gesamtzahl seiner gescheiterten Liebesbeziehungen komprimiert in sechs Songs zu verarbeiten. Dabei setzt er vor allem auf konstante Rhythmen und seinen altbewehrten Elektro-R'n'B-Klang. Teils lassen sich auch kleinere Variationen, wie die Dubstep-Einschläge im Song „Wasted Times“, heraushören. Im Vergleich zu seinem meisterhaften, dynamischen Vorgänger „Starboy“ schlägt das Album insgesamt einen sehr viel ruhigeren Ton ein.

Es handelt von ...

... Melancholie. In jeder der knapp 20 Minuten, die das Album an Musikmaterial hergibt, können wir einem the Weeknd zuhören, der seinen Ex-Freundinnen seinen verletzten Stolz entgegenschleudert. Zwar bleibt er dabei von sich und seiner Unwiderstehlichkeit überzeugt. Doch sind dieses Mal Gefühle von Verbitterung, enttäuschter Liebe und – man traut sich kaum, es auszusprechen: einem gebrochenen Herzen – sein Antrieb. Dass er die Frauen direkt adressiert, gibt den Stücken eine noch persönlichere Note. Seine Texte klingen, als hätte er sie tatsächlich in dem Moment geschrieben, als er mit gebrochenem Herzen in seinem Zimmer lag, noch unfähig das Geschehene rational zu reflektieren. Da entstehen schon einmal Verse wie: „You'd rather something toxic, so I poison myself again 'til I feel nothing in my soul. I'm on the edge of something breaking, I feel my mind is slowly fadin'“, in „I was never there“.

In dem Album erkennt the Weeknd, ...

... dass Frauen Herzen brechen können. Selbst das von Abel Tesfaye. Zwar drehen sich seine Songs grundsätzlich fast ausschließlich um Frauen. Doch im Unterschied zu vorangegangenen Werken scheint es, als entwickelten sie sich in seinem Menschenbild: Sie sind nicht mehr reine Sexobjekte, die ihn höchstens in seinem sehr ausgeprägten Selbstbewusstsein noch bestärken, sondern Personen, die ihn auf einer Gefühlsebene berühren und gar verletzen können. In „Hurt You“ etwa singt er: „And now I know relationship's my enemy. So stay away from me, I'm warning you“, und schwört: „When you're with him, you close your eyes and think of me, just call me up again, I'll make you weak.“

Fazit: „My Dear Melancholy...“ ist...

...in sich schlüssig. Es ist nicht bahnbrechend und kein Album, das man sich als nächste Lieblingsplatte ins Regal stellt. Aber es ist wirklich angenehm, Abel Tesfayes besonderer Stimme zuzuhören und sich dabei vom Rhythmus der Musik in die Abgründe seiner Melancholie mitnehmen zu lassen. Die Songs scheinen persönlich und intim, the Weeknds Schmerz macht ihn menschlich. Dabei ist er seinem Stil treu geblieben, der, wie ich finde, eines seiner Alleinstellungsmerkmale als Künstler ist. Für alle, die seine Musik also genauso gerne hören, wie ich, lohnt es sich, in das Album einmal hinein zu hören.



Foto: SirRex, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-4.0

Rex Orange County – Apricot Princess

DEN Stil ...

...gibt es nicht. Spielerisch wechselt Alexander O'Connor zwischen den Musikrichtungen Jazz, Rock und Indie. Zugegebenermaßen, zuweilen klingt das Album eher wie ein Selbstexperiment denn ein Werk, das für die Außenwelt gedacht ist. Aber warum kann es nicht auch beides sein? Seine vielseitigen musikalischen Talente und das Schlagzeugstudium an der BRIT School in London merkt man in jedem Fall allen zehn Songs an. Das Album quillt über von musikalischer Kreativität und künstlerischer Schaffenskraft.

So beginnt der zweite Track „Television/ So Far So Good“ mit einem leichten Indie-Pop-Beat mit Schlagzeug und ruhigen Synthesizer-Akkorden, um dann mit einem rockigen Rhythmus, der an Franz Ferdinand erinnert, und einigen Klavier- und Bassklängen in Bridge und Refrain überzugehen. Es folgt ein rein instrumentaler Teil mit verzerrter E-Gitarre – und das waren nur die ersten eineinhalb von insgesamt vier Minuten. Flockig leicht kommt hingegen „Sycamore Girl“ daher, mit jazzig-romantischen Klängen, die auch in einem Song von Jamie Cullum auftauchen könnten. Überhaupt wirkt das gesamte Album unbefangen, als wäre es ein Spiel, das Rex Orange County mit seinen musikalischen Talenten spielt.

Die Texte ...

...entsprechen diesem Eindruck. Der erst 20-jährige Alexander O'Connor erzählt von jugendlicher Liebe, freundschaftlichen und familiären Beziehungen, Einsamkeit und der Leichtigkeit des Verliebtseins. Seine Texte wirken wie Gedankengänge eines Jugendlichen „coming of age“, der zwischen der Angst vor dem Erwachsenwerden und einer neuen, aufregenden Gefühlswelt schwankt. Er beklagt seine Einsamkeit und das Nicht-Verstanden-Werden in Versen wie “Now that you’re around I pray you don’t go ‘cause since you made me social, I’m no longer eating solo” („4 Seasons“). Doch obwohl zeitweilig bekümmert und betrübt, übermittelt er das alles nicht auf eine bedrückende Weise, sondern eben spielerisch und leicht.

Fazit

Ohne die Erwartungshaltung, ein entspannendes, konsistentes Album hören zu können, ist es ein wahrer Genuss, auf der kreativen Achterbahn von „Apricot Princess“ mitzufahren. Alexander O'Connor ist noch jung, in ein paar Jahren hat er sich vielleicht für einen bestimmten Stil entschieden. Doch bis dahin können wir uns an seiner erfrischenden Vielseitigkeit erfreuen.



Illustration: Philip Heider

Allgemein Ungefährlich

really?

it is
hidden at times
of fear
it is
equipped with gear
to manifest our strength

why do we need justification for something we share
a simple word
like failure
crosses our mind
and we find ourselves stumbling upon rejection
an injection of Verdrängung
die prägt

mehr als ein weiterer Schritt auf der Ego Leiter
wir sind stark
wenn wir erkennen
that struggle is part of this journey
an inevitable friend

der Freund der manchmal unsanft aber stets korrekt
auf unsere Ehrlichkeit zählt
Kultur ohne Eierschaukeln und konstantes Schulterklopfen
Scheitern ist das neue High
wenn du es nur zulässt
das neue Frei
wenn du dich verlässt
wenn du dich traust
zu fallen
keine Angst wir fangen dich nicht auf
denn es ist dein Leben
also fällst du allein

.....
Jana Ahlers

- Leiden University College (den Haag) -

SCHAUM

Die Sonne brannte. Keine Aussicht auf Abkühlung. Wir waren auf dem Weg zur neuen Synagoge. Shahar wollte sie unbedingt sehen. 28 Minuten. Innerhalb des Radius. In Berlin war man immer fünfunddreißig Minuten unterwegs, so als spiele sich das Leben auf einer Bühne ab, die exakt einen fünfunddreißig Minuten Radius hatte, der nächste Akt nur fünfunddreißig Minuten entfernt. Wir nahmen die Straßenbahn. Drinnen angenehm kühl. Die gelben Waggonen schlängelten sich durch Mitte. Touristen überall. Beim Monbijoupark stiegen wir aus. Ich begann sofort zu schwitzen, aber es störte mich nicht, ich genoss die Sonne auf der Haut, den Geruch des gebackenen Asphalts. Shahar hielt sich die dunkelbraunen Haare hoch, fächerte sich Wind zu mit der flachen Hand. Wir hatten kein Wort zum gestrigen Abend verloren.

Die Kuppel war bereits von weitem zu sehen, ein goldglänzender Turm im Dächergestrüpp. Wir liefen auf dem Bürgersteig entlang des Parks, einst soll hier ein Schloss gestanden haben, wessen Schloss wusste ich nicht, aber das war auch nicht wichtig, statt hoher Herren, die mit ihren Mätressen flaniereten, nur Kiffer und herumtollende Kinder.

Wir folgten der von Bäumen gesäumten Straße, bis sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite das Backsteingebäude vor uns aufbaute mit seinen Fenstern und Bögen, seinen fröhlichen Zwillingstürmchen, der gläsernen Hauptkuppel, durchzogen mit Gold und der sechszackige Stern an ihrer Spitze, stolz erhoben. Wir waren allein, bis auf zwei Polizisten, die Kaffee aus Pappbechern tranken, ihre Gesichter eine Landkarte der Langeweile. Eine ganze Weile standen wir vor der neuen Synagoge, die keine Synagoge war, ohne ein Wort zu sagen. Ein alter Ford brummte die Straße hinunter. Dann nur noch Vogelgezwitscher.

„Was denkst du?“ fragte ich sie.

„Es ist komisch hier zu sein.“ Sie legte den Kopf in den Nacken und musterte das Gebäude von Kopf bis Fuß, wie eine alte Bekannte, die man nach vielen Jahren wiedertraf.

„Meine Großmutter hat mir von dieser Synagoge erzählt. Sie hatte ihre Bat-Mitzwa hier. Für sie war die Synagoge das schönste Gebäude in Berlin.“

„Sie hat sie nie wieder gesehen, weißt du“, sagte sie.

„Und was denkst du?“

„Ja, schön“, sie strich mir abwesend über den Arm, „aber anders, als ich sie mir vorgestellt habe.“

„Wie anders?“ fragte ich.

„Ich weiß nicht. Anders, weißt du, nur ein Gebäude.“

Ich wusste nicht, was ich sagen sollte. Ich zog meinen Bildschirm hervor, wollte ein Foto von ihr machen. Sie winkte ab. „Ich will kein Foto.“

Wir überquerten die Straße und passierten die Absperrung vor der Synagoge. Geschlossen, rief uns die Polizistin zu, Renovierungsarbeiten, Wiedereröffnung im Herbst.

Wenn Shahar enttäuscht war, verbarg sie es.

Wir liefen an der Spree entlang, überquerten die Friedrichsbrücke, vorbei an den griechischen Säulen der Museen, bis wir schließlich vor dem Dom zum Ste-

hen kamen. Auf der anderen Seite, die frische Stuckfassade des Schlosses, das keines war, hinter gelbem Gerüst, hoch darüber Kräne, wie flügellahme Kraniche im Stadtfluss nach dem blauen Himmel strebend. Ich mochte es hier nicht.

Ich schlug vor, ins Pergamonmuseum zu gehen, sie müsse unbedingt das Ishtar-Tor sehen, sagte ich. Ich hatte es schon unzählige Male gesehen, aber ich fand, dass sie Berlin nicht verlassen konnte, ohne es gesehen zu haben.

Das Museum war nahezu leer. Niemand kam hierher im Sommer, bis auf die Alten und die Touristen natürlich. Wir liefen durch die Hallen, vorbei an ägyptischen Sarkophagen, Skulpturen griechischer Helden, Büsten römischer Kaiser, Augustus oder Octavian vielleicht, dann das Markttor von Milet, ionische Säulen bis unter die Decke weit über uns. Wir passierten den Torbogen zu einem Markt, der nicht mehr da war und waren umgeben von tiefblau glänzenden Ziegeln, darauf in Gelb eine Prozession von Stieren, Löwen und Chimären mit unbekanntem Ziel. Das Tor zu Babylon, nach Berlin verfrachtet, das Tor zu einer Stadt im Sand, irgendwo im Irak, zwischen Ölpumpen und Diktatorenpalast, vergessen.

Shahar drehte sich einmal im Kreis, den Kopf im Nacken.

„Wie haben die das alles bloß hierher geholt?“

„Kisten. Ausgegraben. Eingepackt. Verschifft.“

„Diebe!“ rief sie.

„Irgendwo in der Wüste soll ein zweites Tor stehen, ein exaktes Replikat von dem hier, eins zu eins.“

„Ok...und welche ist dann das echte? Das am alten Platz mit falschen Ziegeln oder das am falschen mit echten?“ sagte Shahar und lachte lauthals. Absurd.

Ich hob die Tasse an den Mund, ruandische Bohne, Kakaonote mit Muskat und einem Nachgeschmack von Kirschen. Das kleine Café lag nur einen kurzen Spaziergang vom Museum entfernt, nicht mehr als zwei Tische und ein paar Holzstühle wirklich. Ich mochte es hier, man war mitten in der Stadt, aber fühlte sich dennoch weit weg.

Hinter dem Tresen mit seiner Glasvitrine stand ein Mädchen mit rostroten Haaren und Sommersprossen auf ihren Pausbacken. Sie sprach nur Englisch, Kiwi Akzent, alle sprachen nur Englisch hier, das war normal. Ich fühlte mich wohl.

Wir saßen draußen, in der Sonne, die Luft stand, die Hitze schien mich in den Boden zu drücken.

Wir sprachen über Israel.

„Idioten!“ sagte Shahar, sie meinte die Regierung. Ob sie sich in solchen Momenten mehr jüdisch oder israelisch fühle, wollte ich wissen. Sie sei Zionistin, sagte sie. Ich wusste nicht, was sie damit meinte.

„Ich stimme nicht mit der Politik überein. Ich bin aber stolz, Jüdin zu sein und ich meine damit nicht die Religion, sondern die jüdische Kultur, die Nation, die meine Eltern und Großeltern aufgebaut haben. Meine Familie, mein Viertel in Jerusalem, die Armee. Und das Essen natürlich!“ sie lachte. Ich musste

wieder an ihre Worte denken. Es ist manchmal besser, kein Israeli zu sein.

Ich nahm noch einen Schluck von dem Kaffee, erst bitter, dann der Geschmack von Kirschen, vielleicht nur Kirschen, weil das Kiwi Mädchen von Kirschen gesprochen hatte, vielleicht waren es auch Schwarzebeeren oder Himbeeren oder sonst irgendeine Frucht, keine Ahnung.

„Du fühlst dich deiner Vergangenheit also gegenüber verpflichtet?“ fragte ich.

„Wir sind doch, was wir erinnern.“

„Und woran Erinnerst du dich?“

Geschrei und Gepfeife aus der Ferne. Die Gespräche im Café erstarben. Köpfe drehten sich, starrten. Ein Gruppe Vermummter rannte die Straße hinunter, Trillerpfeifen im Anschlag. Immer mehr Menschen rannten an dem Café vorbei.

„Was ist los?“ fragte Shahar. Ich zuckte nur mit den Schultern. Irgendeine Demo oder sonst etwas, Berlin war immer in Aufruhr.

„Komm, lass sehen, was da los ist“, sie sprang auf ohne eine Antwort abzuwarten und rannte hinter der Meute her. Ich ließ die halbvolle Tasse stehen, meine Stiefel schlugen auf den Asphalt. Das Geschrei wurde immer lauter. Es war anstrengend, in der Hitze zu rennen, Schweiß rann mein Gesicht hinunter. Überall Menschen. Die meisten jung, ein paar alt. Ein Spielplatz flog an uns vorbei. Ein Mann mit Kind im Arm. Am Ende der Straße eine Wand von Leibern. Absperrung. Polizisten in dunklen Uniformen und Helmen. Schwitzend. Über den Helmen hinweg eine Prozession, Menschen mit schwarzen Sonnenbrillen, Fahnen schwenkend, schwarz, rot, gold, schwarz, weiß, rot, Fahnen mit Refugees not welcome in gelben Lettern auf schwarzem Grund, die Straße voll mit Geschrei und Gepfeife, dass mir die Ohren schmerzten.

„Wer sind die?“ rief Shahar über das Getöse hinweg.

„Nur Leute, die Angst haben“, sagte ich.

„Und die anderen?“ sagte sie auf die Leute diesseits der Wand deutend.

„Leute, die Angst haben vor denen, die Angst haben.“

Einer der Kerle in der Prozession hob seinen Arm und streckte der Menge diesseits der Wand den Mittelfinger entgegen. Das Gepfeife wurde immer schriller. VERPISST EUCH IHR WICHSER, hörte ich jemanden rufen. Wie als Antwort rollte er sein T-Shirt hoch und präsentierte einen Adler, der seinen fleischigen Bauch bedeckte. Er grinste uns entgegen, den Mittelfinger noch immer gereckt und klatschte sich mit der flachen Hand auf den Bauch.

Die Menge diesseits der Wand schwoll weiter an, wir wurden immer dichter gegen die Polizisten gedrängt. Die Gesichter hinter den gläsernen Visieren, reglos. Was machte ich hier bloß? Mich ging diese ganze Sache nichts an. Ich wollte nur weg hier.

Ein Kerl quatschte Shahar von der Seite an.

„Wo kommst du her?“ hörte ich ihn fragen. Sein rechtes Ohrläppchen ein gähnendes Loch mit grünem Plastikring.

„Scheiße, aus Israel? Echt jetzt? Dann bist so ne richtige Jüdin oder was?“ fragte er. Ich konnte sein Gesicht nicht ertragen. Wieder Druck von hinten, ein großes Hin-und Hergeschwappe und die Polizisten als Wellenbrecher.

Ich suchte nach Shahars Hand zwischen den Leibern. Kam nicht ran. Der Typ redete immer noch auf sie ein, sein dummes Grinsen im Gesicht. Sie lachte. Ich trat auf Füße, drückte mich an Körper vorbei, bis ich endlich neben ihr stand.

„Wir müssen hier weg“, schrie ich über das Getöse hinweg.

„Bist ihr Freund oder was?“ fragte der Typ.

Ich ignorierte ihn und griff nach Shahars Hand.

„Nein!“ sagte sie und zog ihre Hand weg.

Wieder Druck von hinten. Nur noch eine Armlänge von den Polizisten entfernt. Ihre Gesichter ausdruckslos.

Und dann ein lauter Schrei. Polizisten rannten zum äußeren Rand der Mauer, die dunklen Körper aufgebläht wie Superhelden auf Steroiden. Die Welle brach sich am schwarzen Leib, wurde zurückgeworfen. WIR FICKEN EUCH hörte ich jemanden schreien.

Ich hatte Angst. Dann wurde ich gegen die Wand gedrückt. Es roch nach Mensch. Im Augenwinkel sah ich etwas durch die Luft fliegen, einer der schwarzen Männer hinter der Wand brach zusammen, sein rechter Wangenknochen eingedrückt, als sei er aus Knete, das Gesicht voll dickem Blut. Die Welle sog uns ein und spie uns wieder aus.

Ich griff nach Shahars Hand. Diesmal wehrte sie sich nicht. Ich versuchte sie wegzuziehen, gegen die Brandung, kam jedoch kaum gegen sie an, wurde immer wieder zurückgedrückt. Ihre Finger entglitten mir, Hände und Schultern drückten mich zur Seite und dann war sie verschwunden zwischen den Leibern. Ich kämpfte mich durch, drückte feuchte Köpfe und Körper aus dem Weg, wurde wieder zurückgedrängt, als riss mich eine Strömung hinaus aufs offene Meer, ich konnte kaum atmen zwischen all den Leibern, rang nach Luft, versuchte mit aller Kraft meinen Kopf oben zu halten, eine neue Welle brach über mich herein, ich wurde nach unten gedrückt, ich wusste nicht mehr, wo ich war, wollte nur raus, alles andere war egal, ich drückte und trat und als hätte sie plötzlich genug von mir, wurde ich ausgespuckt.

Ich ließ mich zu Boden sinken, auf den heißen Asphalt, mein Brustkorb hob und senkte sich, als ich gierig Luft holte.

Überall Geschrei. Mein Blick wanderte über die Menschenmenge. Shahar nirgends zu sehen. Immer mehr Leute kamen angelaufen. Ich zog meinen Bildschirm hervor. Keine neuen Nachrichten.

Sitze auf der Straße, schrieb ich, dann stand ich auf und begann zu filmen. Leiber drückten sich aneinander, als suchten sie eine Nähe, die ihnen abhandengekommen war.

Polizeiansagen tönnten über die Köpfe hinweg. DIE VERSAMMLUNG IST HIERMIT AUFGELÖST! VERHALTEN SIE SICH FRIEDLICH! SOLLTEN SIE DER AUFFORDERUNG NICHT NACHKOMMEN WIRD DIE POLIZEI UNMITTELBAREN ZWANG IN FORM VON SCHLAGSTOCKEINSATZ UND PFEFFERSPRAY ANWENDEN. ICH WIEDERHOLE DIE VERSAMMLUNG IST HIERMIT AUFGELÖST!

Ich hörte auf zu filmen, lud den Film hoch, legte ihn in seinen virtuellen Bastkorb und drückte ihn sanft den Fluss hinunter.

Shahar nirgends zu sehen. Ich lief am fransigen Ende des Leibes entlang, konnte sie aber nicht entdecken. Blick auf den Bildschirm. Keine neuen Nachrichten.

3 Leute finden Gefallen an dem Film. Kommentar von Antoine G. Damn, what’s going on in Germanland?

Paul D. Zeit zu gehen, das Land ist am Ende. New York, Baby!

Dann Arme um meinen Körper. Ich zuckte zusammen.

„Kus emek, das war aufregend! Was jetzt?“

.....
Sven-Erik Green
- Alumnus der Universität Passau -

Ein weiteres Kapitel aus dem bisher unveröffentlichten Roman unseres Autors.

Lettland schwindet



„Riga.“
- „Wo war das noch gleich?“
„Lettland.“
- Fragendes Schweigen auf dem mir gegenüberstehenden Provinzgesicht.
„Das ist im Baltikum, Du weißt schon: Estland, Lettland, Litauen. Also zwischen Polen und Russland.“
- „Ah ja, Russland ...“

Nein, nicht „Ah ja, Russland ...“. Lettland ist seit 1991 unabhängig. Lettland ist seit 2004 Mitglied der EU. Lettland hat den Euro. Lettland ist schön. Aber: Lettland schwindet.
Seit 1991 ist die Bevölkerung Lettlands um rund ein Viertel geschrumpft. Im Schnitt verliert Lettland jedes Jahr weiterhin etwa eine Kleinstadt mit fast 30.000 Menschen.

Heute leben in dem Land 1,9 Millionen Menschen, davon etwa ein Drittel russischstämmig und/oder russischsprachig. Das Verhältnis zwischen Lettland und

„Ah ja, Russland“? So wie das Verhältnis von Serben und Kroaten, nur nicht ganz so brutal, oder vielleicht doch, die Letten im Gulag und so. Die lettischen Letten leiden noch sehr unter den Geschehnissen während der Sowjet-Besetzung. Ein recht freundliches Miteinander zwischen lettischen und russischen Letten mag nicht zustandekommen. Es passiert sogar, dass russischsprachige Menschen abends in Rigaer Kneipen nicht bedient werden, obwohl die Bedienungskraft zugibt, russisch sprechen zu können. Genauso kann es vorkommen, dass die freundliche, russische Air Baltic-Flugbegleiterin von lettischen Fluggästen zwei Stunden lang terrorisiert wird, weil sie sich darüber beklagen, dass sie nicht lettisch mit ihnen sprechen kann.

In Lettland verdienen Menschen durchschnittlich wenig mehr als 800 Euro und damit ein Viertel vom deutschen Durchschnittslohn. Der Mindestlohn liegt bei etwa 2,30 Euro pro Stunde, bzw. 430 Euro

pro Monat. Interessanterweise sind die Lebenshaltungskosten beispielsweise in Riga oder Liepāja ähnlich hoch wie die in Hamburg. Wie sich Studierende oder einfache Angestellte das Leben in Riga leisten können, habe ich immer noch nicht verstanden. Überlebenskünstler – Respekt!

Ich denke, die schlechte gesellschaftliche Stimmung, die schlechten Einkommensverhältnisse, dazu noch eine gute Portion Korruptionsvorwürfe gegen die meisten hochrangigen Politiker und viele Banken sowie eiskalte Winter werden dafür verantwortlich sein, dass die Menschen aus Lettland verschwinden. Da würde ich mich auch nicht besonders wohl fühlen.

Aber: Lettland soll nicht sterben!

Denn Lettland ist traumhaft schön. Dort laufen wunderschöne, intelligente und gut ausgebildete Menschen in einer wunderschönen nordisch-paradiesischen

Ecke der Welt herum. Und das Schönste an Lettland? Wenn ich durch den dichten und fetten Kiefernwald laufe, Blaubeeren rechts, Brombeeren links, Bärlauch dazwischen, Geruch wie im Schwarzwald, der Boden sandig wird, und hinter der letzten Dünenanhöhe schlägt mir die raue Luft der baltischen Ostsee entgegen und das Salz in der Luft legt sich auf meine Lippen und mischt sich mit der kühlen Waldluft...

Fahr doch auch mal hin, nach „Ah ja, Russland ...“!

.....
Text und Fotos: **Lukas Schlegel**
- Alumnus der Bucerius Law School -









Autoren & Redakteure gesucht: Werde Teil der PuG!

Kantig, kritisch, persönlich – die PuG ist die Zeitung von Studierenden, für Studierende! Die PuG bietet Dir die Möglichkeit, Teil eines Diskussionsforums der anderen Art zu sein: Meinungsaustausch und kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Themen, die unsere Gesellschaft und explizit Dich beschäftigen. Dir wird eine Plattform geboten, die nicht nur eine große Leserschaft erreicht, sondern auch Raum für Reflexion und argumentativ starke Positionen bietet. Unsere Beiträge stammen von Studierenden und jungen Berufstätigen weltweit; bisher konnten wir Beitragende von ca. 30 Universitäten aus 15 Ländern gewinnen. International vernetzt wirst du die Stimme von morgen im politischen Weltgeschehen. Werde Teil der Community, in der Leser

zu Autoren und Kunschaffenden werden. Nutze die PuG als Plattform für deinen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte, ganz egal, in welcher Form: Artikel, Lyrik, Fotoreihen oder Illustrationen - es gibt kein starres Format und keine inhaltlichen Vorgaben. Wir setzen auf die Kraft des guten Arguments und sehen den Wert unserer Zeitung gerade darin, dass sie unterschiedliche Sichtweisen und Ausdrucksformen einander gegenüberstellt und in Austausch bringt.

Für jede Ausgabe geben wir Leitthemen vor, an die du dich halten kannst, aber nicht musst.

Werde kreativ, werde kritisch – werde Teil der PuG-Gemeinschaft!

Wie? Reich uns DEINE schriftlichen Bei-

träge (max. 2000 Wörter) im doc.-Format (Microsoft Word) und DEINE Bilder als jpeg.-Datei ein

So findest Du uns: Sende Deine Beiträge oder Fragen an kontakt@politik-gesellschaft.com. Wir freuen uns auf Deine Nachricht! Außerdem kannst Du unsere facebook-Seite facebook.com/wearepug abonnieren, um immer up-to-date zu bleiben oder unsere Homepage www.politik-gesellschaft.com besuchen!

Folge uns auf Instagram
@politik_gesellschaft

Bis zur nächsten Ausgabe
Dein PuG-Team

Impressum

Die PuG ist eine Zeitung von Studierenden und anderen jungen Leuten. Gründungs-ort und Sitz der PuG ist die Bucerius Law School in Hamburg. Die Redakteure sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, Studierende der Bucerius Law School.

The PuG is a newspaper run by students and other young people for everyone. It was founded and is based at Bucerius Law School in Hamburg, Germany. If not otherwise indicated, our editors are students from Bucerius Law School.

Besonderer Dank gilt der:

Kursbuch Kulturstiftung

Insbesondere ihrem Geschäftsführer,
Herrn Dr. Sven Murmann.

Herausgeber:

Politik und Gesellschaft e.V.

Vorsitzende:

Marc Philip Greitens
Lukas Schlegel

Redaktionsleitung (v.i.S.d. § 8 HmbPrG):

Arlette Greitens
Sophia Schamberg

Redaktion:

Elise Drescher
Antonie Gottfried
Valérie Greitens
Antonia Grosser
Fabian Hagemeister
Amelie Hoffmann
Pascal Landahl
Nicolas Philipps
Lorenz Röttger
Clemens Schally
Anna Seifert
Isabelle Stein
Jasper Tretow

Illustration:

Charlotte Götze (Illustratorin,
HAW Hamburg)
Philip Heider

Layout und Design:

Merle Prestin (HAW Hamburg)

Anschrift Herausgeber und Redaktion:

Politik und Gesellschaft e.V.
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg

Alle Beiträge erscheinen, wenn nicht anders gekennzeichnet, exklusiv in Politik & Gesellschaft. Die dabei vertretenen Ansichten sind solche der Autoren; sie spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion oder der Bucerius Law School wider.

ISSN 1862-0213

Join our international community of authors and artists

PuG stands for personal pieces, clear stances and critical thinking – it's the journal by students for student. Make PuG your platform and become part of the debate: PuG brings together students and young professionals from different academic fields and political affiliations as authors and readers and offers them a space not only to share their ideas and views but also their art and poetry. By contributing you become part of an international community of young people from up to now over 30 universities and 15 countries around the world - and it keeps growing.

How do I contribute? Send us anything from opinion pieces, poems, photo series or illustrations to the following e-mail-address: kontakt@politik-gesellschaft.com. We're also grateful for any feedback on the SCHEITERN-issue.

Is there a deadline for contributions? Yes. For our summer-issue, which will be due in May 2019, the deadline for contributions will be around mid-April. Watch our website and facebook page for our call for papers: www.politik-gesellschaft.com and

www.facebook.com/wearepug.

However: You can send us your pieces any time – if you've missed the deadline for our current issue, we may just move it to the next one.

Follow us on Instagram
@politik_gesellschaft

Looking forward to hearing from you!
Your PuG-Team